

Ampel kaputt, deutscher Kapitalismus in der Krise Wer auch immer regiert, Kriegskurs und Abschiebungen gehen weiter

Bei Redaktionsschluss, am 16. Dezember, verlor die Regierung von Bundeskanzler Olaf Scholz, wie geplant, die Vertrauensabstimmung im Bundestag. Der Wahlkampf für vorgezogene Neuwahlen hat bereits begonnen.

Die marode Ampel-Koalition ist zu ihrem kläglichen Ende gekommen. Das regierende Dreierbündnis ist, wie vorhersehbar, an seinen inneren Widersprüchen gescheitert. Dass sie mit großem Eklat platzte, anstatt allmählich zugrunde zu gehen, ist Finanzminister Christian Lindner (FDP) zu verdanken, der mit einem Papier unter dem Namen „Wirtschaftswende Deutschland“ seinen erzwungenen Abgang provozieren wollte. Mit seinem Beharren auf der „Schuldenbremse“ konnten die Freidemokraten sich vor dem Verschwinden in die Bedeutungslosigkeit retten, indem sie nun ihre Dienste als zukünftiger Partner in einer von der CDU/CSU gesteuerten rechten Koalition anbieten. Indem er seinen Schatzmeister feuerte, nutzte Bundeskanzler Scholz (SPD) seinerseits die Gelegenheit, sich als standhafter Kanzler zu profilieren. Aber eine „rot-grüne“ Minderheitsregierung vom „kurzen Olaf“ angeleitet, wird keine lange Laufzeit genießen. Nach der Scheidung lautete das Fazit von Lindner: „ist so“ und von Scholz: „doof“. Kurz: Eine von allen Seiten gewollte Scheidung ohne Tränen.

Dass die deutsche Regierungskoalition genau an dem Tag (6. November) zerfiel, an

dem der Wahlsieg von Donald Trump – dem Rechtsaußen, der faschistische Parolen spuckt und zu Massendepортationen aufruft – verkündet wurde, mag Zufall sein, ist aber bezeichnend. Überall im imperialistischen Westen, von der EU (Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich) bis zu den USA, wachsen rechtsextreme, faschistoide und offen faschistische Kräfte, die einen einwanderungsfeindlichen Hitzewahn schüren, während die Regierungen, die Maßnahmen gegen Flüchtlinge verschärfen und Abschiebungen intensivieren, trotzdem stürzen. Gleichzeitig gibt es einen parteiübergreifenden „Konsens“ zur Unterstützung des zionistischen Israels, das zusammen mit den USA und mit deutscher Komplizenschaft einen völkermörderischen Krieg gegen Gaza führt. Nichtsdestotrotz hat die Wirtschaftskrise, durch die imperialistischen Sanktionen gegen Russland ausgelöst, große Teile der Bevölkerung gegen das Ampel-Kriegsregime aufgebracht.

Die Kommentare zum Kollaps der rot-gelb-grünen Koalition zielen meistens auf die internen Zwistigkeiten, die spätestens seit Sommer 2024 die Regierung weitgehend lähmte. Doch das Wichtigste ist, was dahinter steckt. Seit ihrem Regierungsantritt war voraussehbar, dass ihre Pläne für einen „grünen“ Umbau der deutschen Wirtschaft entweder höhere Steuern oder eine



Michael Kappeler / dpa

Bereits in 2023 versprach Bundeskanzler Scholz Abschiebungen „im großen Stil“.

Ausnahme von der im Grundgesetz verankerten Regel gegen eine Neuverschuldung (außer im Notfall) erforderte, Maßnahmen, welchen die Bankerpartei FDP nicht zustimmen würde. Solch ein Notfall war die COVID-Pandemie 2020-2021, während der die Staatsausgaben in die Höhe schossen. Dann aber kam der imperialistische Stellvertre-

terkrieg um die Ukraine und das damit verbundene EU- und NATO-Verbot zur Einfuhr von Gas und Erdöl aus Russland, die Sprengung der Nord Stream Pipelines, usw. Die billigen russischen Energielieferungen, das Geheimnis der Stärke der deutschen Wirtschaft, hörten mit einem Schlag auf.

weiter auf Seite 11

„Sozialpartnerschaft“, Klassenkollaboration = Weg zur Niederlage Auf zum Klassenkampf gegen Jobkiller VW!

Als der Volkswagen-Vorstand Anfang September seinen Horrorplan für Werksschließungen und Massenentlassungen vorstellte, stieß er bei den Tausenden von Beschäftigten auf der Betriebsversammlung auf heftige Ablehnung und in den folgenden Wochen auf zunehmende Unruhe in den VW-Werken. Nun haben Gesamtbetriebsrat und IG Metall am 21. November ihren eigenen „Zukunftsplan“ vorgestellt. Dieser soll „Einsparungen“ in Höhe von 1,5 Milliarden Euro erzielen, um eine angebliche Beschäftigungssicherheit wiederherzustellen, indem die Personalkosten gesenkt werden. Das Kernstück: bevorstehende Lohnerhöhungen sollen in einen Solidaritätsfonds eingezahlt und auch ein Teil der anstehenden Boni für die „Zukunftssicherung“ verwendet werden. Im Klartext: Nullrunde mit Lohn- und Boni-Verzicht, nicht einmal um Entlassungen zu verhindern, sondern um den „Personalabbau weiterhin sozialverträglich gestalten zu können“.

Gewerkschafter für („sozialverträglich“) Personalabbau, was für ein Hohn! Das nennen sie ein „Gegenmodell zum Kahl-schlag-Plan des Vorstandes“! Im Gegenteil, das ist eine unverblühte Kapitulation. Die Unternehmer antworteten bald: nicht genug. Obwohl ihre Gewinne von 15,8 Milliarden Euro im Jahr 2022 auf 18 Milliarden im Jahr 2023 gestiegen sind, seien Werksschließungen und Massenentlassungen weiterhin nicht ausgeschlossen. Kurz: die Arbeiter geben ihre Löhne ab, die Bosse wollen mehr. Als-



Helko Stumpe / IG Metall

Kundgebung vor der dritten Verhandlung der IG Metall mit dem VW-Vorstand in Wolfsburg, am 21. November.

dann hat IG Metall-Bezirksführer Thorsten Gröger mit Warnstreiks und sogar mit einem „Arbeitskampf, den die Bundesrepublik so seit Jahrzehnten nicht erlebt hat“ gedroht (NDR, 22. November). Auch wenn dies nur als Vorwand gemeint ist, um weitere „Einsparungen“ aus dem Geldbeutel der Beschäftigten auf den Tisch zu legen, sollten klas-

senbewusste Arbeiter solch eine Geste der Bürokratie aufgreifen und sie in einen echten Klassenkampf ausweiten und vertiefen.

Ein solcher Kampf kann nicht auf der Grundlage normaler Gewerkschaftspolitik, die sich auf die Klassenkollaboration („Mitbestimmung“) basiert, gewonnen werden. Es reicht nicht, auf der gestrigen Parole einer

(hoffnungslos unzureichenden) Lohnerhöhung von 7 % zu pochen, wie z. B. die MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) oder die VKG (Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften) es tun. Es stimmt, einen wirklich harten Arbeitskampf hat es in der BRD seit Jahrzehnten nicht gegeben, aber weshalb? Als die Arbeiter des Opel-Werks Bochum im Oktober 2004 einen sechstägigen wilden Streik unternahm, stießen sie im ganzen Land auf Unterstützung. Doch dann fielen ihnen die IGM-Obersten und ihre Helfershelfer im Betriebsrat in den Rücken.

Fazit: Es gilt, eine klassenkämpferische Führung auf der Basis eines trotzkistischen Übergangsprogramms zu schmieden, das den weiteren Weg in die sozialistische Revolution weist. Wenn die Konzernchefs drei VW-Werke stilllegen wollen, dann alle Anlagen durch Arbeiter besetzen! Damit werden wir sehen, was für die da oben „genug“ ist.

Im Folgenden drucken wir den Text des Flugblatts ab, das die Internationalistische Gruppe am 3. Oktober veröffentlicht hat:

„Jobkiller VW bedroht Arbeiter in Deutschland“

Am 2. September kündigte Volkswagen, Europas größter Automobilhersteller, eine Vereinbarung zur Arbeitsplatzsicherung, die eigentlich bis 2029 laufen sollte, nun aber im nächsten Jahr ausläuft. Das Unternehmen beklagte sich über steigende Kosten, sinkende

weiter auf Seite 9

Für Arbeiteraktionen gegen imperialistischen und zionistischen Krieg Griechische Arbeiter blockieren Waffenlieferungen an Israel und die Ukraine

Rote Fackeln schwenkend und „Freiheit für Palästina“ skandierend, blockierten in der Nacht des 17. Oktober Dutzende von Hafnarbeitern in Piräus, dem größten Hafen Griechenlands, die Verladung eines Containers mit 21 Tonnen Munition an Bord des Schiffes *Marla Bull*, das für Haifa, Israel, bestimmt war, um dann im völkermörderischen Krieg von USA und Israel gegen Gaza eingesetzt zu werden. Die Arbeiter sprühten die Botschaft „Mörder raus aus dem Hafen“ auf den Container.

Die Aktion wurde von der Hafnarbeitergewerkschaft ENEDEP durchgeführt, die in der Nacht zuvor auf einer Generalversammlung beschlossen hatte, die Fracht zu stoppen. Der Vorsitzende der ENEDEP, Markos Bekris, sagte vor den Arbeitern der Nachtschicht im Hafen: „Wir werden den Transport von Kriegsmaterial, das den Völkermord am palästinensischen Volk fortsetzen wird, nicht zulassen.“ Er fügte hinzu: „Wir lehnen es ab, dass der Hafen von Piräus als Kriegsstützpunkt genutzt wird“, und forderte ein Ende der griechischen Beteiligung am Krieg.

Als sich die Nachricht verbreitete und immer mehr Menschen in den Hafen strömten, stellten sich die Hafnarbeiter und ihre Unterstützer hinter das Gewerkschaftsbanner mit der Aufschrift „Freiheit für Palästina! Die NATO ist ein Mörder“. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter von Attika und der Schiffbauindustrie, das Gewerkschaftszentrum von Piräus und andere Organisationen nahmen ebenfalls an der Aktion teil, ebenso wie ein Vertreter des Allgemeinen Palästinensischen Gewerkschaftsbundes (PGFTU).

Die Ladung kam aus Nordmazedonien, das 2020 der Nordatlantikpakt-Organisation beigetreten ist und seitdem versucht, sich für das imperialistische Militärbündnis nützlich zu machen, indem es Munition an das zionistische Israel und an die Ukraine im Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland liefert. Die *Marla Bull* gehört der israelischen Reederei ZIM Lines und fährt unter der Flagge der Marshall-Inseln im Pazifischen Ozean, einem nominell unabhängigen US-Protectorat, das den großen Reedereien als „Billigflagge“ dient.

Die Hafengewerkschaft ENEDEP ist Mitglied der PAME (die Militante Front aller Arbeiter), dem mit der Kommunisti-



Griechische Hafnarbeiter blockieren Container mit Munition für Israel, 15. Oktober.

schen Partei Griechenlands (KKE) verbundenen Gewerkschaftsverband, ebenso wie die anderen Gewerkschaften, die sich an der Blockadeaktion beteiligt haben. PAME postete sofort auf X: „WE DID IT!“ (Wir haben es geschafft) und „WORKERS HAVE THE POWER!“ (Arbeiter haben die Macht!). In der Erklärung hieß es: „Wir werden unsere Hände nicht mit dem Blut des Volkes beflecken“, und es wurde bejubelt, dass das Schiff gezwungen war, ohne die Todesfracht auszuladen.

In einem Artikel, der die Aktion lobte, zitierte die KKE-Tageszeitung *Rizospastis* (19.-20. Oktober) den PGFTU-Delegierten Mohamed Iqnaibi, der den Arbeitern sagte, dass „wir aus euren Kämpfen, eurer Unterstützung und Solidarität Kraft und Mut schöpfen, bis zum Sieg. Wir danken den griechischen Hafnarbeitern“. PAME hat Videos von der Aktion auf <https://youtu.be/GVdKOWMQ-xc> und <https://youtu.be/xQC75HgAxdQ> veröffentlicht.

Dies war nicht das erste Mal, dass griechische Hafnarbeiter ein Schiff mit Kriegsfracht für Israel stoppten. Am 14. Juni, als Berichte kursierten, dass sich die *MSC Altair*, beladen mit Militärgütern für den zionistischen Krieg gegen Gaza, dem Hafen näherte, warnte die ENEDEP: „Die Hafnarbeiter in Piräus erklären, dass wir in keiner Weise damit einverstanden sind, das Schiff an irgendeinem Pier zu entladen, von einem Ende des Hafens bis zum anderen.... Wagt es nicht, das Schiff im Hafen von Piräus anzulegen“ (*Rizospastis*, 15. Juni).

Und 2022 und 2023 stoppten Arbeiter unter Führung der KKE Waffentransporte für die Ukraine, die vom Hafen Alexandroupolis an der Ägäis per Bahn aus in Richtung Norden unterwegs waren. Jetzt haben sie es wieder getan: Am 6. November blockierten in der Stadt Tynavos in Mittelgriechenland Demonstrierende der KKE und ihrer Jugendgruppe KNE einen Lastwagenkonvoi, der Munition und Raketen aus einem nahe gelegenen Waffendepot zum Selenskyj-Marionettenregime in der Ukraine transportierte.

gezwungen wurden, ist das ganze Gerede von „Waffenstillständen“ oder Verhandlungen, sowohl seitens der imperialistischen Regierungen als auch von Organisatoren der „Friedensbewegung“, einfach Betrug, um den Protest abzulenken.

Von Beginn dieses barbarischen Angriffs an haben die Liga für die Vierte Internationale und ihre nationalen Sektionen die Arbeiterbewegung dazu aufgerufen, die Palästinenser zu verteidigen und den völkermörderischen Krieg von USA/Israel gegen Gaza zu zerschlagen.¹ In unserer Presse und bei jeder Demonstration haben wir zu Arbeiteraktionen aufgerufen, um die Waffenlieferungen an Israel zu stoppen, wie wir es auch im Zusammenhang mit dem imperialistischen Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland um die Ukraine getan haben. Wir haben einen Aufruf der PGFTU zu Gewerkschaftsaktionen in einer Sonderbeilage zum 1. Mai auf Englisch, Französisch, Deutsch, Portugiesisch und Spanisch veröffentlicht.²


Bereits im Oktober 2023 rief die PGFTU von Gaza die Gewerkschaften auf der ganzen Welt dazu auf, „sich zu weigern, Waffen für Israel herzustellen“, „sich zu weigern, Waffen nach Israel zu befördern“, „in ihren Gewerkschaften entsprechende Anträge zu stellen“ usw. In Afrika widmete die National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA) (Gewerkschaft der Metallarbeiter Südafrikas), die größte Gewerkschaft des Kontinents, ihre Aktionen zum 1. Mai „dem Kampf des Volkes von Palästina“. Die Regionalkonferenz der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) für Afrika rief auf ihre Initiative hin „alle der ITF angeschlossenen Gewerkschaften dazu auf, Arbeiter zu unterstützen, die sich weigern, Güter zu befördern, die mit der israelischen Besetzung in Verbindung stehen.“

In den Vereinigten Staaten haben dank der Bemühungen von Class Struggle Workers – Portland (CSWP) fünf Gewerkschaften im Gebiet Portland, Oregon – IUPAT Local 10 (Maler), Ironworkers Local 29 (Stahlbau), IBEW Local 48 (Elektroarbeiter), AFT Local 111 (Bildungsarbeiter) und Carpenters Local 503 – Entschließungen verabschiedet, in denen sie die Gewerkschaften zu Arbeiteraktionen

weiter auf Seite 8

¹ Siehe „Verteidigt die Palästinenser gegen den völkermörderischen Krieg von USA/Israel gegen Gaza!“ (10. Oktober 2023), auf Seite 5 in dieser Ausgabe von *Permanente Revolution*.

² Siehe „1. Mai 2024: Für internationale Arbeiteraktionen gegen den völkermörderischen Krieg von USA/Israel gegen Gaza“, auf Seite 3 in dieser Ausgabe von *Permanente Revolution*.


PAME Greece International
@PAME_Greece - Follow
WE DID IT!
After workers of Piraeus all night blocked the #israel container the ship "Marla BULL" departed WITHOUT the weapons
The people can win!
From Greece
From the world
#Palestine is not alone!
MURDERERS OUT FROM THE PORT!

Permanente Revolution 
Zeitung der Internationalistischen Gruppe, deutsche Sektion der Liga für die Vierte Internationale
Herausgegeben von der Liga für die Vierte Internationale, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, USA
Email: internationalistgroup@msn.com
Anschrift in Deutschland: Postfach 800721, 21007 Hamburg
Email: permanenterevolution@posteo.de
Erscheint bei Mundial Publications, P.O. Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, USA.
Presserechtlich verantwortlich: J. Norden, 10008 New York, USA
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
Nr. 7 Oktober-Dezember 2024



Die griechische KP mobilisierte ihre Anhänger in der Stadt Tynavos am 6. November, um einen Lastwagenkonvoi zu stoppen, der Munition und Raketen an die Ukraine transportierte.

Vollmobilisierung in Solidarität mit dem palästinensischen Volk!

1. Mai 2024:

Für internationale Arbeiteraktionen gegen den völkermörderischen Krieg von USA/Israel gegen Gaza!

26. MÄRZ 2024 – Als der barbarische Krieg gegen Gaza in seinen sechsten Monat andauert, ist es völlig klar, dass es sich um einen tatsächlichen Völkermord handelt, der sich gegen die gesamte palästinensisch-arabische Bevölkerung dieses größten Freiluftgefängnisses der Welt richtet. Nach über 40 000 Toten,¹ der Zerstörung von mehr als der Hälfte aller Häuser in der dicht besiedelten Enklave, der Bombardierung von Schulen und Universitäten und Angriffen auf Krankenhäuser droht nun mehr als einer Million Menschen der Hungertod.² Es ist auch klar, dass es sich um einen gemeinsamen Krieg der USA und Israels handelt, denn *alle* schweren Bomben und *alle* Kampfflugzeuge, aus denen sie abgeworfen werden, werden vom Pentagon geliefert, während Washington jährlich Milliarden an US-Hilfe für Israel fließen lässt. Millionen von Menschen sind weltweit auf die Straße gegangen, um das Abschlichten anzuprangern und einen Waffenstillstand zu fordern – ohne Erfolg. Jeder Appell an die zionistischen/imperialistischen Kriegstreiber ist ins Leere gelaufen.

Was wir dringend brauchen, ist die Mobilisierung einer *Macht*, die das Gemetzel stoppen kann, die Macht der Arbeiterklasse, in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt. Der kommende *1. Mai*, der Tag der Arbeiter, sollte zu *einem Tag militanter internationaler Arbeiteraktionen werden, einschließlich Streiks und gewerkschaftlich angeführter Massenmobilisierung, um den völkermörderischen Krieg von USA/Israel gegen Gaza zu stoppen*. Im Anschluss daran sollten *weltweit Arbeiteraktionen durchgeführt werden, um alle Flüge und den Schiffsverkehr von und nach Israel einzustellen, solange der zionistische Krieg gegen Gaza andauert*. Die Werktätigen sollten fordern: *Stopp die Bombardierung, stoppt die Massaker, israelisches Militär und Siedler raus aus Gaza und allen besetzten Gebieten, JETZT!*

Im Oktober letzten Jahres haben der Palästinensische Gewerkschaftsbund (PGFTU)

¹ Einschließlich der mehr als 7000 Vermissten unter den Trümmern der eingestürzten Gebäude. Euro-Med Monitor, Infografik, Der israelische Völkermord im Gaza-Streifen, 7. Oktober 2023–14. März 2024.

² Integrierte Klassifizierung der Ernährungsunsicherheitsphase, Famine Review Committee: Gaza-Streifen, März 2024.



Arbeiteraktivisten der S.I. Cobas, der CALP (Autonomes Kollektiv der Hafentarbeiter) und anderer „Basis“-Gewerkschaften blockieren am 23. und 24. Februar den Hafen von Genua, Italien, und verhindern das Be- und Entladen eines israelischen Schiffes der Zim Line.

in Gaza und mehr als zwei Dutzend palästinensische Gewerkschaften und Berufsverbände einen dringenden Appell an die internationale Arbeiterschaft gerichtet, sich zu weigern, Waffen für Israel zu bauen und nach Israel zu transportieren. In den USA haben seither mehr als 200 Gewerkschaftsorganisationen Entschließungen verabschiedet, in denen sie zu einem Waffenstillstand aufrufen – ohne jedoch über die Teilnahme an „Friedens“-Märschen hinaus aktiv zu werden. In einigen Fällen, insbesondere bei der AFL-CIO, handelt es sich bei diesen Aufrufen in Wirklichkeit um eine Unterstützung Israels, indem die Palästinenser für den Ausbruch des Krieges verurteilt werden und Israel nicht aufgefordert wird, *Gaza zu verlassen*; indem die Freilassung aller israelischen Geiseln gefordert wird, aber kein Wort um die über 9000 Palästinenser, die in israelischen Gefängnissen als Geiseln festgehalten werden (plus weitere 4000 Arbeiter aus Gaza, die sich zu Beginn des Krieges in Israel befanden und jetzt in Militärlagern festgehalten werden).³

³ „9077 ‚Sicherheits‘-Häftlinge werden in israelischen Gefängnissen festgehalten“, HaMoked, März 2024.

Die Liga für die Vierte Internationale und ihre US-Sektion, die Internationalist Group, haben von Anfang an aufgerufen, „Verteidigt die Palästinenser gegen den völkermörderischen Krieg von USA/Israel gegen Gaza!“ (*Permanente Revolution*, 10. Oktober 2023), „Für Arbeiteraktionen gegen den zionistischen Terror“ und „gegen die Waffenlieferungen an Israel und die Ukraine“, wo die USA und ihre NATO-Verbündeten einen imperialistischen Stellvertreterkrieg gegen Russland führen. Wir haben betont, dass die Aufrufe zur Arbeitersolidarität bisher hauptsächlich auf dem Papier standen, und die Hafenschließungen, die es gab, meist von kommunalen Gruppen und nicht von den Gewerkschaften ausgerufen wurden, wie der langjährige Gewerkschaftsaktivist im Seeverkehr, Jack Heyman, in seinem jüngsten Artikel hervorhob, in dem er den Aufruf „Dock-Arbeiter: Blockiert Militärfracht nach Israel“ bekräftigte (US Hafentarbeiter – Militärgüter nach Israel boykottieren!“ *The Internationalist*, 15. Februar).

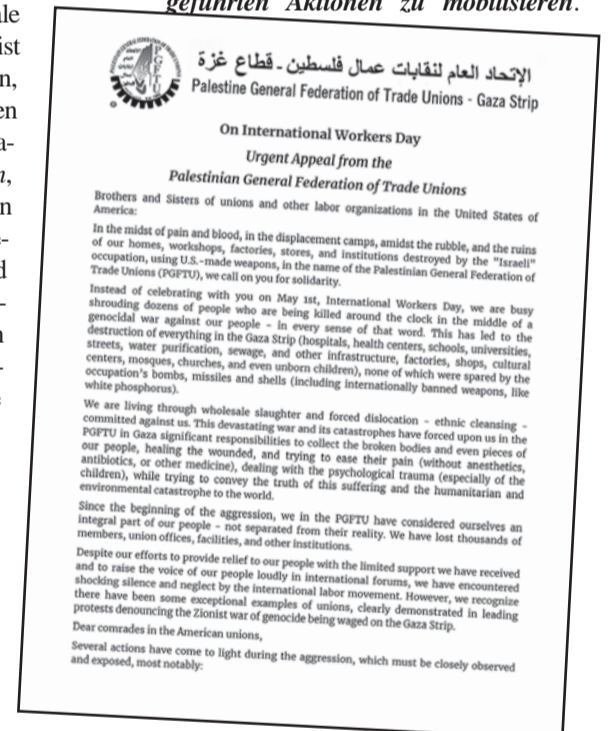
Letzte Woche legten Heyman und andere einen Entschließungsantrag vor, in dem die International Longshore and Warehouse Union (ILWU) Ortsgruppe 10 in der San Francisco Bay Area aufgefordert wird, am 1. Mai, dem internationalen Tag der Arbeiter, die Arbeit niederzulegen, „um internationale Arbeiteraktionen in Solidarität mit dem belagerten palästinensischen Volk und gegen den völkermörderischen Krieg Israels/der USA gegen Gaza zu fordern und den Waffenfluss für diesen Krieg zu stoppen“. Der Antrag forderte auch die Gewerkschaft insgesamt und die Hafentarbeiter auf der ganzen Welt auf, sich an den Solidaritätsaktionen zum 1. Mai mit den Palästinensern zu beteiligen.

Jetzt hat der palästinensische Gewerkschaftsbund PGFTU (Palestinian General Federation of Labor, Gaza) einen Aufruf zum 1. Mai an die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten gerichtet, genau dies zu tun. In der Erklärung der PGFTU heißt es offen, dass „wir auf schockierendes Schweigen und Nichtbeachtung seitens der internationalen Arbeiterbewegung gestoßen sind“. Sie führt aus:

„Die internationale Gewerkschaftsbewegung hat sich auf verbale Positionen zurückgezogen, ohne Maßnahmen vor Ort zu ergreifen oder Druck auf die Entscheidungsträger auszuüben, um diesen Vernichtungskrieg zu stoppen; sie hat ihre Aktivitäten auf Konferenzen und Erklärungen beschränkt und sich nicht eingehend mit der Notwendigkeit befasst, humanitäre Hilfe zu gewährleisten oder die internationale öffentliche Meinung zu beeinflussen, um die Wahrheit über die zionistischen Verbrechen und die Machenschaften der verbündeten Länder, die Israel weiterhin unterstützen, zu enthüllen.“

S.I. Cobas

Als Antwort auf den dringenden Appell der PGFTU an die Gewerkschaften und Gewerkschafter in den USA und international, „unsere Stimme und Fürsprecher innerhalb und außerhalb Amerikas zu sein“, fordert die Liga für die Vierte Internationale die Gewerkschaftsaktivisten auf der ganzen Welt auf, *am 1. Mai in Solidarität mit dem belagerten palästinensischen Volk gegen den völkermörderischen Krieg der USA und Israels die Arbeitermacht in wirkungsvollen, von den Gewerkschaften geführten Aktionen zu mobilisieren*.



Aufruf der Palestinian General Federation of Labor, Gaza an amerikanische Gewerkschaften, März 2024. Der vollständige Text ist unter <https://www.internationalist.org/pgftu-appeal-to-u.s.-unions-240322.pdf> verfügbar.

Solche Aktionen können und sollten nicht nur Maiaufmärsche zur Solidarität mit Palästina und die Organisation von Arbeiterhilfe für Gaza umfassen, sondern auch die Blockierung von Waffenlieferungen und den Boykott von Flügen und Schiffen von und nach Israel sowie, wo immer möglich, *Streikaktionen und Produktionsstilllegungen*. Solche Aktionen sollten *einen sofortigen Stopp der Bombardierungen, der erzwungenen Bevölkerungstransfers und jeglicher Einschränkungen der Nothilfe für den Gazastreifen fordern; ein Ende jeglicher Hilfe für Israel und den vollständigen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen und allen besetzten Gebieten*.

In den USA ist es von entscheidender Bedeutung, dafür zu kämpfen, dass die Arbeiter und Unterdrückten *mit den Demokraten brechen*, die den Krieg gegen die Palästinenser in Gaza finanzieren, beraten, bewaffnen und gemeinsam mit der israelischen Regierung aus Hardline-Zi-



So sieht Völkermord aus. Bewohner von Gaza-Stadt versammeln sich am Ort eines zerstörten Gebäudes, März 2024.



Aktivisten der Class Struggle Workers – Portland, Oregon, USA, am 11. November 2023, rufen zur Verteidigung Gazas und zur Zerschlagung des Krieges der USA und Israels gegen die Palästinenser auf.

onisten und ausgesprochenen Faschisten führen, und dass *die klassenkollaborationistische Gewerkschaftsbürokratie vertrieben wird*, die die Gewerkschaften seit Jahrzehnten an die Parteien der Bosse gekettet hat. Ein Paradebeispiel dafür ist die Führung der United Auto Workers (UAW), die als Reaktion auf den Aufschrei aus den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder, insbesondere in der Region Detroit mit ihrer großen arabisch-amerikanischen Bevölkerung, zu einem Waffenstillstand in Gaza aufrief und dann eine Kehrtwende vollzog und „Völkermörder Joe“ Biden als Präsidentschaftskandidaten unterstützte! Die Spitzen der Teamsters (Gewerkschaft der Transportarbeiter in den USA) ihrerseits flirtet derzeit mit Donald Trump, der über den Krieg in Gaza meinte, er würde dem israelischen Premierminister Netanjahu sagen, er solle „es zu Ende bringen und zwar schnell“ (Haaretz, 17. März).

Die Konturen einer wirksamen Solidaritätsaktion mit dem palästinensischen Volk sind von Land zu Land unterschiedlich. In Deutschland muss sich eine Gewerkschaftsaktion gegen den völkermörderischen Krieg notwendigerweise nicht nur gegen die wütend pro-zionistische SPD/FDP/Grünen-Regierung (die viele pro-palästinensische Proteste verboten hat) und die ebenso rabiate pro-israelische rechte „Opposition“ richten, sondern auch gegen die Linkspartei, denn alle Parlamentsparteien unterstützen ausdrücklich „Israels Recht auf Selbstverteidigung“, die Formel, die den Massenmord in Gaza rechtfertigt. In Italien, wo Faschisten eine rechts-extreme Regierung anführen, erfordert die Organisation einer wirksamen Arbeitersolidarität ein vereintes Vorgehen der normalerweise zerstrittenen „Basis“-Gewerkschaften und die Einbeziehung von Schlüsselsektoren der Industrie in einer direkten Herausforderung der „Mainstream“-Gewerkschaftsverbände, die trotz des Geredes über einen Waffenstillstand fest auf der Seite Israels stehen.

Überall versucht die opportunistische Linke, eine „breite Antikriegsbewegung“ aufzubauen, die sich in der Regel auf die Forderung nach einem Waffenstillstand konzentriert, um dissidente liberale oder „fortschrittliche“ Elemente aus den bürgerlichen und reformistischen Parteien einzubeziehen, die nicht unbedingt gegen den Krieg in Gaza sind, sondern nur gegen seine „Auswüchse“. Statt solcher „Volksfront“-Koalitionen, die eine ohnmächtige Druckpolitik betreiben, *ist ein unabhängiger, militanter Klassenkampf gegen alle kapitalistischen und regierenden sozialdemokratischen Parteien dringend erforderlich*, die allesamt Rädchen im imperialistischen System sind und daher auf die eine oder andere Weise am Völkermord in Gaza mitschuldig sind. Klassenlose Appelle für „Frieden“ sind ein Ablenkungsmanöver angesichts der unerbittlichen US-amerikanischen und israelischen Massenmörder, die nur durch eine internationale sozialistische Revolution gestoppt werden können.

Die Dringlichkeit dieser unabhängigen Klassenkampfpolitik wird durch Resolutionen unterstrichen, die von vier Gewerkschaften

– Iron Workers Local 29 (Brückenbauer), IUPAT (Maler) Local 10, IBEW (Elektroarbeiter) Local 48 und AFT (Bildung) Local 111 – in der Region Portland, Oregon, im pazifischen Nordwesten der USA verabschiedet wurden. Anstatt zu einem Waffenstillstand aufzurufen, der den Israelis die Kontrolle über Gaza überlassen würde und der Regierung Biden in die Hände spielt, die jetzt mit diesem Wort spielt, rufen die Entschlossenen, die von Unterstützern von Class Struggle Workers – Portland eingebracht wurden, zu Gewerkschaftsaktionen auf, um die Waffenlieferungen an Israel zu stoppen, für „die sofortige Beendigung der israelischen Bombardierung von Gaza, dafür dass Israel Gaza und das Westjordanland verlässt und für die sofortige Einstellung jeglicher Bewaffnung oder Finanzierung Israels“.

Der Kampf zur Beendigung des völkermörderischen Krieges von USA und Israel gegen das palästinensische Volk erfordert vor allem einen politischen Kampf gegen die kapitalistischen Parteien. Dies wurde von den Portland Malern angesprochen, die in einer Resolution von 2016 dazu aufriefen, mit allen Parteien der Bosse zu brechen und eine klassenkämpferische Arbeiterpartei aufzubauen. Die in dieser Entschließung enthaltene Aufforderung an die nationale Gewerkschaft, ihre Unterstützung für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten zu verwerfen, sollte für militante Arbeiter heute ein Fanal sein, da sich die Gewerkschaften in den USA den Forderungen nach einem Waffenstillstand in Gaza anschließen und *dann den Kriegsverbrecher und Demokraten Biden unterstützen, der für die Bewaffnung, Finanzierung und Leitung des völkermörderischen Krieges verantwortlich ist*.

Die belagerten palästinensischen Araber sind seit mehr als einem Dreivierteljahrhundert einer „ethnischen Säuberung“ ausgesetzt, nachdem sie von den britischen Imperialisten und dem Osmanischen Reich unterjocht wurden, und jetzt einem regelrechten Völkermord durch den zionistischen Staat Israel und seinen US-Schirmherren. Es bedarf einer Revolution, um dieser Unterdrückung ein Ende zu setzen, einer Revolution, die nur erfolgreich sein kann, wenn sie die israelische Gesellschaft von innen heraus spaltet und sprengt. Dies erfordert einen unnachgiebigen, internationalistischen Klassenkampf in der gesamten Region. Wie die Liga für die Vierte Internationale seit Beginn dieses Krieges und lange davor betont hat, Hauptsache ist, dass Verteidiger der Unterdrückten und die Gegner des Imperialismus *geschlossen an der Seite des palästinensischen Volkes gegen die zionistischen Unterdrücker und ihren Staat stehen* müssen, und dass die einzige Lösung, die den beiden Völkern, die dieses winzige Land bewohnen, eine gerechte und gleichberechtigte Zukunft verspricht, ein *arabisch-hebräischer Arbeiterstaat Palästina in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens ist*.

Vollmobilisierung zu kämpferischen internationalen Arbeiteraktionen am 1. Mai in Solidarität mit dem palästinensischen Volk gegen den völkermörderischen Krieg von USA/Israel! ■

Brecht mit den „Arbeiter“-Agenten des Imperialismus und Zionismus

Eine der Forderungen des PGFTU-Aufrufs lautet, „die Gewerkschaften der Besatzer international zu verbieten, da sie Partner im Krieg des Völkermords sind“ und insbesondere „amerikanische Gewerkschaften zum Boykott dieser Gewerkschaften“ aufzufordern. Gemeint ist die israelische Histadrut, die keine echte Arbeitergewerkschaft ist, sondern eine Institution, die seit seiner Gründung fester Bestandteil der Verwaltung des zionistischen Staates ist und die die Superausbeutung von palästinensischen und eingewanderten Arbeitern, vor allem im Westjordanland unter israelischer Besatzung, aufrechterhält. Die Gewerkschaften sollten sicherlich die Histadrut boykottieren, aber die „AFL-CIA“, wie die internationalen Aktivitäten des US-Gewerkschaftsbundes weithin genannt werden, ist sogar noch unheilvoller. (Das „Solidaritätszentrum“ der AFL-CIO wird von der Regierung finanziert und hat bei vielen von den USA angezielten Angriffen auf linke Gewerkschaften und Putschern eine Schlüsselrolle gespielt.)

Auch in vielen europäischen Ländern haben die wichtigsten Gewerkschaften seit langem Verbindungen zur zionistischen „Arbeiter“-Vereinigung. In Deutschland hat der DGB den zionistischen Krieg sofort unterstützt und erwähnt auch heute (in seinem Aufruf zu den traditionellen Oster-„Friedensmärschen“) nicht einmal Gaza oder das Massenabschlachten durch das israelische Militär, sondern geißelt Hamas (und greift Russland im Zusammenhang mit dem imperialistischen Stellvertreterkrieg der USA/NATO in der Ukraine an). In Frankreich hat der Gewerkschaftsbund CGT zwar einen Waffenstillstand und ein „Ende des Massakers in Gaza“ gefordert, aber dies nur in Form von Appellen an Präsident Emmanuel Macron und nicht durch Gewerkschaftsaktion (z. B. Stopp von Waffenlieferungen) zum Ausdruck gebracht. In Italien ruft die ehemals linke CGIL zu einem Waffenstillstand und zur Beendigung des Völkermords auf, meist in Verbindung mit katholischen „Friedens“-Gruppen wie Pax Christi, aber auch hier bedeuten solche pazifistischen Aufrufe nichts.

Der Aufruf der PGFTU stellt fest, dass „es einige außergewöhnliche Beispiele gegeben hat, bei denen Gewerkschaften an vorderster Front den zionistischen Krieg des Völkermords im Gaza-Streifen angeprangert haben“. Dies ist insbesondere in Italien der Fall, wo die „Basisgewerkschaften“ (*comitati di base*) im Gegensatz zu den Bürokratien der Gewerkschaftsföderationen CGIL/UIIL/CISL Solidaritätsaktionen für die Arbeiter durchgeführt haben. Am 17. November letzten Jahres führte S.I. Cobas einen landesweiten Streik durch, bei dem zahlreiche Transportdrehbänke in Solidarität mit den

Palästinensern geschlossen wurden, gefolgt von einer Demonstration in Bologna gegen den Krieg gegen Gaza. Am 23. und 24. Februar riefen mehrere dieser kleineren militanten Gewerkschaften zu einem Generalstreik auf und blockierten den Hafen von Genua, in dem Schiffe der israelischen Zim Line lagen, gefolgt von einer von den Gewerkschaften angeführten Pro-Palästina-Demonstration mit mehreren Zehntausend Teilnehmern in Mailand am nächsten Tag.

An der Westküste der USA, in Australien und anderswo wurden „Block the boat“-Aktionen von „community pickets“ (kommunale Mahnwachen) (an denen sich oft zahlreiche Gewerkschafter beteiligten) durchgeführt, die von den Hafengewerkschaften aus „Gesundheits- und Sicherheitsgründen“ respektiert wurden, oder auch nicht. Um die Macht der Arbeiterbewegung zu mobilisieren, ist es von entscheidender Bedeutung, dass *die Gewerkschaften die israelische Fracht für „zu heiß zum Umschlagen“ erklären und selbst solche „Hot Cargo“-Aktionen anführen*. In Australien versucht die Regierung der Labor Party, die Hafearbeiter immer enger an den Staat zu ketten, mit einer „militärstrategischen Flotte“ von Handelsschiffen, die von der Regierung „im Notfall“ beschlagnahmt werden können, während sich diese Sozialdemokraten über das imperialistische Bündnis AUKUS (Australien, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten) auf einen Krieg gegen China vorbereiten.

Die Unterordnung der Gewerkschaftsfunktionäre unter den kapitalistischen Staat spiegelt wider, wie Lenin während des Ersten Weltkriegs betonte, dass mit dem Aufkommen des Imperialismus eine „Arbeiteraristokratie und -bürokratie“ entstanden ist, für die „Häppchen der Beute“ aus der Unterdrückung der übrigen Welt als „Rechtfertigung ihres Bündnisses mit der ‚eigenen‘ nationalen Bourgeoisie gegen die unterdrückten Massen aller Nationen“ dienen. Diese privilegierte Schicht ist die soziale Basis des Opportunismus, und im „Stadium der revolutionären Aktion ... ist die Zeit für einen vollständigen Bruch mit dem Opportunismus gekommen“ und für die Verdrängung dieser Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung (W. I. Lenin, „Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale“ [Juni 1915])

Heute erfordert eine echte Solidaritätsaktion mit dem bedrängten palästinensischen Volk einen klassenkämpferischen Kurs gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die im Gleichschritt mit den Imperialisten und Zionisten marschiert. Das wiederum ist nur auf der Grundlage eines Programms möglich, das die brennenden Fragen der Gegenwart mit dem Kampf für die sozialistische Revolution verbindet. ■



Gaza-Solidaritätsprotest in Port Botany, Australien, November 2023. Um die Macht der Gewerkschaftsbewegung zum Tragen zu bringen, sind Gewerkschaftsmaßnahmen zur Unterbindung des Schiffsverkehrs nach und von Israel unbedingt notwendig.

Zionistische Rache nachdem Hamas-Offensive Israel bis ins Mark erschüttert

Verteidigt die Palästinenser gegen den völkermörderischen Krieg von USA/Israel gegen Gaza!

Samar Abu Elouf für The New York Times



Die umfassende Zerstörung des Gazastreifens durch die Zionisten hat begonnen. Anstatt wie 2021 und 2014 einzelne Gebäude zu treffen, macht die israelische Luftwaffe jetzt ganze Stadtteile dem Erdboden gleich, ohne irgendwelche Warnung an die Bewohner. Oben: Palästinenser begutachten das Ausmaß der Schäden im Stadtteil Al-Rimal in Gaza, 9. Oktober.

10. OKTOBER 2023 – In den frühen Morgenstunden des Samstags, den 7. Oktober, führte die Islamische Widerstandsbewegung (Hamas) in Gaza einen eindrucksvollen Überraschungsangriff auf Israel durch, den zionistischen Staat, der Millionen palästinensischer Araber aus ihrer Heimat vertrieben hat und Millionen weitere in Gaza, dem besetzten Westjordanland und innerhalb Israels unterdrückt. Berichten zufolge wurden über 5000 Raketen abgefeuert, die bis nach Tel Aviv reichten und Israels gepriesenen Rakenschutzschild Iron Dome überwältigten. Die massive, 9 Meter hohe und 65 Kilometer lange Grenzmauer, die den Gaza-Streifen vollständig umgibt, wurde an zahlreichen Stellen durchbrochen, und Hamas-Kämpfer strömten heraus und überrannten zwei Dutzend israelische Gemeinden. Zu diesem Zeitpunkt (10. Oktober) meldet das israelische Militär über 900 tote Israelis, während die palästinensischen medizinischen Behörden von fast 800 getöteten Palästinensern berichten, die meisten davon durch Luftangriffe der Israelis im dicht besiedelten Gaza. Darüber hinaus gibt es Tausende von Verletzten auf beiden Seiten.

Die noch nie erreichte Anzahl getöteter Israelis hat die jüdische Bevölkerung zutiefst erschüttert. Die zionistischen Medien sprechen vom „katastrophalen Scheitern“ der israelischen Kräfte (*Haaretz*), während arabische Publikationen den „entscheidenden Schlag“ von Hamas bejubeln und mit „Von der Empörung zum Jubel“ (*Al Mayadeen*) titeln. Westliche Medien und Politiker denunzieren pro-palästinensische Demonstrationen als „Apologeten des Terrorismus“. Zum ersten Mal in mehr als einem halben Jahrhundert der Zusammenstöße wurden mehr Israelis als Palästinenser getötet. (Normalerweise kommen auf jeden toten Israeli mehr als 20 tote Palästinenser.¹) Israels Militär ist

¹ Nach den Statistiken der Vereinten Nationen wurden von 2008 bis März 2023 6269 Palästinenser bei Zusammenstößen getötet, während 293 Israelis getötet wurden.

**Vertreibt die Zionisten aus dem Westjordanland und Gaza
Für internationale Arbeiteraktionen gegen den Angriff auf Gaza
Für einen arabisch-hebräischen Arbeiterstaat Palästina
in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens**

dabei, dies schnell zu ändern und hat bereits damit begonnen, das riesige Konzentrationslager Gaza wieder in ein *Killing Field*, ein Tötungsgelände für Palästinenser zu verwandeln. Mehr als 1.200 Wohneinheiten in Gaza wurden bereits zerstört, und wie Israels rechter Premierminister Benjamin Netanjahu schwor, ist der blutige Angriff auf Gaza „nur der Anfang“. Was Israels Paten in Washington betrifft, die sich als Verfechter der „Menschenrechte“ ausgeben, so sind sie allein seit 2001 für den Tod von fast einer Million Menschen in den imperialistischen Kriegen der USA verantwortlich.²

Derzeit führen die Vereinigten Staaten unter dem demokratischen Präsidenten Joe Biden einen blutigen Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine unter der Devise „so lange wie nötig“ – was bedeutet, dass man bis zum letzten Ukrainer kämpfen will. Aber das und frühere Streitigkeiten mit Netanjahu haben Washington nicht daran gehindert, im Gleichschritt mit dem ausdauernden (seit fast 17 Jahren mit Unterbrechungen amtierenden) zionistischen Hardliner und israelischen Anführer zu marschieren, der sich anschickt, Gaza platt zu machen. Israel hat um mehr präzisionsgelenkte Munition aus den USA gebeten, und das Pentagon hat zugesagt, diese zu liefern. (Das Pentagon hat 155-mm-Artilleriegranaten aus seinen Beständen in Israel an die Ukraine geschickt, aber jetzt verlangt Israels Militär die Waffen, da es sich darauf vorbereitet, Gaza zu besetzen.) In der Zwi-

² Siehe „U.S. Imperialism Hurling Toward World War III.“ [US-Imperialismus rast auf den 3. Weltkrieg zu] *The Internationalist* No. 69-70, Januar-Mai 2023.

schenszeit läuft Bidens Schwur – und das fast aller anderen imperialistischen Führer –, dass „Israel das Recht hat, sich selbst zu verteidigen“, darauf hinaus, dem zionistischen Staat eine „Lizenz zum Töten“ der Palästinenser zu geben. **Dies ist nun ein Krieg Israels und der USA gegen Gaza.**

Jeder echte Schlag gegen den zionistischen Staat durch palästinensische Kräfte, selbst durch reaktionäre Islamisten, ist im Interesse der Arbeiter und Unterdrückten der Welt. Doch neben dem Schlag gegen das israelische Militär führten die Hamas-Kämpfer einen unterschiedslosen Terroranschlag durch, bei dem einige Hundert israelische Partygänger, Bewohner von Kibbuz-Gemeinden und Anwohner von Städten im Süden getötet wurden. Dies ist nicht ein Schlag gegen die zionistische Besatzungsmaschine, sondern ein wahlloser Angriff auf Israelis, der die Verteidigung des palästinensischen Volkes untergräbt. Ein solcher *Dschihad* (heiliger Krieg) ist die Methode rechter Nationalisten und religiöser Eiferer, wie der Islamisten von Hamas ... und der zionistischen Militaristen aller politischen Richtungen. Jetzt tut die fälschlicherweise als Israel Defense Force (IDF) bezeichnete Truppe dasselbe in weitaus größerem Maßstab, nämlich gegen die gesamte Bevölkerung von Gaza. Die Zahl der Opfer wird bald die Hunderte von Palästinensern übertreffen, die die IDF bei ihrem Angriff auf Gaza im Jahr 2021 ermordet hat.

In fast allen imperialistischen Ländern gibt es jetzt Bestrebungen, jegliche Unterstützung für die Palästinenser zu unterdrücken und ein zionistisches Monopol auf den politischen Raum durchzusetzen. In

Deutschland wurden pro-palästinensische Proteste in Berlin verboten. In Frankreich wurden in Paris, Lyon und Marseille geplante pro-palästinensische Demonstrationen ebenfalls verboten, mit der verlogenen Begründung, sie würden „zum Rassenhass anstiften“. Gleichfalls hat der Justizminister ein Ermittlungsverfahren gegen die linke Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA) eingeleitet und eine „rasche und entschlossene strafrechtliche Antwort“ auf jegliche Unterstützung für Palästina gefordert, da dies mit Antisemitismus gleichzusetzen sei. In Italien hat der Bildungsminister Inspektoren entsandt, um die Mailänder Schülerkollektive, die sich für die Palästinenser ausgesprochen haben, zu ermitteln und möglicherweise zu verhaften. Es ist notwendig, diese Verbote und Drohungen anzuprangern und sich ihnen zu widersetzen, und die Proteste gegen den imperialistischen NATO-Krieg in der Ukraine mit der Verteidigung des palästinensischen Volkes zu verbinden. Dazu könnten **Arbeiteraktionen gegen die Waffenlieferungen an Israel und die Ukraine** gehören.

In den USA heizt die Demokratische Partei eine pro-zionistische Hysterie an. Die New Yorker Gouverneurin Kathy Hochhul ging auf den Kriegspfad gegen die New York City Democratic Socialists of America (DSA), wegen ihrer Unterstützung für eine pro-palästinensische Demonstration am 8. Oktober, was sie als „widerwärtig“ bezeichnete. Sie macht damit jeden zur Zielscheibe, der es wagt, sich für die Verteidigung eines belagerten Volkes einzusetzen. Was wirklich abscheulich ist, ist die Unterstützung von Demokraten und Republikanern für die *zionistische Mordmaschine*. Hochhul wurde dabei vom Bürgermeister von New York City, dem Ex-Polizisten Eric Adams, unterstützt, der kürzlich von einer politischen Werbungsreise nach Israel zurückkehrte, wo er derzeit eine Delegation von NYPD-Polizisten zur „Ausbildung“ hat. Gleichzeitig „untersuchen“ mehrere Universitäten Studenten und



Innerhalb weniger Minuten durchbrachen Hamas-Kämpfer mit einfachen Erdbewegungsmaschinen den Grenzzaun, dessen Bau Israel Milliarden gekostet hat und der über Jahre hinweg errichtet wurde. Der verhasste Zaun hielt die Palästinenser jahrzehntlang in einem Konzentrationslager im Stil der Nazis gefangen, dem „größten Gefängnis der Welt“, das sie nicht verlassen können, und in dem sie von ihren israelischen (und ägyptischen) Gefängniswärtern bezüglich Nahrung, Brennstoff, Wasser und Strom abhängig sind.

Studentengruppen, die sich für die Rechte von Palästinensern eingesetzt haben. Es ist notwendig, dieser neuen McCarthy'schen Hexenjagd frontal entgegenzutreten.

Doch die DSA-Demokraten im Kongress schlossen sich Bidens Schmähungen an. Ihr Star, die Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez, gab am 9. Oktober eine Erklärung ab: „Ich verurteile den Angriff von Hamas auf das Schärfste.“ Während sie fromm zu „sofortiger Waffenruhe und Deeskalation“ aufrief, enthielt ihre Erklärung kein Wort der Kritik an Israel oder der Verteidigung der Palästinenser. Ein anderes Mitglied der AOC-„Truppe“, Jammaal Bowman, gab eine ähnliche Erklärung ab.³ Jetzt (10. Oktober) rückt die NYC DSA von ihrer früheren Haltung ab und sagt, es tue ihr „leid für die Verwirrung, die unser Beitrag verursacht hat“. Alle DSA-Mitglieder sind als Anhänger dieser pro-imperialistischen Organisation mitschuldig an der schändlichen Kapitulation vor den zionistischen und imperialistischen Zensoren. Die Abgeordnete Rashida Tlaib, eine palästinensische Amerikanerin, rief zumindest dazu auf, die Blockade aufzuheben, die Besatzung zu beenden und das erstickende System, das Widerstand produziert, zu zerschlagen.

Biden erklärte heute im Weißen Haus: „In diesem Moment müssen wir kristallklar sein: Wir stehen an der Seite Israels“, und fügte hinzu, dass „wir dafür sorgen werden, dass Israel alles hat, was es braucht“, um Gaza anzugreifen. In diesem Moment, in dem die imperialistischen Kriegstreiber darauf bestehen, dass es darum geht, „auf welcher Seite ihr steht“, sind wir ebenso klar: Während Israel von den USA gelieferte Bomben auf Moscheen, Schulen und Krankenhäuser abwirft und Gläubige, Schulkinder und Patienten ermordet, müssen alle Gegner von Imperialismus und Zionismus an der Seite des palästinensischen Volkes stehen, das von Anfang an von Israel unterdrückt wurde und nun einem völkermörderischen Angriff ausgesetzt ist.

Die Internationalist Group, die US-Sektion der Liga für die Vierte Internationale, hat sich an den jüngsten pro-palästinensischen Protesten mit Plakaten beteiligt, die dazu aufriefen, „Verteidigt Gaza, zerschlagt den Israel/US-Krieg gegen die Palästinenser!“ und „Verteidigt das Recht der Palästinenser auf Rückkehr!“ Wir riefen „Für Arbeiteraktionen gegen den zionistischen Terror“ und erklärten: „Verteidigt Gaza, das neue Warschauer Ghetto! Vertreibt die zionistischen Besatzer aus dem Westjordanland!“ Unsere Plakate rufen dazu auf, die Kriegstreiberei der USA und der NATO gegen Russland

³ Im November 2021 unternahm Bowman eine von der liberalen Zionisten-Lobby J Street „arrangierte“ all-inclusive-Reise nach Israel, über die er in einem glühenden Bericht über seine Treffen mit dem Präsidenten von Israel, dem Premierminister (Netanjahu), den „Israel Defense Forces“ und anderen berichtete („Reflecting on My Trip to Israel“, 20. November 2021). Inmitten der jüngsten Aufregung ließ Bowman verlauten, dass er seine DSA-Mitgliedschaft vor einem Jahr hatte auslaufen lassen.

und China zu zerschlagen, volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten zu fordern, mit den Demokraten zu brechen und eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen und für einen arabisch/hebräischen Arbeiterstaat Palästina in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens zu kämpfen.

Bittere Früchte der jahrzehntelangen blutigen zionistischen Besatzung

Die mutige israelische Journalistin Amira Hass, die seit Jahrzehnten aus Gaza und dem besetzten Westjordanland berichtet und dort lebt, schrieb in der liberalen zionistischen Tageszeitung *Haaretz* (10. Oktober):

„In wenigen Tagen erlebten die Israelis das, was die Palästinenser seit Jahrzehnten routinemäßig erleben und immer noch erleben – militärische Übergriffe, Tod, Grausamkeit, getötete Kinder, auf der Straße aufgetürmte Leichen, Belagerung, Angst, Sorge um geliebte Menschen, Gefangenschaft, Ziel von Rache sein, wahlloses tödliches Feuer sowohl auf die an den Kämpfen Beteiligten (Soldaten) als auch auf die Unbeteiligten (Zivilisten), eine Position der Unterlegenheit, die Zerstörung von Gebäuden, ruinierte Feiertage oder Feste, Schwäche und Hilflosigkeit angesichts allmächtiger bewaffneter Männer und eine tiefe Demütigung.“

Die Hamas-Operation zu Luft, zu Lande und zur See – der Einsatz von Bulldozern, um die massiven Befestigungsanlagen zu durchbrechen, für deren Bau Israel Milliarden ausgegeben hat und die die Gaza-Bewohner seit Jahrzehnten in ihrem unfruchtbaren Landstreifen gefangen halten; der Sprung über die Mauer mit improvisierten Gleitschirmen; das Ausschalten der militärischen Kommunikation, die Eroberung eines Armeestützpunkts der Israelis, die Ausschaltung von israelischen Panzern mit Drohnen – löste in weiten Teilen der arabischen Welt Jubel und in der zionistischen Regierung Entsetzen aus. Deren Sicherheitsapparat ahnte offenbar nichts von der ausgeklügelten Operation, an der Hunderte von Menschen in monatelanger Vorbereitung beteiligt gewesen sein müssten. Israels gepriesener Spionagedienst Mossad, dessen tödliche Betrügereien zu einer festen Größe in Hollywood-Thrillern geworden sind, wurde kalt erwischt. Die arroganten israelischen Führer, die sich daran erfreuen, die Palästinenser zu unterjochen, mussten einen Schlag einstecken.

Die Anführer der Zionisten sind nun auf blutige Rache aus. Der israelische Verteidigungsminister, Yoav Gallant, erklärte am Diens-

tag (9. Oktober): „Wir verhängen eine vollständige Belagerung über Gaza. Es wird keinen Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser und keinen Treibstoff geben. Alles wird geschlossen sein. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere. Wir handeln entsprechend.“ Diese abscheuliche Absichtserklärung, einen Völkermord zu begehen, stammt von einem der „gemäßigeren“ Elemente der rechtsextremen Regierung, einer der sich Netanjahus Justizreform widersetzte, gegen die Hunderttausende von liberalen Zionisten seit Monaten mobilisiert haben. Netanjahu selbst sagte, dass das, was die israelische Regierung mit Gaza vorhatte, „für Generationen unter ihnen nachhallen werde“. Diese Worte werden von US-Präsident Biden aufgegriffen, der den Angriff von Hamas heute als „reines, unverfälschtes Übel“ bezeichnete. Das wäre eine bessere Beschreibung für die mörderischen Kriege des US-Imperialismus in Afghanistan, Irak, Syrien und jetzt in der Ukraine.

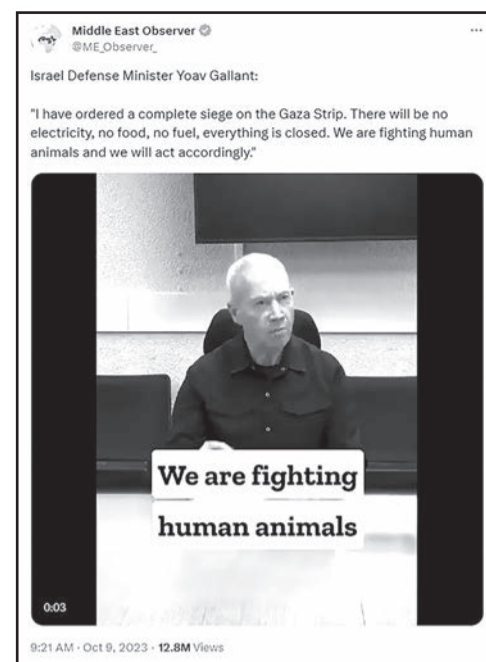
Seit 16 Jahren, seit der Übernahme des Gaza-Streifens durch Hamas im Jahr 2007, sind mehr als 2 Millionen Menschen im winzigen Gebiet eingepfercht, der kleiner ist als der New Yorker Stadtbezirk Queens, und können dieses größte Gefängnis der Welt nicht verlassen. Die von Israel und Ägypten beherrschten Bewohner von Gaza haben keine Arbeit und sind in Bezug auf Lebensmittel, Wasser und Treibstoff von ihren Gefängniswärtern und in Bezug auf die spärliche Grundversorgung von den Vereinten Nationen abhängig. Die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland, die seit 1967 unter israelischer Besatzung steht, ist auf noch kleinere Enklaven beschränkt, die immer wieder von den Killerkommandos der IDF und faschistischen Siedlerbanden überfallen werden. Wenn man eine ganze Bevölkerung jahrzehntlang einsperrt und sie zu einer kümmerlichen Existenz verdammt, was hat Israel dann erwartet? Menschen, die das Gefühl haben, dass sie nichts mehr zu verlieren haben, können in Wut ausbrechen.

Für arabisch/hebräische Arbeiterrevolution!

Im November letzten Jahres trat Netanjahu erneut sein Amt an, diesmal an der Spitze der am weitesten rechts stehenden Regierung in der Geschichte Israels, der zwei Minister aus der faschistischen Bewegung des verstorbenen Meir Kahane angehören, Bezalel Smotrich (Finanzminister, auch für das Westjordanland zuständig) und Itamar Ben-Gvir (Minister für nationale Sicherheit, zuständig für die Polizei). Seitdem gab es eine lange Reihe von provokativen Angriffen von Polizei und Armee auf palästinensische Städte im Westjordanland, insbesondere in Dschenin, auf der Suche nach „Militanten“. Mehr als 200 Palästinenser wurden im Jahr 2023 bereits vor dem Angriff vom 7. Oktober getötet. Und letzte Woche Donnerstagmorgen stürmten „mehr als 800 israelische Sied-



Israelische Panzer bereiten sich auf eine Bodeninvasion in Gaza vor, die nur ein völkermörderisches Abschlagen der Palästinenser zur Folge haben kann. Treibt die Zionisten raus aus dem Gazastreifen und dem besetzten Westjordanland!



Der israelische Kriegsminister Yoav Gallant ordnet eine rassistische, völkermörderische Belagerung des Gazastreifens an.

ler unter dem Schutz von israelischen Einheiten das Gelände der Al-Aqsa-Moschee im besetzten Ost-Jerusalem“ (*New Arab*, 5. Oktober). All dies wird in den westlichen Medien natürlich nicht erwähnt.

Am 6. Oktober jährte sich zum 50. Mal der Jom-Kippur-Krieg von 1973, als Israel durch einen Überraschungsangriff Ägyptens und anderer arabischer Länder erschüttert wurde. Es kann kein Zufall sein, dass Hamas seinen Angriff früh am nächsten Tag inszenierte. In seiner Ankündigung des Angriffs, der „Operation Al-Aqsa-Flut“, verwies der militärische Arm von Hamas auf die Angriffe auf die Jerusalemer Moschee und die über 5000 Palästinenser, die in israelischen Gefängnissen schmachten. Hamas rechtfertigte die Geiselnahme, um sie gegen die inhaftierten Palästinenser auszutauschen. Verfechter der demokratischen Rechte fordern seit langem die Freilassung der Tausenden von Palästinensern, die von Israel als Geiseln festgehalten werden. Doch in der gegenwärtigen Atmosphäre ist es zweifelhaft, ob die Sorge um das Leben der israelischen Geiseln die militärische Invasion der Zionisten in Gaza auch nur eine Minute aufhalten wird.

Es ist auch sicher kein Zufall, dass der dramatische Angriff von Hamas nach den großen Protesten von Hunderttausenden gegen Netanjahus Justiz-„Reform“ stattfand, die dem Obersten Gerichtshof von Israel die Möglichkeit nehmen würde, Entscheidungen und politische Maßnahmen zu blockieren, die von der Knesset, dem Parlament von Israel, beschlossen wurden. Obwohl liberale und „linke“ Zionisten (und ihre US-Unterstützer) dies als „Putsch“ von Netanjahu bezeichnen, ist die gegenwärtige Situation, in der einige wenige nicht gewählte Richter ein Veto gegen die Maßnahmen des gewählten Parlaments

Die Ursprünge von Hamas

einlegen können, höchst undemokratisch. Das eigentliche Problem ist, dass der zionistische Staat selbst durch und durch antidemokratisch ist, ein religiös definierter „jüdischer Staat“, der auf der Unterwerfung der palästinensischen Bevölkerung beruht, sei es als „Bürger“ zweiter Klasse in Israel selbst oder als rechtlose Untertanen in der besetzten Westbank. Dennoch haben die liberalen Zionisten alle palästinensischen Fahnen von ihren Protesten rigoros ausgeschlossen.

Hamas könnte auch damit gerechnet haben, dass die Biden-Regierung in den USA mit dem Krieg in der Ukraine beschäftigt und daher weniger in der Lage sei, einzugreifen, was bei weitem nicht der Fall ist; und dass sein Angriff es den arabischen Regimen erschweren würde, die Beziehungen zu Israel zu „normalisieren“, was sich als richtig herausstellen könnte. Bei einer Rede vor den Vereinten Nationen im vergangenen Monat hielt Netanjahu eine Karte des „neuen Nahen Ostens“ hoch und zeichnete mit einem roten Jumbo-Marker eine Achse, die sich von den Vereinigten Arabischen Emiraten über Saudi Arabien und Israel (mit Westjordanland und Gaza annektiert) bis nach Europa erstreckt. Doch während ein solcher zionistischer Wunschtraum vorerst vom Tisch sein mag, könnten die Kämpfe in Israel einen regionalen Krieg auslösen. Die USA haben eine Marinekampfgruppe in das östliche Mittelmeer verlegt, um den Iran vor einem Eingreifen zu warnen, aber ein Massaker in Gaza könnte explosive Unruhen in der gesamten Region auslösen.

Im Moment schließen die liberalen Zionisten die Reihen mit Netanjahu, Verhandlungen über eine Regierung der „nationalen Einheit“ sind im Gange, der auch Benny Gantz angehören würde, der pensionierte General, der bei den Wahlen im Oktober 2022 gegen Netanjahu kandidierte. Gantz, der der zionistischen „Linken“ als Weg zur Zügelung der faschistischen Minister verkauft wird, ist keine „Tauben“, denn er hat 2021 als Verteidigungsminister in einer früheren, von Netanjahu geführten Regierung der „Einheit“ das Massaker an Palästinensern in Gaza befohlen. Eine groß angelegte Invasion von Gaza wird zweifelsohne zu erheblichen Verlusten in der IDF führen, da die Kräfte von Hamas, die in der Lage sind, die Grenzmauer innerhalb von Minuten zu überwinden, mit Sicherheit tödliche Fallen in Gaza vorbereitet haben.⁴ Aber unabhängig vom Ausmaß der israelischen Verluste wird der bevorstehende israelische Bodenangriff (für den die IDF mehr als 360 000 Reservisten mobilisiert hat) nichts anderes als ein vorsätzliches Abschlagen von Pa-

⁴ Saleh al-Arouri, stellvertretender Leiter des Politbüros von Hamas, sagte: „Der Widerstand stützt seine Position und seine Pläne auf die schlimmsten Eventualitäten, einschließlich einer Bodeninvasion“, die er als „das beste Szenario für uns, den Kampf zu lösen“ bezeichnete (zitiert in International Crisis Group, „A Second October War in Israel-Palestine“ [9. Oktober 2023]).

Wir haben mehrmals darüber geschrieben, wie „während Zionisten gegen Hamas wettern, sie es versäumen zu erwähnen, dass Israel geholfen hat, die reaktionäre islamische Gruppe zu gründen, um mit der palästinensischen nationalistischen Fatah zu konkurrieren“.¹ („Verteidigt Gaza und das palästinensische Volk – Für arabisch/hebräische Arbeiterrevolution!“ *The Internationalist* Nr. 38, Oktober-November 2014). Während und seit Israels Angriff auf Gaza im Jahr 2021 sind weitere Details über die Unterstützung der Islamisten durch die Zionisten ans Licht gekommen. In einem Leserbrief an die *New York Times* (18. Mai 2021) schrieb der ehemalige Leiter des Jerusalem Büros der *Times*, David Shipler, dass „Israel viel mehr getan hat, als nur zu ‚erlauben‘“, dass Hamas als Gegengewicht zu Yasir Arafats säkularer Fatah-Partei, die die palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) anführt, entsteht:

„1981 erzählte mir Brigadegeneral Yitzhak Segev, Israels Militärgouverneur von Gaza, dass er auf Anweisung der israelischen Behörden Geld an die Muslimbruderschaft, den Vorläufer von Hamas, gab. Mit der Finanzierung sollte Macht von den kommunistischen und palästinensischen nationalistischen Bewegungen in

¹ Die Fatah („Sieg“), ein umgekehrtes Akronym für die Palästinensische Nationale Befreiungsbewegung, ist die nationalistische Partei, die den größten Teil der PLO ausmacht.

löstinensern sein.

Viele Palästinenser, die unter dem Joch der israelischen Besatzung leben, und palästinensische Aktivisten im Ausland waren über den Angriff von Hamas erfreut. Die bürgerlich-nationalistische PLO und die von ihr geführte, zutiefst diskreditierte palästinensische Autonomiebehörde sind nichts anderes als Sicherheitskräfte für Israel, die von den Vereinigten Staaten über den US-Sicherheitskoordinator, einen Generalleutnant im Pentagon, bezahlt werden. Der islamische Fundamentalismus von Hamas und anderen Gruppierungen wie dem Islamischen Dschihad, der auf Kosten der PLO gewachsen ist, kann nur zu einer Niederlage führen. Die umliegenden arabischen Staaten werden den Palästinensern nur symbolisch zu Hilfe kommen, wahrscheinlich sogar überhaupt nicht, wie die Rolle Ägyptens und Jordaniens als Kerkermeister der palästinensischen Flüchtlinge seit dem arabisch-israelischen Krieg 1967 zeigt. Auch der Iran wird sich wahrscheinlich nicht auf einen Kampf mit Washington einlassen, da er große Anstrengungen unternommen hat,

Gaza weggenommen werden, die Israel für bedrohlicher hielt als die Fundamentalisten.“

Nachdem ein ehemaliger Führer der Muslimbruderschaft, Scheich Ahmed Jassin, 1978 seine „Islamische Vereinigung“ gegründet hatte, schüttete Israel Geld in einige seiner Projekte, und das über Jahre hinweg. General Segev sagte: „Die israelische Regierung gab mir ein Budget, und die Militärregierung gibt es an die Moscheen weiter.“ Einige Jahre später gründete Jassin die Hamas (das arabische Akronym für Islamische Widerstandsbewegung). Avner Cohen, der Beamte der während der mehr als zwei Jahrzehnte andauernden israelischen Besatzung für die religiösen Angelegenheiten in Gaza verantwortlich war, sagte später: „Hamas ist zu meinem großen Bedauern Israels Schöpfung“ (aus dem Video „Blowback: How Israel Helped Create Hamas“ [Rückschlag: Wie Israel half, Hamas zu erschaffen], *The Intercept*, 20. Februar 2018).

Der Aufbau von Hamas als Alternative zur PLO und um die Bildung eines palästinensischen Staates zu verhindern, ist seit Jahrzehnten eine Politik der rechten zionistischen Likud-Partei. Sie war der Eckpfeiler der Entscheidung des damaligen israelischen Premierministers Ariel Scharon, der Likud nach dem Sturz von Netanjahus erster Regierung übernahm, sich 2005 von Gaza „zu lösen“. Der Scharon-Berater Dov Weissglas schrieb: „Dieses ganze Paket namens palästinensischer Staat ist auf unbestimmte Zeit von der Tagesordnung

verschwunden... Der Plan liefert die nötige Menge an Formaldehyd, damit es keinen politischen Prozess mit den Palästinensern geben wird.“ Als Netanjahu wieder am Ruder war, stimmte er 2018 zu, dass Katar jährlich Millionen von Dollar zur Finanzierung der Hamas-Regierung in Gaza überweist („Das Ende der Netanjahu-Doktrin“, *+972 Magazine* (9. Oktober).)

Ein Jahr später, bei einem Treffen von Likud-Abgeordneten in der Knesset im März 2019, erklärte Netanjahu: „Jeder, der die Errichtung eines palästinensischen Staates vereiteln will, muss die Stärkung von Hamas und den Transfer von Geld an Hamas unterstützen... Das ist Teil unserer Strategie – die Palästinenser in Gaza von den Palästinensern im Westjordanland zu isolieren.“ Der Ministerpräsident, der wegen dreier Korruptionsfälle angeklagt ist, vertraute seine Strategie den Ermittlern der Polizei an. Über Hamas und die Hisbollah im Libanon sagte er: „Ich führe sie in die Irre, destabilisiere sie, mache mich über sie lustig und schlage ihnen dann auf den Kopf.“ Es kann keine Einigung mit ihnen geben, sagte er, „aber wir kontrollieren die Höhe der Flammen“ („Israel kann nicht von einem kriminellen Angeklagten gemanagt werden“, *Haaretz*, 9. Oktober). Diesmal nicht. Der Angriff von Hamas hat Netanjahus gesamte Strategie in Flammen aufgehen lassen. ■

um eine teilweise Aufhebung der US-Sanktionen zu erreichen. All diese Kräfte – einschließlich Hamas – versuchen in Wirklichkeit, einen Deal mit den Imperialisten und Zionisten zu schließen, und zwar auf Kosten der Palästinenser.⁵

Der einzige Weg zu einer Zukunft in Frieden und echter Befreiung für die palästinensischen Massen liegt im gemeinsamen revolutionären Kampf mit den Werktätigen von Israel, sowohl den hebräisch-sprachigen als auch den arabischen, so weit entfernt und unwahrscheinlich das derzeit auch scheint. Und die jüdische Bevölkerung von Israel, von der die Hälfte nicht religiös ist, kann nur auf eine „Zukunft“ als belagerte Garnison blicken, die der endlosen Bedrohung und der periodischen Realität des Krieges ausgesetzt ist. Die zionistische „Linke“ ist als wählbare Kraft am Ende und wird von der logischen Entwicklung des theokratischen Staates, den sie einst anführte, aufgezehrt. In der Zwischenzeit könnte die faschistoide Siedlerbewegung versuchen, die gegenwärtige Krise zu nutzen, um die seit langem bestehenden Pläne zur Vertreibung Hunderttausender palästinensischer Araber aus dem Westjordanland und aus Israel zu verwirklichen.⁶ Ein „jüdischer Staat“, der per definitionem die umliegende Bevölkerung ausschließt und ihr entgegengesetzt ist, kann im Nahen Osten niemals sicher sein, auch nicht mit völkermörderischem Terror, wie es Israel jetzt tut.

Die Internationalistische Gruppe und die Liga für die Vierte Internationale stehen voll und ganz auf der Seite des palästinensischen Volkes, das wir immer gegen den zionistischen Unterdrückerstaat und seine imperialistischen Schutzherrn verteidigt haben, die es zu einer staatenlosen, ver-

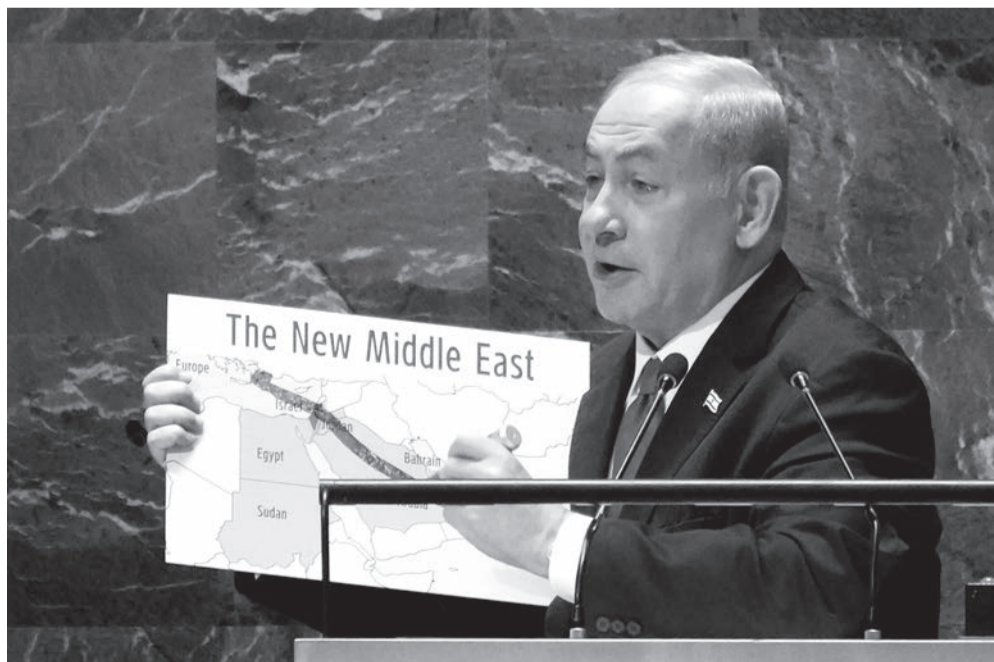
⁵ Hamas schlug wiederholt einen zehnjährigen Waffenstillstand mit Israel vor (der abgelehnt wurde), um Gaza friedlich verwalten zu können, so wie es die PLO/PA in den Enklaven im Westjordanland tut.

⁶ Diese Pläne wurden ursprünglich von dem „Labor Zionisten“ Yigal Allon, einem ehemaligen Mitglied der Palmach-Miliz und der „linken“ zionistischen Partei Ahdut HaAvoda, als nächster Schritt nach der Eroberung Ost-Jerusalems und des Westjordanlandes durch Israel im Krieg von 1967 ausgearbeitet.

armten Existenz und zum Exil verdammt haben. Die Troztkisten waren gegen die Gründung des zionistischen Staates, der auf der Enteignung und Massenvertreibung der arabischen Mehrheit von Palästina aufbaut. Dieses historische Verbrechen geschah vor dem Hintergrund des Nazi-Holocausts, dem im Zweiten Weltkrieg über 6 Millionen Juden zum Opfer fielen, und wurde durch die Weigerung der „demokratischen“ Imperialisten genährt, während und nach dem Krieg jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Wir sind gegen alle religiös begründeten Staaten, ob es der selbsternannte „jüdische Staat“ Israel ist oder die islamischen Republiken Iran und Pakistan, offiziell christliche Staaten (wie Francos Spanien), usw.

Allerdings gibt es als Ergebnis dieser Geschichte von Verbrechen über Verbrechen nun zwei Völker, die dasselbe kleine Gebiet bewohnen: die etwa 7 Millionen hebräisch sprechende Bevölkerung und eine ebenso große Zahl von Palästinensern, die sich auf das besetzte Westjordanland, Gaza und Israel selbst verteilen. In der Zwischenzeit gibt es weitere mehr als 3 Millionen palästinensische Flüchtlinge in der unmittelbaren Umgebung (Jordanien, Syrien, Libanon, Ägypten) und weitere zwei Millionen anderswo in der Diaspora. Wir verteidigen die unterdrückten Palästinenser gegen den israelischen Unterdrücker und kämpfen für **das Recht aller Palästinenser auf Rückkehr in ihr Heimatland**. Um einen Weg zu einer gerechten und tragfähigen Lösung zu eröffnen, führt kein Weg daran vorbei: Beide Völker haben ein nationales Existenzrecht. Aber in einem „Zwei-Staaten-Szenario“, wie es im Osloer Abkommen von 1994 vorgesehen ist, wird unter dem Kapitalismus derjenige, der knappe Ressourcen wie Wasser bekommt, der Stärkere sein, und das wird nicht ein kleiner, verstreuter palästinensischer „Staat“ sein.

Zwar bezeichnen viele „Progressive“ Israel als „kolonialen Siedlerstaat“, doch im Gegensatz zu den Siedlern im Westjordanland, bei denen es sich zumeist um Emigranten aus den USA, insbesondere aus New York City, handelt, hat die große Mehrheit der hebräisch sprechenden Israelis keine andere Heimat, in die sie zurückkeh-



In seiner Rede vor den Vereinten Nationen am 22. September zeichnete der israelische Premierminister mit einem großen Marker einen Plan des „Neuen Nahen Ostens“, in dem das besetzte Westjordanland und der Gazastreifen schon vom zionistischen Staat annektiert wären.

Internationalisten protestieren gegen Genozid der USA und Israel in Gaza

Permanente Revolution



Berlin, am 21. Oktober 2023.

Internationalist photo



New York City, am 12. Oktober 2023.

Revolución Permanente



Mexiko-Stadt, am 28. Oktober 2023.

ren könnten. Die zionistische Festung Israel muss von innen heraus gesprengt werden, und die Massenproteste in den ersten neun Monaten des Jahres 2023 offenbarten zahlreiche Risse, die den scheinbaren Monolithen sprengen könnten. Die IG/LVI vertritt die Auffassung, dass in solchen Fällen *miteinander verflochtener Völker* der einzige Weg zu einer gerechten und demokratischen Lösung für konkurrierende nationale Rechte in einer sozialistischen Revolution durch den gemeinsamen Kampf der Werktätigen beider Nationen besteht. Um eine wirkliche Verteidigung des palästinensischen Volkes

zu gewährleisten, kämpfen wir für *einen binationalen arabisch/hebräischen Arbeiterstaat Palästina*, der sich mit dem machtvollen Proletariat der Türkei, Ägyptens und des Irans in einer *sozialistischen Föderation des Nahen Ostens zusammenschließt*.

Diese Perspektive erfordert das Schmeiden der Führung einer *arabisch/hebräischen revolutionären internationalistischen Arbeiterpartei auf der Grundlage des echten Kommunismus von Lenin und Trotzki*. Dies ist der einzige Weg zur Befreiung, und es ist eine Aufgabe, die wir in den vor uns liegenden dunklen Zeiten in Angriff nehmen müssen. ■



Der blockierte Container mit Palästina-Flagge versehen. „Mörder raus aus dem Hafen“, haben die Hafentarbeiter von Piräus am 17. November, darauf gesprüht.

Griechische Arbeiter...

forgesetzt von Seite 2

aufforderten, um die Waffenlieferungen an Israel zu stoppen, die Bombardierung Gazas durch Israel unverzüglich zu beenden, Israel zum Rückzug aus Gaza und dem Westjordanland aufzufordern und jegliche Aufrüstung Israels sofort zu stoppen.³

Die Resolution der NUMSA zum 1. Mai hob die Aktionen der International Longshore and Warehouse Union (ILWU) gegen israelische Schiffe in früheren zionistischen Kriegen sowie gegen das Apartheidregime in Südafrika hervor. Im Einklang mit seiner Tradition verabschiedete der ILWU Ortsgruppe 10 für das Gebiet der Bucht von San Francisco am 1. Mai einstimmig eine Entschliebung, „sich zu weigern, militärische Fracht nach Israel umzuschlagen“ und „Streikpostenkettens gegen den Krieg in Gaza zu unterstützen, wie wir es in der Vergangenheit wiederholt getan haben“. Diese kämpferische Resolution wurde jedoch auf dem ILWU-Kongress im Juni von der Gewerkschaftsbürokratie niedergeschlagen.

Am Vorabend des kurzen (dreitägigen) großspurig angekündigten Streiks der International Longshoremen's Association (ILA), der Anfang Oktober die Häfen an der Ost- und Golfküste der USA lahmlegte, gab ILA-Präsident Harold Dagget eine abscheuliche Erklärung ab, indem er verkündete, dass „die ILA, die ‚I LOVE AMERICA‘-Gewerkschaft, ihr langjähriges Versprechen aufrechterhalten wird, während Streiks Militärgüter weiter zu befördern“.

In Europa haben mehrere Gewerkschaften Erklärungen abgegeben, sich zu weigern, Militärgüter nach Israel zu transportieren, darunter Transportarbeiter in Belgien und Hafentarbeiter in Barcelona, Spanien. Diese Erklärungen sind jedoch größtenteils auf dem Papier geblieben, ohne dass sie tatsächlich nennenswert umgesetzt wurden, was die PGFTU von Gaza dazu veranlasste, sich in ihrem Aufruf vom März 2024 über das „schockierende Schweigen und die Missachtung durch die internationale Arbeiterbewegung“ zu beschweren. Schlimmer noch, in Deutschland hat die IG Metall auf beschämende Weise die Produktion und den Export von Waffen nach Israel und in die Ukraine vorangetrieben.

Eine Ausnahme ist **Italien**, auch von der palästinensischen Gewerkschaft anerkannt, wo kämpferische „Basisgewerkschaften“ die Häfen von Genua und Livorno geschlossen haben, sich weigerten, militärische Fracht für Israel zu verladen, Zehntausende von Arbeitern auf die Straße brachten und zweimal einen eintägigen nationalen Streik (24. Februar und 25. Juni) in Solidarität mit den Palästinensern durchführten. Mexikanische Arbeiter im Bundesstaat Puebla haben ein Video aufgenommen, in dem sie diese Aktionen der kämpferischen italienischen Gewerkschaften

³ Die Entschliebungen der CSWP sind auf der Website <https://cswp-pdx.org/> nachzulesen.

begrüßen. Die großen Gewerkschaftsverbände Italiens (CGIL/UIL/CISL) haben jedoch nichts unternommen.

Und auch **Griechenland**, wo, wie oben berichtet, Arbeiter und Linke Waffenlieferungen für den NATO-Krieg gegen Russland um die Ukraine und den völkermörderischen Krieg von USA/Israel gegen Gaza blockiert haben. Die KKE hat eine ausgeprägt sozialpatriotische Einstellung, verteidigt lautstark die griechische „Souveränität“ (z. B. über die ägäischen Inseln, gegen die Türkei) und weigert sich, Russland gegen den Stellvertreterkrieg der NATO um die Ukraine zu verteidigen, was einer Kapitulation vor dem Imperialismus gleichkommt. Doch im Gegensatz zu vielen opportunistischen Linken anderswo in Europa, die eine „neutrale“ Enthaltungspolitik betreiben, um der pro-ukrainischen, pro-imperialistischen „Friedensbewegung“ hinterherzulaufen, führt die Kommunistische Partei Griechenlands zumindest *konkrete Aktionen* gegen die Imperialisten und Zionisten durch.

Das Abschlagen der Palästinenser geht weiter. Was tun? Wie die Aktionen militanter Gewerkschaften und Linker in Italien und Griechenland und das Versagen, oder die fast überall unumwundene Weigerung, der „normalen“ Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände, gegen dieses Blutbad vorzugehen, gezeigt haben, muss der Kampf für klassenkämpferische Arbeiteraktionen Teil eines umfassenden Kampfes gegen die pro-imperialistische Gewerkschaftsbürokratie – die „Arbeiteraristokratie“, wie Lenin sie nannte – sein, deren Programm der Klassenkollaboration ihre immer stärkere Eingliederung in den imperialistischen Staat widerspiegelt. Die Liga für die Vierte Internationale beharrt darauf, dass dieser Kampf nur von einer revolutionären proletarischen Avantgarde auf der Grundlage des bolschewistischen Programms von Lenin und Trotzki geführt werden kann.

Das Stoppen eines Containers mit Munition für Israel, eines Konvois mit Kriegsgütern für die Ukraine, ein eintägiger Streik oder die Schließung eines Hafens – dies sind erste Schritte, aber sie sind von entscheidender Bedeutung, um die Richtung anzuzeigen, die der Kampf nehmen muss. Während Aufrufe an Regierungen, ein Waffenembargo gegen Israel zu verhängen (sowie auch die Aufrufe zu „Boykott, Desinvestition, Sanktionen“), darauf abzielen, die Imperialisten unter Druck zu setzen, meist vergeblich, machen klassenkämpferische Arbeiteraktionen Fortschritte auf dem Weg zum Sturz des kapitalistisch-imperialistischen Systems. Während die Imperialisten auf einen thermonuklearen Dritten Weltkrieg zustürzen, kann der Kampf gegen ihre tödliche Herrschaft – die endlosen Krieg, Armut, Rassismus und die anderen sozialen Plagen, die die Menschheit heimsuchen, hervorbringt – nur durch eine internationale sozialistische Revolution gewonnen werden. ■

PAME



Arbeiter demonstrieren gegen die Volkswagen-Bosse am 4. September 2024 bei Betriebsversammlung in Wolfsburg.

Jobkiller VW...

fortgesetzt von Seite 1

Verkaufszahlen und, natürlich, schwindende Gewinne und drohte damit, dass möglicherweise Werke in Deutschland geschlossen werden müssten. Das wäre das erste Mal in der 87-jährigen Geschichte von VW. Volkswagen kündigte auch andere Vereinbarungen, darunter eine, die das Unternehmen dazu verpflichtete, allen Auszubildenden im Unternehmen einen festen Arbeitsplatz anzubieten, sowie eine Vereinbarung, die Leiharbeitern Löhne über denen anderer Automobilunternehmen bot.

Auf einer Betriebsversammlung zwei Tage später in Wolfsburg, dem Hauptsitz des Unternehmens, machten rund 25 000 VW-Beschäftigte (viele konnten nicht in die Halle gelangen, und die Presse wurde ausgesperrt) ihrem kollektiven Ärger Luft und skandierten Slogans wie „Wir sind Volkswagen, ihr seid es nicht“. Die Sprechchöre und Trillerpfeifen hinderten die Chefs etwa 20 Minuten lang am Sprechen. Dann wurde den Beschäftigten gesagt: „Uns fehlen Autoverkäufe für rund zwei Werke“, aber das patriarchalische Getue der Chefs über die „VW-Familie“ kam nicht gut an. Die Beschäftigten wissen, dass die VW-Spitzen im vergangenen Jahr durchschnittlich 6,499 Millionen Euro erhalten haben. Das ist 85 Mal mehr als der durchschnittliche Jahreslohn eines VW-Arbeiters.

Das Hauptargument der IG Metall und des Betriebsrats von Volkswagen war, dass die Beendigung des Vertrags VW noch mehr kosten würde, da dies eine Rückkehr zu den Verträgen von vor 1994 bedeuten würde, mit längeren Arbeitszeiten, höheren Löhnen und mehr Abfindungen. Wirklich? Die Gewerkschaftsbürokraten selbst sagen, die Ankündigung von VW sei ein „Tabubruch“, und die Bosse haben offensichtlich nicht die Absicht, zum Status quo ante zurückzukehren.

1993 drohte Volkswagen damit, rechnerisch 30 000 „überzählige“ Mitarbeiter entlassen zu müssen. Die Entlassungen wurden dann durch eine Vereinbarung über die Einführung einer 28,8-Stunden-Woche in allen VW-Werken „verhindert“. (Der 1984 errungene Tarifvertrag über die 35-Stunden-Woche wurde nicht abgeschafft, sondern nur ausgesetzt). In der Praxis bedeutete dies eine Kürzung der Löhne und – was für die Bosse ebenso wichtig war – eine „Flexibilisierung“ der Arbeitsschichten, wobei die Arbeitspläne immer komplizierter wurden.

So konnte die Zahl der festangestellten Vollzeitbeschäftigten reduziert werden; die überwiegende Mehrheit der Neueinstellungen waren nun Leiharbeiter (immer wieder wurden Leiharbeiter zu Hunderten entlassen, nur damit VW anschließend Ersatz einstellen konnte). Im Jahr 2006 wurde eine maximale Wochenarbeitszeit von 33 Stunden vereinbart. Der Schlüssel dazu war, die verätherische Gewerkschaftsbürokratie dazu zu bringen, diese Strategie zu unterschreiben. Die IG-Metall-Spitze nahm nicht nur einen

Abbau der hart erkämpften Errungenschaften der Autoarbeiter in Kauf, sondern beteiligte sich auch an der Schaffung einer Art „industriellen Reservearmee“, indem sie gemeinsam mit dem Unternehmen und dem Land Niedersachsen eine Zeitarbeitsfirma gründete.

Die Betriebsratsspitze war stets bereit, auf dem Rücken der Belegschaft immer neue Sparmaßnahmen auszuhandeln, wie Altersteilzeit und freiwilliges Ausscheiden, Entlassung von Leiharbeitern und Auslagerung von Arbeiten.

Es ist wichtig, das institutionalisierte System der „Sozialpartnerschaft“ zu verstehen, das Volkswagen verkörpert. So wie die Automobilindustrie die treibende Kraft der deutschen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war, so war Volkswagen das „Juwel in der Krone“ dieser Industrie. Volkswagen wurde ursprünglich von den Nazis und ihrer „Arbeitsfront“ gegründet, um ein billiges Auto für die Massen zu produzieren. Die westdeutsche Nachkriegs-Bundesrepublik, die sich zum Rechtsnachfolger von Hitlers Drittem Reich erklärte hatte, wollte dem von den Stalinisten der SED regierten Osten des geteilten Deutschlands, dem *bürokratisch deformierten Arbeiterstaat* der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), das Schaulaufen eines geläuterten, „sozial verantwortlichen“, „demokratischen“ Kapitalismus entgegensetzen. Als VW 1960 privatisiert wurde, übernahm das Land Niedersachsen ein Fünftel der Aktien des Unternehmens.

Der bürgerliche Staat, die VW-Eigentümer und die Gewerkschaftsbürokratie (die „Arbeiterleutnants des Kapitals“, wie der US-Marxist Daniel De Leon einprägsam formulierte) sind auf das Engste miteinander verbunden. Dies zeigt sich in den Betriebsräten, den „beratenden“ Gremien der Arbeiter in Unternehmen ab einer bestimmten Größe in Deutschland. Die von den Arbeitern gewählten Vertreter sind häufig Gewerkschafter. (Dies allerdings zunehmend seltener: in der neuen riesigen Tesla-Fabrik in der Nähe von Berlin dominieren die offenen Handlanger von Elon Musk.) Als Einzelpersonen können einige Betriebsratsmitglieder kämpferisch sein, aber sie werden durch ein ganzes Arsenal restriktiver Regeln gehemmt – z. B. dürfen sie der Belegschaft keine „Geschäftsgeheimnisse“, wie z. B. bevorstehende Entlassungen, verraten.

Die Klassenkollaboration bei VW funktioniert natürlich auch über materielle Korruption. Die obersten Gewerkschaftsvertreter in den VW-Betriebsräten bekommen sehr hohe Gehälter; die Chefs haben ihnen auch schon mal Urlaubsflugtickets und sogar Prostituierte besorgt. Aber es ist vor allem eine Selektion über politische Loyalität – zum „Autoland“ Deutschland und zu Volkswagen.

Im Gegensatz zu Unternehmen in ausländischem Besitz in Deutschland, wie Ford oder Opel, war VW angeblich gegen direkte Entlassungen und Werksschließungen immun; kein VW-Werk in Deutschland darf ohne die Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat oder des Landes Niedersachsen geschlossen

werden. Letzteres gilt allerdings nicht für die ostdeutschen Werke, die nicht Teil des VW-Landesvertrags sind.

Sicherlich wird das sächsische Elektroautowerk in Zwickau mit seinen rund 11 000 Beschäftigten schwer betroffen sein. Die Arbeitszeiten wurden bereits verkürzt, Leih- und Zeitarbeiter wurden entlassen. Das wird katastrophale Folgen für die Region haben. „Vom Metzger bis zum Bäcker hängt alles am VW-Standort und an den guten Einkommen der Beschäftigten“, warnte der Betriebsratsvorsitzende in der *Berliner Zeitung* (17. August).

Bereits kurz nach der Konterrevolution in der DDR und dem kapitalistischen Anschluss Ostdeutschlands an das imperialistische Westdeutschland 1991 akzeptierten die IGM-Bürokraten, dass die ostdeutschen Arbeiter niedrigere Löhne und schlechtere Bedingungen in Kauf nehmen mussten, um nach der rachsüchtigen, weitgehenden Zerstörung der DDR-Industrie („Abwicklung“ genannt) durch die westdeutschen Kapitalisten in deren sich nun wieder nach Osten ausdehnenden Unternehmen „neue“ Arbeitsplätze zu schaffen.

VW steckt bereits tief in der Krise, wie der Rest der deutschen Autoindustrie. Die IG Metall fordert bei Volkswagen wie in der laufenden Tarifrunde für die übrige Metallindustrie eine geringe Lohnerhöhung von 7 Prozent (die nicht einmal die Inflation der letzten Jahre auf fängt). Höchstwahrscheinlich wird sie sich mit viel weniger zufrieden geben (oder sogar mit einem Lohnstopp). Aber auch Lohnsenkungen werden die Probleme der Bosse nicht lösen.

Eine Kürzung oder gar Beschlagnahme der aufgeblähten Gehälter der VW-Führungskräfte oder der Millionenausschüttungen an die Aktionäre wäre zwar gerecht, würde aber das Problem des rückläufigen Autoabsatzes nicht lösen. Verschiedene „linke“ Reformisten träumen davon, die Autoindustrie in die Produktion von öffentlichen Verkehrsmitteln umzuwandeln. Aber die deutsche Bourgeoisie rüstet sich für den Krieg und hat kein Geld für solche Infrastrukturprojekte.

Das Problem ist auch nicht technischer Natur, obwohl die deutschen Hersteller bei der Entwicklung von Elektroautos recht spät dran waren und daher von den chinesischen Produzenten überholt wurden. Die faschistoide Alternative für Deutschland fordert, die Produktion von Elektroautos ganz einzustellen; die konservativen bürgerlichen Parteien (denen sich die reformistische Deutsche Kommunistische Partei anschließt) wollen zumindest den Ausstieg aus den Verbrennungsmotoren bremsen. In China bricht derweil der Markt für Verbrennungsfahrzeuge zusammen (und ein chinesisches Unternehmen hat inzwischen einen hocheffizienten Dieselmotor entwickelt).

Die Wahrheit ist, dass die deutsche Autoindustrie (wie die chemische und andere Industrien) durch steigende Energie- und Rohstoffkosten gelähmt wird. Diese wiederum sind das Ergebnis des imperialistischen Stellvertreterkriegs der USA/NATO/EU in der Ukraine gegen Russland und der damit einhergehenden Sanktionen gegen russische Energieträger und Rohstoffe. So führt die kapitalistische Sparpolitik zwecks Militarisierung und Kriegsertüchtigung z. B. auch dazu, dass sich immer weniger Menschen ein Auto leisten können. Um diese Spirale von Krieg, Deindustrialisierung und Verelendung zu stoppen, führt kein Weg daran vorbei: Die antirussischen Sanktionen müssen gestoppt, die Gas-Pipelines (alle) wiederhergestellt und die imperialistischen Kriegstreiber durch Klassenkampf und Arbeiteraktion gestoppt und besiegt werden.

Anders als seine Autos hat VW sein System der Klassenzusammenarbeit nicht exportiert. In Brasilien kollaborierte die Tochtergesellschaft mit der Militärjunta (1964-1985) – Gewerkschafter wurden von der Firma aus den Fabriken gezerrt, um von der Geheimpolizei gefoltert zu werden. In Mexiko hat VW versucht, korporatistische „Gewerkschaften“ zur Reglementierung der Arbeiter einzusetzen, während es im Süden der Vereinigten



Kapitalistische Erpressung: „Wir müssen wieder lernen, härter zu arbeiten.“ Christian Sewing, Vorsitzender der Deutschen Bank, 6. September. Jedoch liegt die durchschnittliche Arbeitsstundenzahl von Vollzeitbeschäftigten in Deutschland im EU-Durchschnitt.

Staaten Versuche, seine Werke gewerkschaftlich zu organisieren, erbittert bekämpft hat.

Für viele Arbeiter auf der ganzen Welt (einschließlich derjenigen in VW-Tochtergesellschaften) mögen die Löhne und Arbeitsbedingungen der VW-Arbeiter in Deutschland fast paradisiatisch erscheinen. Da VW jedoch versucht, seine Profite durch die Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer zu steigern, wissen klassenbewusste Arbeiter, dass ein Sieg der VW-Bosse und eine Verschlechterung dieser Bedingungen auch ihr Verlust wäre. Solidaritätsaktionen von VW-Arbeitern in Brasilien, Mexiko und Südafrika mit ihren Kollegen in Deutschland würden eine elektrisierende Wirkung auf die Arbeiterschaft weltweit haben.

Eine Gewerkschaftsführung, die diesen Namen verdient, würde die Erpressung der VW-Bosse zurückweisen, zu einem landesweiten Streik der gesamten Auto-/Metallindustrie aufrufen, für eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnerhöhung kämpfen und alle Werke besetzen, sollte es zu Schließungen kommen. Dies ist letztlich mit der Produktion für den Profit völlig unvereinbar und erfordert einen politischen Kampf gegen die pro-kapitalistische Gewerkschaftsbürokratie auf der Grundlage eines revolutionären Programms und der Enteignung der gesamten Kapitalistenklasse in einer sozialistischen Revolution.

Während die Regierungskoalition den imperialistischen Kriegskurs unerbittlich fortsetzt – die Sozialdemokraten drängen auf mehr Kriegsproduktion und die Grünen sind auf dem Kriegspfad, um die ostdeutsche Industrie im Namen der Bekämpfung des Klimawandels stillzulegen –, schlagen die faschistoide Alternative für Deutschland (AfD) und das chauvinistisch-populistische Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) Kapital aus der Unzufriedenheit der Arbeiter, indem sie sich gegen die Sanktionen stellen, während beide gleichzeitig Russland anprangern und gegen Immigranten hetzen und damit die Spaltung der Arbeiterklasse weiter vorantreiben. Bei den Wahlen im September in drei östlichen Bundesländern erzielte das neu gegründete BSW zweistellige Ergebnisse, während die AfD in Thüringen fast ein Viertel und in Sachsen und Brandenburg fast ein Drittel der Stimmen erhielt, und zwar ganz eindeutig bei den Wählern aus der Arbeiterklasse.

Während das BSW dabei seinen Schwerpunkt auf „Frieden“ und die AfD auf rassistische Demagogie konzentriert, sind diese kapitalistischen Parteien nicht weniger Feinde der Arbeiterklasse als die Regierungskoalition, und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten sehen tatenlos zu, wie sich faschistischer Dreck sogar in den Betrieben ausbreitet. Diese bedrohliche Situation unterstreicht den Aufruf der Internationalistischen Gruppe, der deutschen Sektion der Liga für die Vierte Internationale, zum Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, die mit dem trotzkistischen Programm der internationalen sozialistischen Revolution ausgestattet ist. ■

Gegen die Sozialdemokratie (SPD, Die Linke und Anhängsel) und allerlei Reformisten – Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Für Arbeitermobilisierung gegen den Kriegsdrang und Polizeistaatsmaßnahmen der BRD / NATO!

1. MAI 2024 – Inmitten des grausamen Völkermordes der USA und Israels an der palästinensischen Bevölkerung in Gaza, für den Deutschland als zweitgrößter Waffenlieferant Israels mitverantwortlich ist, ist die Pflichtunterstützung des Zionismus offiziell „Staatsräson“ geworden. Dabei steht die Härte der Repressionsmaßnahmen gegen jedwede Verteidigung der Palästinenser in krassem Gegensatz zur schwindenden Unterstützung der Bevölkerung für dieses monströse Kriegsverbrechen.

Als erste auf der Verbotsliste stand Samidoun, die palästinensische nationalistische Verteidigungsgruppe. Die Aufzählung von Demonstrationen und Versammlungen, die seit dem 7. Oktober hierzulande verboten oder angegriffen wurden, ist lang. Als jüngste gelten die brutale Auflösung der Berliner Demo gegen Waffenlieferungen an Israel am 20. April, und eine Woche zuvor, der Protest gegen die Stürmung des Palästina-Kongresses.

Am 12. April wurde der Palästina-Kongress in Berlin von 900 Bullen zerschlagen. Dieser höchst antidemokratische Angriff richtete sich – ausschließlich aufgrund „Gedankenverbrechen“ – gegen Organisatoren, Eingeladene und Teilnehmer. Er war eine brutale Warnung an alle, die sich dem Kriegsdrang der deutschen Bourgeoisie und der damit verbundenen Verelendung widersetzen könnten.

Nach einer massiven Hetzkampagne, unterstützt durch eine Allianz, die sich von der CDU bis zur Linkspartei (z. B. ex-Kultursenator Klaus Lederer) erstreckt, wurde der Kongress schikaniert, von der Polizei umzingelt, überfallen und dann auseinandergetrieben. Dem palästinensischen Chirurg (und Rektor der Universität Glasgow) Ghassan Abu-Sittah wurde am Flughafen die Einreise verweigert, seine Videobotschaft an den Kongress von der Polizei abgebrochen und verboten. Der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis bekam gleichfalls ein „Betätigungsverbot“.

Udi Raz, führendes Mitglied der Jüdischen Stimme, wurde auf dem Kongress verhaftet. Das Bankkonto dieser Gruppe wurde eingefroren – wie jüdische Bankkonten im Dritten Reich... Gebete auf Arabisch und Singen auf Hebräisch wurden gleichfalls verboten. Was kommt als Nächstes? Ein Verbot der Worte *salaam* und *shalom*, den engverwandten Wörtern dieser beiden semitischen Sprachen für Frieden? Dann kam am 26. April das Auseinandertreiben des Protestcamps vor dem Reichstag gegen den Genozid in Gaza.

Die Repression durch den deutschen imperialistischen Staat, zusammen mit seinem neuerlichen Feldzug gegen Muslime und der systematischen Nutzung von Geflüchteten als Sündenbock für das durch die Krise des deutschen Kapitalismus verursachte Elend, all das



Am 12. April stürmte ein Heer von 900 Polizisten den Palästina-Kongress in Berlin, stellte den Strom ab, vertrieb die Teilnehmer und verhängte Redeverbot.

gibt der faschistoiden Alternative für Deutschland, den *wahren Antisemiten*, Wind in die Segel. Die AfD ist Vorreiterin vieler dieser Repressionsmaßnahmen, vom Verbot Samidouns bis zur geplanten Ausweisung oppositioneller Studierender von Berliner Universitäten, was mit Streiks von Lehrkräften, Mitarbeitern und Studierenden beantwortet werden muss.

Die AfD und offene Faschisten, die in ihrem Kielwasser schwimmen, werden von Teilen der Kapitalistenklasse geschützt, finanziert, unterstützt, bereitgehalten und benutzt, um letztendlich die kapitalistische Herrschaft zu sichern und die Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen. Die faschistische Gefahr und den damit verbundenen rassistischen Terror wird man weder mit Großkundgebungen mit bürgerlichen Kräften noch bei den Wahlurnen besiegen können, und noch weniger mit Verbotslisten. Dazu noch ist die Polizei, überall in Deutschland, notorisch von faschistischen Elementen durchdrungen. Den bürgerlichen Staat aufzufordern, die Faschisten zu verbieten, ist nicht nur aussichtslos, sondern geradezu selbstmörderisch.

Die Organisatoren der „antifaschistischen“ Massenmobilisierungen die im Januar und Februar überall im Land abgehalten wurden, motiviert durch die Aufdeckung eines geheimen faschistisch-reaktionären Treffens in Potsdam im vergangenen November zur Planung zukünftiger Massendeportationen von „Ausländern“, lehnten die beschleunigten Abschiebungen, die die Regierungskoalition gerade zu diesem Zeitpunkt beschlossen hatte, keineswegs ab. Bei diesen Versammlungen wurden in der Regel palästinensische Flaggen

verboten, israelische und deutsche natürlich nicht. In einigen Fällen (z. B. München und Berlin) wurden pro-palästinensische Demonstranten ausgeschlossen. Diese Mobilisierungen unterstützten dadurch die rassistische Linie des deutschen Staats.

Diese Demos waren dem Volksfrontprinzip „Alle zusammen gegen den Faschismus“ verpflichtet, das die Klassenlinie gegen die Bourgeoisie verwischt. Aufrufe, die Demonstrationen auf den DGB zu stützen oder sich „von unten zu organisieren“, wie Klasse gegen Klasse in ihrer Erklärung vom 23. Januar befürwortete, stellen diese Klassenkollaboration nicht infrage, sondern bieten ihr vielmehr einen „linken“ Deckmantel. Der Faschismus muss auf der Straße und in den Fabriken durch harten Klassenkampf und die Organisation der Arbeiterselbstverteidigung besiegt werden.

Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle

Bundeskanzler Scholz verkündet Abschiebungen von Immigranten „im großen Stil“. Die Arbeiterklasse mit ihrem großen Einwandereranteil darf sich nicht spalten lassen. Sie muss sich der parteiübergreifenden Kampagne (Thüringens Ministerpräsident Ramelow von der Linkspartei ist schon dabei) gegen Flüchtlinge und den beschleunigten Abschiebungen widersetzen und für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten kämpfen, und mit Klassenkampfmaßnahmen Abschiebungen verhindern.

„Verteidigungs“minister Pistorius erklärt, Deutschland muss „kriegstüchtig werden“. Wirtschaftsminister Robert Habeck, der sich gerade zum „Rüstungsminister“ erklärt hat, meint, dass „zu viel für immer weniger Arbeit gestreikt“ wird. Noch deutlicher betonte Transportminister Wissing, dass „in Europa Krieg herrscht. Diese Tarifauseinandersetzung darf nicht zum Sicherheitsrisiko werden“. Gegen den Doppelkrieg des deutschen Imperialismus und der NATO in der Ukraine und im Nahen Osten und die damit verbundene Kriminalisierung der Opposition und Drohungen gegen Gewerkschaftskämpfe, muss die Arbeiterklasse mobilmachen.

Die herrschende Klasse hat den Fehdehandschuh hingeworfen: „Rente oder Rüstung.“ Die Arbeiter haben doch die Macht, diese allseitige Offensive der Bourgeoisie zunichte zu machen. Wir haben die Macht, und es liegt in unserem ureigensten Klasseninteresse, *den Transport von Kriegsmaterial an die Ukraine und Israel zu stoppen*.

Aber die Gewerkschaftsbürokratie ist den Zielen des deutschen Imperialismus fanatisch treu. Damit hat Scholz die Verführer von ver.di und IG Metall, den größten Teilen des DGB-Gewerkschaftsbundes, dazu gebracht, mehr Waffenlieferungen für den zionistischen Genozidkriegtreiber in Gaza, Israel, und für den Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine zu unterstützen. Das ist schlicht Klassenverrat. Diese Gewerkschaften müssten hingegen ihre Macht entfalten, um solche Lieferungen zu stoppen!

Wiederholte Streiks im Nahverkehr, bei der Bahn, im Hamburger Hafen und auf den Flughäfen haben die Stärke der Arbeiterklasse gezeigt. Es ist dringend notwendig zu kämpfen, und das bedeutet, die bürokratischen Parasiten wegzufegen. Dies erfordert ein revolutionäres, trotzkistisches Programm und Führung.

Der Versuch, die Linkspartei als einen „linken“ sozialdemokratischen Partner aufzubauen, um Druck auf die SPD auszuüben, war ein kläglicher, demoralisierender Fehlschlag. Die Linke ist ein politischer Leichnam, der nicht wiederbelebt werden kann. Das Bündnis für Sahra Wagenknecht (BSW) ist seinerseits eine bürgerlich-populistische Partei, die trotz einiger Rhetorik über die Wiederbelebung des Sozialstaats, ganz offen prokapitalistisch und antisozialistisch ist. Während das BSW die deutsche Bourgeoisie vor antirussischen Provokationen warnt, ist es dennoch ein Befürworter der „europäischen“ imperialistischen Militarisierung. Wagenknecht/Lafontaine sind notorische Feinde von Immigranten und Flüchtlingen.

Gegen diese bürgerliche Offensive auf der ganzen Linie, muss eine revolutionäre Führung geschaffen werden, die keine Angst davor hat, gegen den Strom zu schwimmen. Die Kampfparole Karl Liebknechts im I. Weltkrieg, „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“, gilt heute noch. Klassenbewusste Arbeiter müssen sowohl die Palästinenser wie Russland gegen den zionistischen und imperialistischen Krieg verteidigen, die beide letztendlich auf einen konterrevolutionären Krieg gegen den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat China zielen. Um den so drohenden III. Weltkrieg zu verhindern, und den verführerischen Traum von einer unmöglichen „friedlichen Koexistenz“ mit dem Weltkapitalismus hinwegzufegen, kämpft die Internationalistische Gruppe, deutsche Sektion der Liga für die Vierte Internationale, für den Aufbau einer leninistisch-trotzkistischen Avantgardepartei, die sich der sozialistischen Weltrevolution widmet. ■



Internationalistische Gruppe bei der 3-L Demo, 14. Januar 2024.



Berliner Polizei greift Palästina-Solidarität Demo am 16. Oktober 2023 an.

Michael Kuenne / PRESSCOV

Permanente Revolution

Kriegsskurs...

fortgesetzt von Seite 1

Dazu kamen die fortlaufenden, unzähligen Kosten für die Aufrüstung der Bundeswehr, die Kanzler Scholz in seiner „Zeitenwende“-Rede auf 100 Milliarden Euro festlegte. Dann noch die Waffenlieferungen und sonstige Unterstützung für die Ukraine, welche die Bundesregierung bis jetzt auf 33,7 Milliarden Euro bezifferte. Im Haushalt für 2025 wurden die geplanten Militärhilfen für die Ukraine von 8 Milliarden 2024 auf 4 Milliarden halbiert. Laut verschiedenen Berichten¹ wollen Scholz und sein Vize Habeck diese Militärhilfen jetzt aber wieder um 3 Milliarden Euro erhöhen, was zusammen mit der finanziellen Unterstützung die bevorstehenden Ukraine-Ausgaben bis auf 15 Milliarden hinaufschrauben würde. Das aber wäre ohne eine Ausnahme genehmigung für das Überschreiten der Schuldenbremse unmöglich.

Ob das alles einer Inszenierung folgte,² oder nicht, fest steht, dass die sozialdemokratischen und grünen Kriegstreiber mit ihren Plänen für „Kanonen und Butter, plus Windräder und Abschiebungen“, weitermachen wollten, was sie in die (wahl)politische Klemme gebracht hat. Denn Lindner wollte den Posten „Butter“ wegekürzen und plante Streichungen bei Sozialplänen, stellte sich gegen die Kindergrundsicherung und schlug eine „Ausweitung der Arbeitszeit“, Anreize an Leistungsempfänger „eine kleinere Wohnung [zu] beziehen“³, Einsparungen durch verschärfte Rentenregelungen und eine Absenkung des „Bürgergelds“ vor. Aber ihr Problem war nicht nur FDP-Mann Lindner. Der Anspruch, eine „Fortschrittsregierung“ zu sein, war schon vorher fadenscheinig. Selbst die Mindestlohn-Erhöhung auf 12 € pro Stunde war eine Blamage; auch verdoppelt würde er nicht ausreichen, die Kosten für Familien zu decken. Die Werkstätigen und die ganze untere Hälfte der Bevölkerung hält es nicht mehr aus, was bereits im Herbst zum Wahldesaster der Ampelparteien im Osten geführt hat.

Der deutsche Kapitalismus ist in Not. Die Verarmung wächst, Sozialleistungen sind gefährdet und Massenentlassungen angekündigt. Ohne nennenswerte Opposition von links, werden Wut und Ärger über die Misere von populistischen und faschistoiden („mit faschistischen Zügen“) Parteien genertet. Auch verschiedene Nazi-Gruppierungen fressen an diesem Trog. Während sich die parlamentarische und wirtschaftliche Krise verschärft, schreit die Situation nach einer revolutionären Arbeiterpartei, um die Werkstätigen und alle Ausgebeuteten zu verteidigen und das verfaulende kapitalistische System durch sozialistische Weltrevolution zu stürzen. ■

¹ „So verlief die letzte Nacht der Ampelkoalition“, *Tagesschau*, 7. November 2024; auch „Germany's Ukraine support for 2025 is safe despite coalition break-up, sources say“, *Reuters*, 8. November 2024.

² „Die drei Ebenen des inszenierten Ampelbruchs“, *NachDenkseiten*, 8. November.

³ „Kritik an Lindner-Plänen: ‚Viele würden Zuhause verlieren‘“, *ZDF*, 24. Oktober.

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Debakel im Osten für Ampel-Kriegsregierung

Die letzte Europawahl und dann die Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern im September offenbarten den Bankrott der Parteien der kriegführenden Koalition – und auch der pro-NATO Linkspartei. Ganze Branchen der deutschen Industrie zerbröckeln aufgrund des Verzichts auf russisches Gas und Erdöl infolge von Sanktionen der Europäischen Union und einer parallel dazu geführten antichinesischen Kampagne. Dies hat zu Massenentlassungen und jetzt Fabrikschließungen geführt, sowie zur Strangulierung öffentlicher Dienstleistungen und zu einer Krise im Wohnungsbau. Die BRD, einst Zugpferd der EU, ist zum „kranken Mann Europas“ geworden.

Die Landtagswahlen kündeten von einem nationalen Trend: die Parteienlandschaft, die auf die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands zurückgeht, wird erschüttert. In den drei östlichen Bundesländern hat die faschistoide Alternative für Deutschland (AfD) fast ein Drittel der Stimmen bekommen (Thüringen 32,8 %, Sachsen 30,6 %, Brandenburg 29,2 %), während das populistische Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) aus dem Stand zweistellige Ergebnisse erreichte (15,8 %, 11,8 %, 13,5 % gemäß obiger Reihenfolge). Die Parteien der regierenden Ampelkoalition (SPD, FDP, Grüne), hingegen, obwohl sie sich in Brandenburg (knapp) behaupteten, spielen in den anderen beiden Bundesländern keine Rolle mehr. Die CDU hat ihre Stammwähler beibehalten, aber die Partei Die Linke (PdL) ist in den Abgrund gestürzt, mit einem Verlust von fast 18 % in Thüringen und Ergebnissen unter der 5 %-Hürde für die parlamentarische Vertretung nach Stimmenverteilung in den beiden anderen Bundesländern.

Kennzeichnend ist, dass die beiden Gewinner, BSW und AfD, Abwechler vom antirussischen Kreuzzug und Widersacher „unkontrollierter Einwanderung“ sind. In Wirklichkeit vertreten sämtliche in den Parlamenten vertretene Parteien ihre eigene Variante der militärischen Aufrüstung und Immigranteneindlichkeit. Die Bevölkerung wird systematisch dazu angestachelt, Einwanderer und Flüchtlinge als Sündenbock für die schrumpfenden Sozialleistungen verantwortlich zu machen, anstatt sich zu fragen, warum immer weniger Mittel dafür zur Verfügung stehen. Der Kreuzzug für „Kriegsbereitschaft“ Deutschlands nimmt zwangsläufig Migranten als Verdächtige ins Visier, und die brutale, rassistische Unterdrückung jeglichen Widerstands gegen die deutsche Unterstützung des Völkermords an den Palästinensern in Gaza kann der AfD nur zugutekommen.



Christoph Reichwein / dpa

Polizei untersucht Anwohner einer Flüchtlingsunterkunft in Solingen nach dem Messeranschlag am 25. August. Immigranten werden immer unter Verdacht gestellt, für was auch immer. Die Internationalistische Gruppe fordert: Volle Staatsbürgerrechte für alle Einwanderer!

Kriegskurs verläuft in einer Sackgasse

Russland hat im Kriegsgeschehen um die Ukraine seit Monaten klar und deutlich die Oberhand, seitdem es Schritt für Schritt die ukrainischen NATO-Vertreter aus dem Donbass vertreibt. Gleichzeitig deuten die von der NATO ständig neu eingeleiteten Eskalationsspiralen letztendlich auf einen atomaren 3. Weltkrieg hin. Auch das Mantra des „völlig unprovokierten Angriffskriegs Russlands“ verfängt heute weit weniger, angesichts des tatsächlich jahrelang vom Westen vorbereiteten, provozierten und geschürten Kriegskurses der NATO-Imperialisten. Die Kriegsmüdigkeit unter die Bevölkerung wächst, sowohl in Deutschland wie in der Ukraine.

In weniger als zwei Jahren sollen US-Mittelstreckenraketen in Deutschland stationiert werden, immer näher an Moskau heran. Diese Entscheidung wurde von der Regierung als „exekutiver Beschluss“ durchgewunken, während Deutschland mit seinen europäischen imperialistischen Partnern gleichzeitig eigene derartige Raketen entwickeln will. Ein ähnlicher Vorstoß der NATO gegen die UdSSR in den frühen 80er Jahren löste eine riesige Massenbewegung aus, die Arbeiteraktionen gegen diese Provokation erforderlich machte. Stattdessen kam es zur Gründung der Partei Die Grünen, die heutige fanatische Kriegshetze gegen Palästinenser, Iraner und Russen (sowie gestern gegen Serben im Balkan) ist. Sie ist der endgültige Beweis dafür, dass bürgerlicher Pazifismus keinen Frieden bringen kann, ganz im Gegenteil.

Beim Krieg gegen Russland haben sich die europäischen Bourgeoisien jedoch verzockt. Russland sollte durch die drakonischen Sanktionen schnell deindustrialisiert und in die Kapitulation gezwungen werden. Das Kalkül ist nicht aufgegangen. Die Sanktionen führen dagegen zur Deindustrialisierung Deutschlands, da die heimische Industrie aufgrund der immens gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise nicht mehr konkurrenzfähig ist. Das Kapital wandert ab und fließt zusätzlich über erhöhte Preise der vermehrt importierten teuren Energieträger u. a. aus den USA dorthin ab. Die Inflation frisst am Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung in Deutschland.

Der Spielraum der Sozialdemokratie verengt sich, das Kapital geht in die Offensive, z. B. mit der seit Jahrzehnten erstmaligen Ankündigung von Werksschließungen bei Volkswagen und der angekündigten Entlassung ohne Sozialplan von Zehntausenden von Arbeitern. Es hagelt Kündigungen von Tarifverträgen. Angesichts der Rolle der Autoindustrie als Motor der deutschen Wirtschaft und der Stellung von VW als „Kronjuwel“ der Branche, mit einem hochentwickelten System der Klassenzusammenarbeit, in das die Gewerkschaftsbürokraten natürlich eingebunden sind, ist diese Erklärung – dieser „Tabubruch“ – ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterklasse.

Und wenn Entlassungen in der westdeutschen Industrie für Schlagzeilen sorgen, so ist der Osten noch härter betroffen, etwa der Autzulieferer ZF in Brandenburg an der Havel;



dpa

Das war damals: Chefs der rot-gelb-grünen Regierung vor dem Koalitionsbruch. Von links: Robert Habeck (Grünen), Christian Lindner (FDP), Olaf Scholz (SPD).



Hendrik Schmidt / Keystone

Volkswagen-Arbeiter in Zwickau (Thüringen) besorgt um ihre Arbeitsplätze aufgrund Drohung von Werksschließungen. 30 Jahre nach der kapitalistischen Wiedervereinigung verdienen Beschäftigte im Osten 19 Prozent weniger, und arbeiten 20 Prozent länger als im Westen. Kein Wunder, dass es Ärger gibt.

auch bei Volkswagen Zwickau sind Arbeitsplätze bedroht. Höhere Arbeitslosenquoten im Osten sind seit der Wiedervereinigung ein konstanter Wert (letztes Jahr 7,8 % im Osten, 5,8 % im Westen), während die durchschnittlichen Stundenlöhne ostdeutscher Arbeiter erheblich unter dem Westniveau liegen. Kein Zufall, weil die Industrie der DDR und das gesamte soziale Gefüge nach 1990 zerstört wurden. Ostdeutschland ist also tatsächlich instabiler. Sogar die Parteien, die aus der Unzufriedenheit Kapital schlagen (oder dies früher taten), werden von Westdeutschen geführt – z. B. Björn Höcke (AfD) und Bodo Ramelow (PDL). Kein Wunder, dass der Osten vor Unzufriedenheit brodelte, und Sahra Wagenknecht Unterstützung findet.

Dieser Angriff kann nur durch harten Klassenkampf niedergeschlagen werden. Und er kann nicht ohne die Beteiligung der Immigranten gewonnen werden, die seit langem einen etablierten und potenziell kämpferischen und mächtigen Teil der Industriearbeiterschaft bilden. Wie wir auch in unserem Flugblatt zum 1. Mai [2024]¹ gegen die staatliche Unterdrückung pro-palästinensischer Proteste anmerkten, hat die herrschende Koalition schon mit dem Verbot von Arbeitstreiks als Hindernisse für den Kriegskurs gedroht. Aber ihr Lieblingsrezept ist es, die Verantwortung für die verbreitete Misere den Einwanderern in die Schuhe zu schieben.

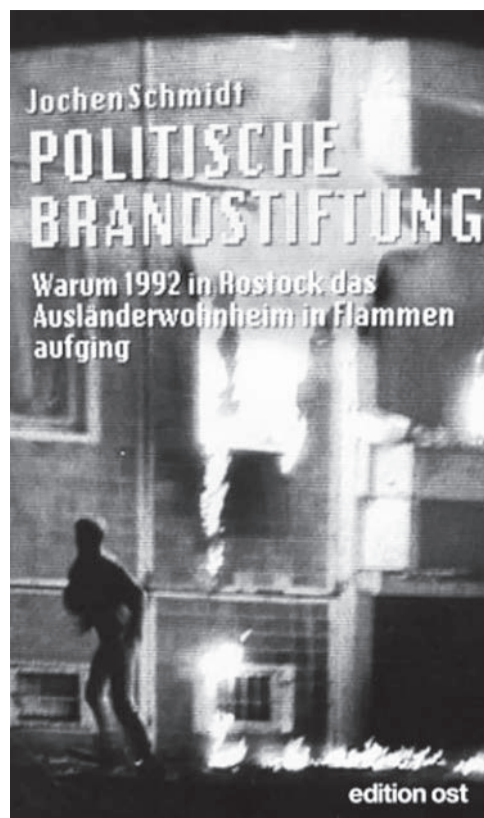
Nach (und auch vor) Solingen-Anschlag: Hetzkampagne gegen Immigranten

Am 23. August hat ein syrischer Asylbewerber in Solingen während einer Stadtfeier („Festival der Vielfalt“) in einem Messerangriff drei Menschen umgebracht und acht weitere verletzt (darunter vier lebensgefährlich). Am nächsten Tag hat der Islamische Staat den Angriff für sich reklamiert, und den Täter als „Soldat des IS“ bezeichnet (was einige Behörden in Frage stellen). Sofort ist ein Gewitter von Aufrufen von Politikern für verstärkte Repression, Messerverbote (ab Klingenslängen über 6 cm!), Stopp von Asylanträgen, mehr und schnellere Abschiebungen, verstärkte Überwachung von Muslimen usw. ausgebrochen – eine regelrechte, parteiübergreifende islamophobische Hysterie gegen Einwanderer.

Der tragische Amoklauf in der „Klingenstadt“ wurde Anlass zu einer „nationalen Notlage“. Eine massive Medienkampagne wurde mit Kriegsrhetorik aufgeladen: „Terror-Anschlag von Solingen: SEK stürmt Asylheim!“ (*Bild*, 24. August 2024) oder „Polizisten-Satz nach Solingen zeigt, dass das Land kurz vor der Kapitulation steht“ (*Focus*, 25. August 2024). Unter den Politikern der Regierungskoalition hat SPD-Chef Lars Klingbeil in *Bild am Sonntag* ein allgemeines Verbot gefordert, „damit Messer von Deutschlands Straßen und Plätzen verschwinden“. Ähnlich äußerten sich Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) und Vizekanzler Habeck (Bündnis 90/Die Grünen). Seitens des „respektablen“ konservativen Lagers, forderte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) sofortige Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan während CDU-Chef Friedrich Merz einen Aufnahmestopp für Menschen aus den beiden Ländern verlangte. Und obwohl die SPD dieses Vorhaben als Verstoß gegen das Grundgesetz kritisierte, hat Bundeskanzler Scholz vermehrte Abschiebungen nochmals erwähnt, natürlich „im großen Stil“.

Da er knapp eine Woche vor den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen geschah, hat der Solinger Anschlag Widerhall im politischen Wahlkampf gefunden. Am grobsten war natürlich die Alternative für Deutschland. Der Spitzenkandidat der AfD in Thüringen (und Führer des offenen faschistischen „Flügel“ dieser faschistoiden Partei) Höcke schrieb, „Beendet endlich den Irrweg der erzwungenen Multikulturalisierung! Schützt Eure Kinder!“ Auch Wagenknecht, Hauptkonkurrentin der AfD im

¹ Siehe Seite 10 in dieser Zeitung.



südlichen Osten, meldete sich zu Wort, und zwar um die Forderung der CDU nach einem Aufnahmestopp für afghanische und syrische Flüchtlinge als „ein erster Schritt“ zu unterstützen. Auf der Social-Media-Plattform X twitterte sie: „Wer unkontrollierte Migration zulässt, bekommt unkontrollierbare Gewalt.“² Wegen des Einzelfalls zu Solingen also verlangen Politiker und Medien fast flächendeckend Einschränkung der Einwanderung.

Der Vorschlag der Christdemokraten seit 2023, das individuelle Asylrecht ganz aus der Verfassung zu streichen, ist da nur konsequent. Die Wahlerfolge der AfD sind nicht der Treiber, sondern ein Symptom einer allgemeinen Tendenz zur Dämonisierung von und Sündenbock-Suche unter Einwanderern und Muslimen. Das gesamte politische Spektrum des bürgerlichen Deutschlands ist inzwischen bestrebt, die Islamophobie als Keule zu benutzen. Am 11. September prangerte die Fraktionschefin der Grünen, Katharina Dröge, hetzerisch das „Gift des Islam“ an. Sie sagt später, sie habe „Islamismus“ gemeint, aber war das angesichts der Rolle der Grünen in prozionistischen Hetzkampagnen wirklich ein „Versehen“ gewesen? Der bayrische Verfassungsschutz wiederum hat „legalistische Islamisten“ angeprangert, die nur vorgeben würden, offen und tolerant zu sein.

SPD-Bundesinnenministerin Faeser hat schon vor Monaten den Verein Islamisches Zentrum Hamburg verboten und die dortige Imam-Ali-Moschee beschlagnahmt. Schon vor dem Solinger Attentat, am Morgen des 24. Juli, stürmten Hunderte Polizisten bundesweit mehr als 50 Büros, Privatwohnungen und andere Einrichtungen schiitischer Muslime. Konkrete Vorwürfe gab es natürlich nicht, es reichte eine „ideologische Nähe“ zur iranischen Regierung. Kurz gesagt: Alle Muslime werden unter Verdacht gestellt.

Bald ist diese Hysterie in Taten umgesetzt. Ab dem 16. September weitete die Regierungskoalition die polizeilichen Grenzkontrollen zu Polen, Tschechien, Österreich, Frankreich und der Schweiz auf die übrigen deutschen Landesgrenzen aus. Die in den Schengen-Bestimmungen festgelegte „Garantie“ der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union ist damit faktisch aufgehoben. Obwohl die Kontrollen teilweise nur Stichproben sind und einen massiven Polizeieinsatz erfordern (die Polizei schreit bereits wieder nach noch mehr Personal und Geld), gibt es keine Garantie dafür, dass sie, wie ursprünglich angekündigt, nach sechs Monaten wieder aufgehoben werden.

Die Bourgeoisie macht schon lange keinen Unterschied mehr zwischen Flüchtlingen und „irregulären Migranten“ im Allgemeinen. Die Regierenden der EU wollen jetzt, nach der Welle von Flüchtlingen 2015-2016, die Einwanderung kontrollieren, damit nur diejenigen einreisen können, die für sie

² Zitate aus *Junge Welt*, 26. und 27. August 2024.



Wann begann der „Rechtsruck“? Sofort nach der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands und der Zerstörung der DDR, gab es ein Aufflammen von rechten Terror. Links: Pogrom in Rostock-Lichtenhagen gegen Migranten Wohnheim im Jahr 1992. Oben: Brandanschlag von Nazis auf ein Zweifamilienhaus von Bürgern türkischer Abstammung bewohnt, wobei fünf Anwohner getötet wurden.

potenziell nützlich sind, um Profite zu machen. Der Rest wird kurzerhand abgewiesen. Die Bosse wollen nur Menschen mit brauchbaren Fähigkeiten, und eine gewisse Anzahl schutzloser Arbeiter, die keine Rechte haben und zu Hungerlöhnen ausgebeutet werden können. Das Modell: das von Bundeskanzler Scholz vorgeschlagene „Migrationsabkommen“ mit Usbekistan – ein Kontingent sorgfältig kontrollierter, gut ausgebildeter junger „Fachkräfte“. Also, zurück in die Zukunft: „Gastarbeiter“ 2.0, mit strenger Befristung.

Es handelt sich auch hier um einen paneuropäischen Trend. Anfang September hat der französische Präsident Macron, nach seinen missglückten vorgezogenen Neuwahlen im Juni, einen neuen Premierminister ernannt, Michel Barnier von der kleinen, rechtsgerichteten Partei Les Républicains. Barnier erklärt, er wolle die Einwanderung von außerhalb der EU nach Frankreich für drei bis fünf Jahre aussetzen. In den Niederlanden darf der rassistische Demagoge Geert Wilders nicht Ministerpräsident werden, aber die Koalition zwischen seiner „Freiheitsspartei“ (PVV) und der konservativen VVD hat sich verpflichtet, einen großen Teil des PVV-Programms umzusetzen. Die Regierung beabsichtigt, eine „nationale Asylkrise“ auszurufen, die es ihr ermöglichen würde, ohne Zustimmung des niederländischen Parlaments deutlich schärfere Einwanderungsmaßnahmen durchzusetzen.

In Großbritannien setzt die neue Labour-Regierung die rassistische Unterdrückung und den prozionistischen Kurs ihrer konservativen Vorgängerregierung fort. Bei den Wahlen im Juli verzeichnete die rechte „Reform“-Partei einen bemerkenswerten Stimmenzuwachs. Anfang August folgten auf den Erfolg von „Reform“ antimuslimische Pogrome. Premierminister Keir Starmer reiste bald nach Italien ab, um von der faschistischen Führerin und Regierungschefin Giorgia Meloni zu lernen, wie man Migranten am besten abschreckt. Meloni verfügt nicht nur über faschistische Schlägertrupps, sondern verlässt sich auch stark auf Tunesien und Libyen, um afrikanische Flüchtlinge zu blockieren und zu misshandeln, und sie sogar zum Sterben in die Sahara zu treiben. Jetzt will sie die Bearbeitung von Anträgen nach Albanien umlagern, aber stößt auf Widerstand von Gerichten.

Wir Trotzisten lehnen alle rassistischen Einwanderungsgesetze ab, und widersetzen uns den bürgerlichen Parteien, die sie schreiben. Gegen rassistische Anschläge auf Flüchtlingswohnheime und Immigrantenviertel, sowie auch gegen die ebenso rassistischen Polizeirazzien und Abschiebungen, rufen wir zu *Arbeiterverteidigung* auf, insbesondere zur *Bildung von Verteidigungsgruppen, die sich auf die Massenorganisationen der Arbeiterklasse basieren*. Wir fordern volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten, egal wie sie hierher gekommen sind, und Asyl für diejenigen, die vor der vom Imperialismus angerichteten Zerstörung fliehen. Dabei betonen wir, dass die kapitalistische Ausbeutung und das Bedrängen von Einwanderern nur durch eine internationale sozialistische Revolution beendet werden kann.

Wann begann eigentlich dieser „Rechtsruck“?

Alle reden von einem „Rechtsruck“ (sogar die prozionistischen Hetzer von der *taz!*). Die Liberalen, Reformisten und Opportunisten nutzen diesen Ausdruck, um zu behaupten, die Bourgeoisie könne durch Druck zu einer „demokratischeren“, weniger rassistischen Politik zurückgedrängt werden, dass sonstige Parteien vor den Wahlerfolgen der AfD kapitulierten, oder dass die Konservativen (CDU, FDP) gezwungen werden müssten, eine „Brandmauer“ gegen Regierungskoalitionen mit der AfD aufrechtzuerhalten. Es stimmt, dass alle bürgerlichen und reformistischen Parteien nach rechts gerückt sind. Aber weshalb? Darüber wird geschwiegen, denn die Ursache liegt in der Krise des deutschen Kapitalismus und seinem Kriegsdrang. Und was die Frage der von Verteidigungsminister Boris Pistorius angestrebten „Kriegstüchtigkeit“ angeht, so wurde der entscheidende Schritt bereits 1999 getan, als die rot-grüne Regierung (im Namen des „Antifaschismus“) mit ihrer Beteiligung am imperialistischen Angriff auf Serbien Deutschland zum ersten Mal seit 1945 wieder in den Krieg führte. Ähnlich mit der Asylfrage: 1993 stimmte der deutsche Bundestag für den „Asylkompromiss“, der das bisherige uneingeschränkte Recht von Flüchtlingen auf Asyl demontierte, welches in den Verfassungen der Bundesrepublik und der DDR enthalten war. Von da an waren Flüchtlinge, die über ein anderes EU-Land oder ein „sicheres“ Drittland einreisten, nicht mehr asylberechtigt und konnten aus Deutschland ausgewiesen werden.³ Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Vorläuferin der Linkspartei (PDL), akzeptierte Abschiebungen nach dem Motto, „Mit kühlem Kopf über ein Zuwanderungsgesetz reden, das praktische Probleme berücksichtigt“ (*Neues Deutschland*, 9 November 1992).

Hintergrund damals: 1992 kam es bei fast 2300 Terroranschlägen von Rechtsextremen zu über 30 Toten. Beispiele hierfür waren das rassistische Pogrom gegen Roma-Flüchtlinge und vietnamesische Arbeiter in Rostock im August 1992, und der tödliche Brandanschlag auf eine türkische Einwandererfamilie in Mölln im November. Nach dem „Asylkompromiss“ folgte im Mai 1993 ein weiteres derartiges Massaker in Solingen. Auch heute, am 25. März 2024, wurde ein Mehrfamilienhaus in Solingen in Brand gesteckt, mit einem Blutzoll von vier Getöteten, eine junge Familie von türkischstämmigen Muslimen aus Bulgarien. Der mutmaßliche Täter, ein 39-jähriger Solinger, habe auch, zwei Wochen später, mit einer Machete einem Mann angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Aber wen küm-

³ Die EU-Verordnung „Dublin III“ von 2013, dass Asylanträge von Flüchtlingen im ersten EU-Land, das sie betreten haben, bearbeitet werden müssen, war lediglich die Übernahme des deutschen Gesetzes durch den Rest der EU.



Tomahawk Marschflugkörper (oben) sollen ab 2026 in Deutschland stationiert werden. Sie können mit konventionellen Sprengköpfen, aber auch mit nuklearen ausgestattet werden. Flugzeit nach Moskau: 6 Minuten. 1983 gab es große Demonstrationen gegen die Pläne Ronald Reagans Vorhaben, diese „Erstschlag“-Waffen in Deutschland zu stationieren. Jetzt sind die Sozialdemokraten, Freidemokraten und Grünen-Kriegstreiber dafür.

mert das schon, wenn sich die öffentliche Empörung hauptsächlich gegen Einwanderer richtet?

Anfang dieses Jahres gingen Hunderttausende auf die Straße, empört über Berichte eines Geheimtreffens von AfD-Größen, CDU Mitgliedern und Faschisten am 25. November 2023 in einem Hotel nahe bei Potsdam. Grund der Zusammenkunft war es, über einen Masterplan zur Abschiebung (zynisch „Remigration“ genannt) von Millionen von Menschen nach Afrika, darunter auch deutsche Staatsbürger „mit Migrationshintergrund“, zu beraten.⁴ Weitgehend ignoriert wurde dabei, dass wenige Wochen zuvor Bundeskanzler Scholz sein eigenes Vorhaben für das gleiche Ziel geäußert hatte mit: „Wir müssen endlich in großem Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben“ (*Der Spiegel*, 27. Oktober 2023). Auch unerwähnt blieb die Massendeportation aus der BRD von Zehntausenden von Vertragsarbeitern aus Vietnam, Mosambik und anderen Ländern ab Mai 1990 als Konsequenz der Einverleibung der DDR durch die Kapitalisten mit ihrem Rachefeldzug gegen alles, was an den ehemaligen (bürokratisch deformierten) Arbeiterstaat erinnert.

Die Pogrome und Deportationen waren eine direkte Folge der Konterrevolution in der Deutschen Demokratischen Republik, als der westdeutsche Imperialismus den Osten annektierte. Ebenso der Balkankrieg und der Zerfall Jugoslawiens, in denen der deutsche Imperialismus eine Schlüsselrolle spielte. Dazu gehörte auch die Einführung der Billiglöhne im Osten, und die Spaltung der Arbeiter in Ost, West und Immigranten, die von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten unterstützt und durchgesetzt wurden, als die SPD Vorreiter der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands war. Und die PDS/PdL, deren „Neubeginn“ durch den Ausverkauf der DDR als Kapitulation vor dem Imperialismus markiert wurde, ist dann bald zur direkten Unterstützung des rassistischen Einwanderungs-Programms des Kapitals übergegangen.

Was die reformistischen Linken betrifft, die jetzt über den „Ruck nach rechts“ jammern, so befürworteten diese entweder eine sozialdemokratische Variante der Wiedervereinigung oder kapitulierten vor dem kapitalistischen Drang, jeder auf seine Weise. Als die stalinistische Bürokratie zerfiel, widersetzten sich nur die revolutionären Trotzlisten der kapitalistischen Wiedervereinigung und kämpften für die Verteidigung der sozialen Errungenschaften in der DDR durch eine politische Arbeiterrevolution dort und die Ausweitung dieser zur sozialistischen Revolution im Westen.

⁴ Der Plan wurde von Martin Sellner, Leitfigur der „Identitären Bewegung“, vorgelegt (ZDF, 1. Januar 2024).

Für eine revolutionäre, leninistisch-trotzkistische Arbeiterpartei!

Vor sechs Jahren warnten wir frühzeitig: „Die Bedeutung der AfD liegt nicht in irgendeiner langfristigen parlamentarischen Präsenz, sondern dass ihr Erfolg ein weiteres Alibi für rassistische Maßnahmen gegen Flüchtlinge und Muslime liefert – ein Konsens, der sich von der CDU/CSU, über die SPD, bis hin zu Teilen der Linkspartei erstreckt. So lief es auch mit den rassistischen Pogromen von 1992/93, die den Mainstream-Parteien eine Ausrede für die Demontage des Asylrechts boten.“

– „Große Koalition: Verschärfte Angriffe auf Arbeiter, Linke, Flüchtlinge“, *Permanente Revolution*, Nr. 2, Sommer 2018

Reaktionäre Wahlkämpfe und Pogrome gehen Hand in Hand – der politische Ansturm gegen Einwanderer kann leicht gewalttätig werden. Der steile Aufstieg der AfD wurde durch die rassistische Protestkundgebung in Chemnitz im August 2018 eingeleitet. Obwohl die, ohnehin unzureichenden, offiziellen Statistiken über rassistische Angriffe nun durch die Einbeziehung antizionistischer „Gedankenverbrechen“ zusätzlich verzerrt sind, der Trend ist klar erkennbar.

„Jede Woche werden in Deutschland drei bis vier Geflüchtetenunterkünfte angegriffen, laut Bundeskriminalamt (BKA) mit regionalen Schwerpunkten vor allem in Sachsen und Thüringen, aber auch in Bayern, Niedersachsen und Brandenburg. Zwischen 2021 und 2023 stieg die Zahl dieser Angriffe von 70 auf zunächst 171 und dann nochmals auf 180. Zusätzlich werden jede Woche etwa 45 Angriffe auf Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkünfte registriert. Diese Zahl hat sich ebenso zwischen 2021 und 2023 etwa verdoppelt.“

– „Ein Messer wetzt das andere“, *Junge Welt*, 17. September 2024

Wie oben gesagt, es gilt die Arbeiterverteidigung der Immigranten gegen rassistische Attacken und Massenabschiebungen zu organisieren.

Einer Unzahl von Demonstrationen gegen den „Rechtsruck“ und die AfD ist es in den vergangenen Jahren nicht gelungen, die Rekrutierung und Wahlerfolge der faschistoiden Partei zurückzuwerfen. Die Mobilisierungen im Januar-Februar 2024 waren dem Volksfrontprinzip „Alle zusammen gegen den Faschismus“ verpflichtet, das die Klassenlinie gegen die Bourgeoisie verwischt. Tatsächlich wurden sie weitgehend von den Parteien der bürgerlichen Ampelkoalition organisiert, natürlich auch von der Linkspartei, und haben sogar Teile der CDU umfasst. Sie konnten daher nicht die Grundlage für die Organisation einer Arbeiterverteidigung gegen rassistische Angriffe bilden, auch weil sie Appelle an den kapitalistischen Staat richteten (sofern sie die Anti-Flüchtlingskampagne nicht völlig ignorierten oder sogar pro-palästinensische Demonstrationen ausschlossen).

Diese Volksfrontdemos wurden von fast allen der opportunistischen sozialdemokratischen Linken hochgepriesen. Sozialistische Alternative (SAV): „historisch“. Solidarität

„Der Tod ist ein Meister...“

„Wir haben Waffen geliefert, und wir werden Waffen liefern“, erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag am 7. Oktober. Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI war Deutschland im Jahr 2023 nach den USA der zweitgrößte Waffenlieferant Israels. Die USA liefern 69 Prozent und Deutschland 30 Prozent der israelischen Waffenimporte.¹ Eine Verzehnfachung im Vergleich zu 2022.

Die Waffenlieferungen sind zudem mit einem Nebelschleier versehen: die deutsche Regierung gibt nie bekannt, wer was liefert – „um die Firmen zu schützen“. Es wird jedoch behauptet, dass nur ein kleiner Teil davon eigentlich als „Kriegswaffe“ anzusehen sei. Krasse Heuchelei. Zu den „anderen militärischen Geräten“ gehört beispielsweise die Panzerfaust RGW 90 („Matador“), eine Waffe, die sich durchaus zur Zerstörung von Gebäuden in Gaza eignet. Und Radartechnik, Militär-LKW, Sprengstoff und Ersatzteile für Panzer, usw. Die USA bringen den Tod aus der Luft, und der deutsche Imperialismus den Tod zu Land und zu Wasser.

Doch dieser Beitrag zu den Massakern in Gaza ist nicht einmal der potenziell gefährlichste. Im Jahr 2022 unterzeichnete Israel mit Deutschland einen 3-Milliarden-Euro-Vertrag zum Kauf von drei modernen Diesel-U-Booten, Dakar-Klasse, die ab 2031 ausgeliefert werden sollten. Sie werden die U-Boote der

¹ Siehe <https://www.sipri.org/commentary/topical-backgrounder/2024/how-top-arms-exporters-have-responded-war-gaza>



Deutsche Panzerfaust, in Mengen an das israelische Heer geliefert, dient auch Wohnhäuser zu zerstören.

Dolphin-Klasse ersetzen, die derzeit von ihrer Marine eingesetzt werden. Sowohl Dolphin- wie Dakar-Klasse U-Boote, von der HDW in Kiel gebaut, sind mit einem hydraulischen Ausstoßsystem und erweiterten Rohren ausgerüstet, die es *Israel ermöglicht, Atomwaffen wie Tomahawk-Marschflugkörper und sogar Mittelstreckenraketen, abzuschießen*. Und von atomaren Sprengköpfen hat Israel viele (*Der Spiegel*, 3. Juni 2012).

ThyssenKrupp, Siemens, Howaldtswerke-Deutsche Werft, Commerzbank, Deutsche Bank – Profitstreben ist mit der „Staatsräson“ verknüpft. Sie sind nicht nur rücksichtslose „Händler des Todes“, sondern Teil der imperialistischen Maschinerie. Sie können nicht beschämt, zur Vernunft gebracht oder unter Druck gesetzt werden. **Nur die Arbeiterklasse hat die Macht, sie aufzuhalten.** ■

(SOL): „gut und wichtig“. Arbeiter:nnenmacht: „ist gut so“. Einige (Marx21) haben sogar die Forderung für ein Verbot der AfD befürwortet. Solche Verbote haben die Faschisten nicht gestoppt, und werden hauptsächlich gegen Kommunisten angewendet. Diese Pseudo-Trotzkisten üben natürlich Kritik an den Ampelparteien, aber dennoch marschieren sie Schulter an Schulter mit den bürgerlichen und sozialdemokratischen Politikern, die mehr Abschiebungen fordern, die für die Lieferung von deutschen Waffen an das faschistisch verseuchte ukrainische Militär votierten sowie für militärische Unterstützung Israels mitten in dessen Genozid gegen das palästinensische Volk Gazas. In diesen „antifaschistischen“ Großdemos hat es auch Angriffe gegen Palästinenser gegeben.

Die Opportunisten wollen „gemeinsam gegen Rechtsruck“ mobilisieren. Auch wenn sie hinzufügen „und gegen die Regierung“, muntert dieser Appell zur Klassenkollaboration mit Teilen der Bourgeoisie auf, anstatt für den unabhängigen Klassenkampf gegen Faschisten und den kapitalistischen Staat zu mobilisieren. Aufrufe, solche Demonstrationen auf den DGB zu stützen oder sich „von unten zu organisieren“, wie *Klasse gegen Klasse* in ihrer Erklärung vom 23. Januar [2024] vorschlug, stellen diese Volksfrontpolitik nicht infrage, sondern bieten ihr einen „linken“ Deckmantel. Ihre jüngste Aufforderung zu „politischen Streiks“ gegen eine Regierungsbeteiligung der AfD ist letztlich nur ein weiterer, verstärkter Druck – auf die CDU.⁵

Der Faschismus muss auf der Straße und in den Fabriken durch harten Klassenkampf und die Organisation der Arbeiterselbstverteidigung und auch die der Immigranten besiegt werden. Dies würde Sympathien für die AfD

⁵ <https://www.klassegegenklasse.org/wie-kaempfen-wir-gegen-die-afd-und-die-extreme-rechte/>. Dieser Artikel enthält eine gewisse „marxistische“ Rhetorik und verurteilt die bürgerlichen Parteien für den Aufstieg der AfD, kommt jedoch zu dem Schluss: „Die AfD hat bereits jetzt den Kurs der anderen Parteien nach rechts verschoben.“ Also letztendlich soll die AfD die ganze Verantwortung tragen: Persilschein für die „antifaschistische“ Volksfront mit sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien.

unter Arbeitern im Osten untergraben, die sich zurecht verraten fühlen von den Sozialdemokraten (einschließlich derjenigen der zweiten Mobilisierung, wie Die Linke). Es würde auch Illusionen in das populistische BSW entlarven, die viele ex-Linke in der ehemaligen DDR wegen ihrer Ablehnung der antirussischen Kriegstreiberei hegen. Wagenknecht treibt ihre eigene Version von nationalem Chauvinismus, „mit Vernunft“. Es muss in Taten veranschaulicht werden, dass ihre „Vernunft“ die eines Teils der deutschen Bourgeoisie ist.

Die rassistische Spaltung der Arbeiterklasse, die das BSW befördert, ist Bestandteil der gegenwärtigen (und zukünftigen) Kriege und kapitalistischen Angriffe auf die Werktätigen. Der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie und die chauvinistische Spaltung, die von dieser und den anderen Handlangern der Bourgeoisie verbreitet wird, muss mit internationalistischem Klassenkampf besiegt werden. Der Imperialismus kann nicht reformiert werden, sondern muss gestürzt werden! Der Schlüssel ist die Bildung des Kerns einer leninistisch-trotzkistischen revolutionären Arbeiterpartei, die in den Kämpfen von heute die internationale sozialistische Revolution vorbereitet.

Arbeiterverteidigung der Immigranten gegen rassistische Angriffe und Massenabschiebungen organisieren! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Bekämpft Inflation und Arbeitslosigkeit durch eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit! Einheitliche Lohnskala auf höchster Stufe! Für branchenweite Betriebsbesetzungen gegen drohende Fabrikschließungen!

Nieder mit den Sanktionen! Nord Stream II sofort öffnen und die Druschba-Pipeline wieder in Gang setzen! Die PCK Raffinerie in Schwedt dem Würgegriff der Treuhänder entreißen und die Arbeiterkontrolle erkämpfen. Funktionsfähige Kernkraftwerke sanieren und wieder einschalten!

Stoppt Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel durch Arbeiteraktionen! Zerschlagt den US/NATO-Stellvertreterkrieg gegen Russland! Verteidigt Russland und China gegen den imperialistischen Kriegskurs! ■

KO nach der Scheidung: Nationalistische „Friedensbewegung“ oder internationalistischer Klassenkrieg?

Der folgende Artikel wurde als Flugblatt der Internationalistischen Gruppe beim „Kommunismus Kongress“ Anfang Oktober 2023 in Berlin verteilt.

Der Wirrwarr und die umfassende Krise in der Linken, die vom Ukrainekrieg ausgelöst wurden, haben, wie wir mehrmals festgestellt haben, die überwältigende Mehrheit der Linken dazu gebracht, sich offen oder faktisch auf die Seite der Ukraine zu stellen. Dies ist insbesondere bei der Linkspartei der Fall, wo die Führung und Parteiprominente wie Gregor Gysi die russische Invasion lautstark anprangern und sich weigern, sich der Lieferung von Militärgütern in die Ukraine zu widersetzen, während linke Dissidenten ebenfalls erklären, sie seien gegen „Putins Krieg“. Während die Führung die im Parteiprogramm enthaltene Forderung nach der „Auflösung“ der NATO durch die noch bedeutungslosere Forderung nach der „Überwindung aller Militärbündnisse“ wie der NATO ersetzt, wandte sich keiner der vier „linken“ Gegenanträge gegen die NATO selbst, sondern nur gegen die „Osterweiterung“ oder die „Eskalation“ des Krieges durch dieses imperialistische Militärbündnis.¹

Die Pseudo-Trotzkisten gehören fast alle diesem Lager an. Die meisten von ihnen schwirren in oder um Die Linke herum, einige mit der Forderung, „alle NATO-Truppen raus aus Osteuropa“, als Feigenblatt um ihren Verrat zu verbergen (ein wenig spät, da es bereits ein gutes Dutzend osteuropäischer Mitgliedsländer der NATO gibt). Wir sagen „Pseudo“, weil ihre opportunistische Politik das Gegenteil von Trotzkis unerbittlichem Kampf gegen den Imperialismus ist. Aber in den stalinistischen Milieus – die sich im Allgemeinen als „Marxisten-Leninisten“ oder einfach „Kommunisten“ bezeichnen² – ist eine erbitterte Spaltung im Gange zwischen denjenigen, angeführt von der griechischen KKE, die Moskaus Invasion anprangern, während sie sich pflichtschuldigst von der NATO distanzieren, und auf der anderen Seite denjenigen, die sich auf den Kampf gegen den US/NATO-Imperialismus konzentrieren, und meist sanft auf der Seite Russlands stehen.

In Deutschland, wo die DKP (Deutsche Kommunistische Partei) der letzteren Position

¹ Siehe den Artikel „Gleichschaltung der Linken in der ‚Zeitenwende‘“ in *Permanente Revolution* Nr. 6, Winter 2022/2023.

² Wir verwenden den Begriff „stalinistisch“ bezüglich der diversen „ML“-Gruppierungen, nicht weil sie Stalin verherrlichen, sondern weil ihre Politik auf Stalins antimarxistischer Dogmatik des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ beruht (und zu seiner logischen Folge, der Klassenkollaboration in anderen Ländern mittels der Volksfront führt).

- **Verteidigt Russland und China gegen die imperialistische Kriegskampagne!**
- **Zerschlagt den US/NATO Stellvertreterkrieg gegen Russland um die Ukraine!**
- **Stoppt Waffenlieferungen an Kiew durch Arbeiteraktionen!**



KO-ZL-Ortsgruppe beim „revolutionären“ 1. Mai 2023 in Frankfurt/Main mit der Forderung „Stoppt den Krieg gegen Russland“ und „Keine Waffen für die Ukraine“. Ordner der Demo-Leitung griffen das KO-Kontingent gewaltsam an und entrissen ihm das Transparent. Linke aus dem „Dritten Lager“ agieren als Stoßtrupps für die NATO-Sozialisten gegen diejenigen, die sich dem imperialistischen Krieg gegen Russland widersetzen.

anhängt, während die MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) und diverse KPDs eine „Drittes-Lager“-Position unterstützen, hat der Streit zu einer formellen Spaltung der Kommunistischen Organisation (KO) geführt. Diese war eine Abspaltung 2017 von der DKP und ihrer Jugendgruppe, der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend), die ihre ehemalige Partei des Revisionismus beschuldigte, der einen „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ suchte. Zwecks der politischen Geolokalisierung, könnte man, unter Verwendung ihrer eigenen Selbstbeschreibungen, sagen, dass die KO-ZL (Zentrale Leitung) dem Anti-NATO-Lager zuzurechnen ist, während die KO-„ML“ (Marxisten-Leninisten) dem weder-Moskau-noch-NATO-Dritten Lager angehört und gegen den „russischen Imperialismus“ wettet – eine Position, die ganz bestimmt weder marxistisch noch leninistisch ist.

Anfang Januar, als die beiden Fraktionen gleichzeitig entgegengesetzte außerordentliche Mitglieder-Kongresse abhielten, hat die KO-ZL sich „gegen eine Positionierung im Ukrai-

nekrieg zum jetzigen Zeitpunkt“ entschieden.³ Diese Nichtstellungnahme erwies sich bald als unhaltbar, nicht zuletzt in den Auseinandersetzungen mit der „anderen KO“. Wie kann man sich denn überhaupt als Kommunist ausgeben, ohne bei der brennendsten Tagesfrage konkrete Anleitung zu bieten? So erschienen bei der KO-ZL anlässlich der Ostermärsche Forderungen wie: „Für die Niederlage der NATO – in der Ukraine und weltweit!“ und „Stoppt den Krieg gegen Russland – NATO raus aus der Ukraine!“ Aber auch, „Deutschland raus aus der NATO – NATO raus aus Deutschland!“ und als krönende Losung, „Für den Aufbau der Anti-NATO-Friedensbewegung in Deutschland!“⁴

Es wird im diesbezüglichen Artikel bejammert, dass „der Pazifismus an erster Stelle“ in den Aufrufen und Redebeiträgen sei, was durchaus zu erwarten ist bei einer Friedensbewegung. Auch wird bedauert, dass „zentrale Figuren und Gruppierungen der alten Friedensbewegung in das NATO-Lager“ überlaufen, dass „fast alle“ Aufrufe mit der „Ablehnung des ‚völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands‘“ beginnen, dass „die Forderung nach einem Stopp der Waffenlieferungen fehlt“ und „Raum in der Friedensbewegung“ an Mitträger des NATO-Krieges gegeben wird. All das ist selbstverständlich, weil eine Friedensbewegung sich auf die bestehende Gesellschaftsordnung basiert, d. h., auf den Boden des deutschen Imperialismus. Wie wir schon geschrieben haben:

„Die Tatsache ist, dass pazifistische Rhetorik öfters in militärische Aktion mündet, genau wie die Sozialdemokratie 1914 ihre starken Antikriegsresolutionen mit dem Ausbruch des imperialistischen I. Weltkriegs plötzlich vergaß, und wie man gerade bei der pazifistischen deutschen Linken beobachten kann.“
– „Gleichschaltung der Linken in der ‚Zeitenwende‘“

Bekannterweise hat Lenin im I. Weltkrieg nicht zu einer „Friedensbewegung“ aufgerufen, sondern dazu, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die Bour-

³ „Bericht zum außerordentlichen Mitgliederkongress der KO“, KO-ZL, 8. Januar 2023.

⁴ Stellungnahme der KO-ZL, 5. April 2023.

geoisie umzuwandeln.

Am 1. Mai wurden Genossen der KO-ZL in Frankfurt am Main gewalttätig angegriffen und ihr Transparent mit der Losung „Stoppt den Krieg gegen Russland – Keine Waffen für die Ukraine“ entrissen von Ordnern der „revolutionären“ Ersten-Mai-Demo, unter ihnen Anhänger von „roten“ Gruppen (Young Struggle, Kommunistischer Aufbau und Aurora). Die KO-„ML“ distanzierte sich sofort auf Twitter vom Inhalt des Banners. Ein Paar Tage später hat es auch in Duisburg einen Versuch derselben Kräfte gegeben, das KO-Banner, diesmal dazu mit der weiteren Losung „Für die Niederlage der NATO“ versehen, zu unterbinden. Diese Vorfälle veranschaulichen wie Drittes-Lager-Linke als Stoßtrupp der „NATO-Sozialisten“ gegen Widersacher der imperialistischen Kriegstreiber dienen. Und dass die KO-ZL sich standhaft dagegen wehrte, unterstreicht die Unentbehrlichkeit eines *revolutionären Klassenkampfes* gegen den Imperialismus.

„BRD raus aus der NATO“: Losung für eine nationalistic Friedensbewegung

Der imperialistische Krieg ist ein Härtestest für alle angeblich revolutionären Tendenzen. Wie schon anderthalb Jahre von „Friedensdemonstrationen“ zum Ukraine-Krieg beweisen, dienen heuchlerische NATO-kritische Erklärungen nur dazu, die Kapitulation der Linken vor dem imperialistischen Militärbündnis zu tarnen. In einer Erklärung vom 30. August hat die KO-ZL versucht, ihre Positionen zum Krieg weiter zu konkretisieren. Neben den Forderungen, den Krieg gegen Russland zu stoppen und keine Waffen an die Ukraine zu liefern, wird die Losung „Nieder mit der NATO – Deutschland raus aus der NATO, NATO raus aus Deutschland!“ wiederholt und eine neue aufgestellt, „Den deutschen Imperialismus entwaffnen: Rheinmetall & Co. enteignen!“ Dabei stellt sich die Frage: Wer soll den Krieg stoppen, wer soll den Halt der Waffenlieferungen erzwingen? Konkret, wer soll wen entwaffnen, bzw. enteignen? Die berühmte Frage: *Kto-kogo*, wer – wen?

Wie Leo Trotzki im *Übergangsprogramm* (1938) betonte, „Aber alles dreht sich um die Frage, wer entwaffnet und wem die Waffen abgenommen werden. Die einzige Form der Abrüstung, die den Krieg verhindern oder aufhalten kann, ist die Entwaffnung der Bourgeoisie durch die Arbeiter.“ Aber wenn man hier von Enteignung/Entwaffnung spricht, ohne Erwähnung der Arbeiterklasse, liegt es auf der Hand, dass diese Losung eine Forderung an die Regierung ist. Das Konzept, dass die imperialistische Bourgeoisie sich selber entwaffnen würde, ist völlig sinnlos, ein krasser Widerspruch zur marxistischen Analyse des Wesens des kapitalistischen Staats. Und wenn Rheinmetall in „öffentlichen Besitz“ käme, würde das irgendwie die Kraft und Gefahr des deutschen Imperialismus vermindern? Offensichtlich nein. Diese Slogans stellen keine Grundlage für die Mobilisierung der Macht der Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Kriegskurs dar. Vielmehr lenken sie davon ab.

Ähnlich verhält es sich bei einer der oben erwähnten Parolen. Ein Diskussionsartikel (16. Juni), „Deutschland raus aus der NATO?“, erläutert, dass diese Losung von der KO und durch „viele Organisationen in der Friedensbewegung, wie auch die DKP“, häufig verwendet wurde. Zu welchem Zweck? Der Artikel bringt tatsächlich eine Reihe starker Argumente gegen den Slogan hervor: „Das deutsche Monopolkapital drängt zur Weltmacht und wird dafür früher oder später auch seine Haltung zum US-Imperialismus und



In Deutschland sind die meisten Linken zu NATO-Sozialisten geworden, so dass die einzigen „Friedens“-demos, die nicht in der Tat Pro-Ukraine-Kriegsdemonstrationen waren, von Rechten oder von der Populistin Sahra Wagenknecht angeführt wurden. Hier bei der Antikriegsdemonstration mit 50 000 Teilnehmern in Berlin am 25. Februar 2023. Die ehemalige Kommunistin ist kürzlich aus der sozialdemokratischen Linkspartei ausgetreten, um ihre eigene, nicht-sozialistische Wahlpartei zu gründen.



Internationalisten bei der Lenin-Liebnecht-Luxemburg-Demo, Berlin, 15. Januar 2023. „Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!“

zur NATO anpassen.“ Die Forderung aufzustellen wäre zugunsten von Teilen der deutschen Bourgeoisie, „die verstärkt nach Autonomie drängen, und die EU zum eigenständigen militärischen Instrument entwickeln wollen. Es ist eine Position gegen den US-Imperialismus, nicht aber gegen das deutsche Finanzkapital. De facto würden die USA zum Hauptfeind erklärt werden.“ Ganz richtig!

Der Autor (Max) bemerkt, dass die Losung im Einklang steht mit „souveränistischen“ Vertretern der Sozialdemokratie“, wie Oskar Lafontaine (wir würden ihn eher als bürgerlichen Populisten einstufen) mit seinem Buch *Ami, it's time to go! – Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas* (2022). Der Artikel zitiert eine recht treffende Analyse der nationalistischen Friedensbewegung der 80er Jahre:

„Ein deutscher Nationalismus wuchs fast unmerklich bei Massen heran, die vorher für ausgesprochen reaktionäre Bestrebungen nicht in Frage gekommen waren. Riesige Kundgebungen „für den Frieden“ klagten die USA und die Sowjetunion an und deckten den Hauptfeind im eigenen Land, der ungestört mit seinen ‚deutsch-deutschen Beziehungen‘ an der Destabilisierung der DDR arbeiten konnte.“

–Erika Wehling-Pangerl, in *Neues vom Hauptfeind* (2012)

So war's beim Anschluss der DDR 1989-1990, als die Sozialdemokratie mit ihrer Ostpolitik als „Trojanisches Pferd“ des deutschen Kapitals diente, das seinen reaktionären „Drang nach Osten“ unter pazifistischen Phrasen tarnte. Das wiedervereinigte kapitalistische Deutschland war danach in der Lage, einen Landkrieg in Europa zu führen – den imperialistischen Angriff auf Serbien 1999, unter der rot-grünen Regierung, viel effektiver als eine CDU. Scholz nimmt heute den Westbalkan ins Visier, als Anlauf für die Profilierung von Deutschland als Vormacht in Europa.

Nicht „Multipolare Welt“ sondern sozialistische Weltrevolution

Der Diskussionsbeitrag behauptet: „Deutschland raus aus der NATO“ wird gegenwärtig von den Sachverwaltern des deutschen Finanzkapitals nicht vertreten.“ Stimmt, aber das kann morgen schon anders sein. Jeder weiß, dass der wirtschaftliche Zermürbungskrieg gegen Russland gleichzeitig ein US-Wirtschaftskrieg gegen das französisch-deutsche europäische Konsortium ist, und der beschränkt sich nicht nur auf die Sabotage der Nord-Stream-Gaspipeline. Ganze Branchen der deutschen Industrie sind ohne Zugang zu billigem russischen Gas nicht mehr konkurrenzfähig. Die Kräfte für eine politische Wende stehen bereits in den Startlöchern. Die KO-ZL selbst warnt:

„Aber auch rechte Kräfte, wie die Freien Sachsen und die AfD, die sich gerne als entschlossene Gegner der NATO inszenieren, wollen die Friedensbewegung auf den falschen Weg führen. Ihre Kritik an der NATO entpuppt sich als Streben nach einer eigenständigen deutschen Großmachtspolitik, die sich nicht länger den US-Interessen unterordnen will. Dazu gehört die Aufrüstung der Bundeswehr ebenso wie ein ‚souveräner‘ Weg zur blutigen Weltherrschaft des deutschen Imperialismus.“

–„Stoppt Air Defender 2023 – Nein zum Krieg heißt Nein zur NATO!“ (12. Juni)

Die Losung „Deutschland raus aus der NATO!“ würde der AfD in die Hände spie-

len, gerade wo es gilt, diese faschistoide Partei als Irreführer der ostdeutschen Massen zu bekämpfen, die sie in die Sackgasse einer völkisch-nationalistischen Opposition zur NATO abzulenken versucht.

Laut dem KO-Artikel: „Es ist im Interesse der deutschen Arbeiterklasse, dass Deutschland aus der NATO austritt, sie schwächt und der aggressive Handlungsspielraum der BRD eingeeignet wird.“ Tut es nicht. Die Geschichte hat diese Frage bereits beantwortet. In den Jahren 1959-1963 zog sich Frankreich unter de Gaulle teilweise aus der NATO zurück. Die NATO wurde dadurch nicht geschwächt. Frankreich kehrte schließlich zurück und wurde in den 80er Jahren zur Avantgarde des Antisowjetismus. Das sehen wir heute wieder. Nach seiner Rückkehr von Peking warnte der französische Präsident Macron davor, „Vasallenstaaten“ der USA zu werden und forderte europäische „strategische Autonomie“. Das hielt ihn jedoch nicht davon ab, französische Waffenlieferungen an die Ukraine zu erhöhen, noch hat es den bedrückenden Charakter des französischen Imperialismus in Afrika, z.B., gemindert.

Ein (äußerst unwahrscheinlicher) deutscher Austritt aus der NATO würde weder die Aggressivität des deutschen Imperialismus noch seinen langjährigen „Drang nach Osten“ mindern. Die Auffassung, dass der imperialistische Weltherrschaftsanspruch in einer „multipolaren Welt“, wie sie sich die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) vorstellen, gelockert werden könnte, ist ebenso wie das pazifistische Geschwätz von vollständiger „Abrüstung“ eine reine Illusion. Sie ähnelt dem Bernstein/Kautsky-Traum von einer schrittweisen Reform des Kapitalismus. Auch mittlere kapitalistische Länder wie Russland sind imperialistischer wirtschaftlicher Erpressung ausgesetzt, zum Beispiel durch US/EU/NATO-Sanktionen. Der imperialistische Würdegriff kann nur durch eine internationale sozialistische Revolution gebrochen werden.

Die Pseudolinken, die sich weigern, Russland und China gegen den Imperialismus zu verteidigen, sind vom Sirengesang des „Menschenrechtsimperialismus“ verführt. Das ganze „Menschenrechts“-Geschäft wurde beim Auftakt des imperialistischen Kalten Krieges als Waffe gegen die Sowjetunion erfunden, und wird jetzt in allergrößter Lautstärke zur Verteidigung des faschistischen/nationalistischen Putschregimes in der Ukraine verbreitet. Bei der Gründung der Kommunistischen Internationale verpflichtete Lenin in den Bedingungen für die Zugehörigkeit die Mitglieder-Parteien dazu:

„nicht nur den offenen Sozialpatriotismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, dass ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationales Schiedsgericht, keinerlei ‚demokratische Reorganisation‘ des Völkerbundes imstande sein wird, die Menschheit vor neuen imperialistischen Kriegen zu bewahren.“

–„Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale“ (Juli 1920)

Revolutionäre Marxisten sind keine Pazifisten. Wir bauen keine „Friedensbewegungen“ auf, die sich, wie Trotzki im Juni 1917 schrieb, dann in Pro-Kriegs-Bewegungen verwandeln, wie es derzeit bei den pro-ukrainischen „Friedens“-Demos der Fall ist. Echte Kommunisten intervenieren in „Antikriegs“-Bewegungen als revolutionäre Opposition

gegen die reformistische/bürgerliche Volksfront-Führung, ob von individuellen Promis (Wagenknecht) oder andauernden Organisationen (Friko), um den Massen das Programm von Kampf gegen den imperialistischen Krieg durch Arbeiteraktion nahezubringen.

Wie den imperialistischen US/NATO-Krieg bekämpfen? Leninismus/Trotzkismus vs. Stalinismus

Der Krieg gegen Russland der US/NATO-Imperialisten, und eigentlich aller imperialistischen Länder, groß und klein, bringt die Frage auf den Punkt: Ist das heutige kapitalistische Russland imperialistisch, wie die Drittes-Lager-Opportunisten (in Nachahmung von Kriegstreiber wie Olaf Scholz) heute behaupten? Schon bei ihrem Austritt aus der DKP stellte sich die Kommunistische Organisation diese Gretchenfrage. Sechs Jahre später hat sie immer noch keine Antwort darauf. Wir Trotz-kisten der Liga für die Vierte Internationale, hingegen, haben diese Frage 2014 ausführlich untersucht, und haben aufgrund der Kriterien von Lenins *Imperialismus*-Schrift und einer Analyse von aktuellen wirtschaftlichen Daten das leninistische, wissenschaftliche Urteil gegeben: das post-sowjetische Russland ist eine mittlere kapitalistische Regionalmacht.⁵

Der Krieg um die Ukraine stellt unausweichlich die Frage: Leninismus/Trotzkismus oder Stalinismus, oder noch grundsätzlicher, Klassenkampf oder Klassenkollaboration? Losungen wie „Stoppt den Krieg gegen Russland“ und „Keine Waffen an die Ukraine“ – obwohl sie keinen Schulterschluss mit den Imperialisten üben so wie die „NATO-Sozialisten“ das tun – sind, explizit oder implizit, als Bitte an die bürgerliche Regierung gerichtet. So auch die Forderung „BRD raus aus der NATO“. Für Lenin und die Bolschewiki im Ersten Weltkrieg war ihre Politik darauf ausgerichtet, die Werktätigen in revolutionären Kampf gegen die „eigene“ imperialistische Bourgeoisie mobilzumachen. Deshalb rufen wir heute dazu auf, Russland und den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat China gegen die Imperialisten zu verteidigen, den NATO-Stellvertreterkrieg um die Ukraine zu zerschlagen, und gleichzeitig für Arbeiterrevolution gegen die kapitalistischen Machthaber, sowohl in Kiew wie in Moskau, und gegen die imperialistischen Kriegstreiber der NATO-Länder.

Das wird keine national-reformistische „Friedensbewegung“ erwirken, weil sie obligatorisch auf der Basis der Klassenkollaboration – d. h., der Volksfrontpolitik – aufgebaut ist. In der Tat, obwohl die Stimmung gegen den Ukrainekrieg und deren Konsequenzen wächst, ist das Ausbleiben von massiven Protesten gegen den NATO-Krieg darauf zurückzuführen, dass der Großteil der Linken auf der Seite der Kriegstreiber steht und keine „regierungsfähige“ Fraktion der Bourgeoisie zur Verfügung steht, die solche Demos in sichere Kanäle führen kann. Deswegen sind die größten Antikriegsaktionen von rechten Kräften angeleitet, wie die 100 000 Menschen die am 3.10.2022 zum „Tag der deutschen Einheit“ im Osten auf die Straße gingen mit Losungen gegen die anti-russischen Sanktionen und hohe Gaspreise und gegen Waffenlieferungen an die Ukraine.

Italienische Arbeiter zeigen den Weg – Stoppt Waffenlieferungen an die Ukraine durch Arbeiteraktionen!

Revolutionäre Marxisten die den Lehren von Lenin und Trotzki folgen, denen der Oktoberrevolution 1917, die sich als Auftakt der internationalen sozialistischen Revolution präsentierte, zählen auf die Mobilisierung der Kraft der Arbeiterbewegung, um den imperialistischen Kriegskurs zu zerschlagen, nicht auf eine amorphe bürgerliche Friedensbewegung, die die Kriegstreiber bittet, den Krieg zu stoppen. Also rufen wir zu Arbeiteraktionen gegen Waffenlieferungen an die Ukraine auf. Solche hat es auch

⁵ Siehe dazu „Das Schreckgespenst des ‚russischen Imperialismus‘“ (*Permanente Revolution* Extrablatt, September 2022).

gegeben. Am 25. Februar legte das Autonome Komitee der Hafentarbeiter (CALP, Collettivo Autonomo Lavoratori Portuali), Anhänger der Basis-Gewerkschaft USB, den Hafen von Genua in Italien still und organisierte eine Demo von 10 000 Menschen, die durch das Hafengebiet marschierten und dazu aufriefen, die Waffenlieferungen an die Ukraine zu blockieren, Sanktionen gegen Russland aufzuheben, und für Widerstand gegen den „NATO-Krieg“.

Bereits am 14. März 2022 haben Arbeiter am Flughafen von Pisa, Italien (auch Mitglieder der USB), eine als humanitäre Hilfe getarnte Waffenlieferung entdeckt und sich geweigert, die Fracht zu laden. Hafentarbeiter aus dem nahe gelegenen Livorno und etwa 2000 Menschen strömten zum Flughafen, um sich mit der Aktion zu solidarisieren. Anderswo in Europa hat die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) Eisenbahnblockaden gegen Waffentransporte der NATO organisiert, obwohl diese reformistische, sozialpatriotische Partei Russland als „imperialistisch“ bezeichnet hat. In den Vereinigten Staaten hat die Internationalist Group, Sektion unserer LVI, eine wichtige Rolle gespielt bei der Initiierung und Verwirklichung des Hafentarbeiterstreiks am 1. Mai 2008 gegen die imperialistischen Kriege in Afghanistan und im Irak.

Schon in der Frühzeit der Komintern hat die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) eine Kampagne zur Verteidigung des von Abdel-Krim angeführten Berberaufstands in der Rif-Region in Marokko organisiert, die zu einem Generalstreik gegen den Krieg am 12. Oktober 1925 führte (wobei bis zu 1000 PCF- und kämpferische Arbeiter verhaftet wurden). Später, in den Jahren 1949 und 1950, weigerten sich Hafentarbeiter in Marseille, Munition für die französischen Streitkräfte zu laden, die einen imperialistischen Krieg in Vietnam führten. Und früher noch haben im Januar 1918 Tausende von Industriearbeitern in Kiel und etwa 400 000 Berliner Metallarbeiter gegen die deutsche Beteiligung am I. Weltkrieg gestreikt. In diesen Streiks wurden zum ersten Mal Arbeiterräte gewählt, die dann später in der Novemberrevolution 1918 eine wichtige Rolle gespielt haben.

Diese Arbeiteraktionen sind von Linken von verschiedener Couleur angeleitet worden, und stellen kein Allheilmittel dar. Die Revolutionären Obleute, die die deutschen Arbeiterräte führten, hauptsächlich Anhänger der USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands), haben danach eine widersprüchliche Rolle in der Entwicklung der Revolution gespielt, nicht zuletzt im blutig unterdrückten „Spartakusaufstand“ im Januar 1919. Aber ohne solche Klassenmobilisierungen wäre es überhaupt nicht zu den revolutionären Ereignissen gekommen, bei denen das Schmieden und die effektive Kampfführung einer revolutionären kommunistischen Führung der entscheidende Faktor ist.

Nach der Spaltung steht die Kommunistische Organisation (ZL) am Scheideweg. Ihr Zögern, eine Stellungnahme zum Ukraine-Krieg zu formulieren, deutet auf die politische Verwirrung hin, die fast die ganze Linke in den letzten anderthalb Jahren erfasst hat, dessen Wurzeln aber viel tiefer liegen. Das traditionelle stalinistisch-reformistische Rezept für eine nationalistische Volksfront-„Friedensbewegung“ ist offenkundig gescheitert, während die Pseudo-„Marxisten-Leninisten“ (sowie nicht wenige Pseudo-Trotzkisten) Lenins Lehren über den Imperialismus offen umdrehen, um sich zu weigern, auf der Seite der Zielscheiben des imperialistischen Krieges der USA/NATO zu stehen. Ihre zynischen Verzerrungen sind der Beweis dafür, dass ihr Revisionismus zugunsten der wahren Imperialisten bewusst ist.

Die Pseudos führen alle in eine Sackgasse. Für diejenigen, die eine revolutionäre Rolle in den kommenden Klassenkämpfen spielen wollen, ist die Auseinandersetzung mit der Frage Stalinismus vs. Trotzkismus unerlässlich. Kehrt zurück zum Weg des Roten Oktobers, den Weg Lenins und Trotzki für die internationale sozialistische Revolution. ■

Marjorie Stamberg

(1944-2024)

Revolutionäre Trotzistin, marxistische Pädagogin, Anführerin von Kämpfen für alle Unterdrückten

Unsere Genossin Marjorie Stamberg ist am 29. Mai nach einem dreijährigen Kampf gegen Eierstockkrebs gestorben. Sie war 79 Jahre alt und war in der Neuen Linken aktiv gewesen, eine Pionierin des Kampfes für Frauenbefreiung, eine trotzkistische Aktivistin und Anführerin seit ihren 20ern, eine Lehrerin ihr letztes Vierteljahrhundert hindurch und eine Revolutionärin ihr ganzes Erwachsenenleben lang. Während ihres gesamten Lebens kämpfte sie unermüdlich für die Arbeiterklasse, für Schwarze, Frauen, Immigranten und alle Unterdrückten. Auf unterschiedlichen Kampfplätzen verteidigte sie alle, die vom Kapitalismus ausgebeutet und unterdrückt werden. Bis zu ihren letzten Tagen führte Marjorie als zentral führende Genossin der Internationalist Group (IG), der US-Sektion der Liga für die Vierte Internationale, den Kampf für Gleichheit, für öffentliche Bildung und für die internationale sozialistische Revolution fort, der ihr Leben war. Sie trat nie von diesem Ziel zurück, verfolgte es auch während ihrer Krankheit weiter, bis ihr Leben durch die Krankheit, die selten rechtzeitig erkannt wird, verkürzt wurde. Fest in ihren kommunistischen Überzeugungen, war sie auch eine warmherzige Mitarbeiterin, Mentorin und Freundin für so viele, die mit ihr zusammenarbeiteten. Ihre Genossinnen und Genossen sowie ihre Kolleginnen und Kollegen halten ihre großartigen Beiträge in Ehren, die uns und hoffentlich viele andere auch in den kommenden Jahren inspirieren werden.

Marjorie Stamberg wuchs in Philadelphia auf, in einer Familie mit osteuropäisch-jüdischer Herkunft. Ihr Großvater floh zur Zeit des russisch-japanischen Krieges 1904 und der antisemitischen Pogrome aus der Ukraine. Sie wurde erstmalig aktiv in Protesten gegen den Vietnamkrieg an der University of Michigan und nahm dort am ersten Antikriegs-Teach-in (März 1965) teil. Marjorie zog nach Washington, D.C., um sich vollzeitlich im Student Non-Violent Coordinating Committee (SNCC), dem radikalen Flügel der Bürgerrechtsbewegung [für Schwarze], und im Students for a Democratic Society (SDS), der Hauptorganisation der Neuen Linken, zu engagieren.

Schon damals gehörte Marjorie dem radikalsten Flügel der Kriegsgegner an und betrachtete sich selbst als Revolutionärin. Sie stellte sich nicht nur gegen die US-Außenpolitik in Indochina, sondern bezog auch eine



Foto mit freundlicher Genehmigung von Ivan Rowe

Am 24. November 2008 hielt Marjorie eine Rede auf einer Kundgebung zur Verteidigung der Lehrer, die aufgrund der Umstrukturierung der Schulen in die Abwesenheitsreserve (RAL) versetzt wurden, und forderte feste Arbeitsplätze für alle.

Seite mit den vietnamesischen kommunistischen Kräften (von den Medien spöttisch als „Vietcong“ bezeichnet), die gegen den US-Imperialismus und sein Marionettenregime in Saigon kämpften. Marjorie marschierte im März 1966 bei der Fifth Avenue Peace Parade im Dissidentenkontingent, angeführt von Walter Teague, das den Sieg der Nationalen Befreiungsfront Vietnams (NLF) forderte, mit wehenden NLF-Fahnen. In dem Kontingent marschierten auch über zwei Dutzend Anhänger der Spartacist, die von der Socialist Workers Party (SWP) ausgeschlossen worden waren. Im November 1969 marschierte sie im Revolutionary Contingent auf dem Vietnam Moratorium Marsch in Washington mit dem Aufruf „Victory to the Vietcong“ (Sieg dem Vietcong), das mit seinen NLF-Fahnen von den reformisti-

schen Organisatoren (namentlich der SWP) ausgeschlossen wurde, was viele Radikale als „peace crawls“ (Friedenskriecherei) bezeichneten. Als die Spartacist League 1970 das Transparent „All Indochina Must Go Communist“ (Ganz Indochina muss kommunistisch werden) trug, unterstützte Marjorie diesen Aufruf nachdrücklich.

Sie lebte in einer SDS-SNCC-Kommune in D.C. und war Teil des Kollektivs, das die *Washington Free Press* herausgab, die erste der Untergrundzeitungen, die sich in den USA verbreiteten. Marjories Artikel über den Marsch auf das Pentagon gegen den Vietnamkrieg im Oktober 1967 wurde in Norman Mailers *Armies of the Night* zitiert. Dieser Marsch von Zehntausenden, die das Hauptquartier der imperialistischen Kriegsmaschinerie umzingelten, hatte eine große

pazifistische Mehrheit und ein kleineres Revolutionary Contingent aus SDS und dem Committee to Aid the NLF (Komitee zur Unterstützung der NLF), das Marjorie unterstützte. Nachdem die pazifistischen Führer am ersten Tag den Sieg verkündet hatten, beschrieb sie in ihrem Artikel „Wedge!“ (Keil) die „Qualenderer, die stundenlang dasaßen und zusahen“ – in Schach gehalten von Fallschirmjägern der 82. Airborne Division (Luftlandedivision) der US-Armee

– „die nicht gehen, aber auch keinen Widerstand leisten konnten“, als Hunderte verhaftet wurden. Marjorie berichtete auch über den Aufruhr im schwarzen Washington nach der Ermordung von Martin Luther King am 4. April 1968, als die Polizei aus der Stadt floh und es eine kurze Zeitspanne von 48 Stunden gab, in der es „keine Staatsmacht und keinen Mangel“ gab, wie sie es ausdrückte, bis die 101. Airborne Division und die Nationalgarde eingesetzt wurden, um die bürgerliche „Ordnung“ wiederherzustellen.

Als sie nach New York kam, wurde Marjorie Mitglied des Redaktionsteams des *Guardian*,¹ und als die Belegschaft revoltierte, schrieb sie für den *Liberated Guardian*² und andere Zeitungen der Bewegung. Sie lehnte den in der Neuen Linken grassierenden männlichen Chauvinismus ab und wurde zu einer Pionierin der modernen Frauenbefreiungsbewegung und ihres linken Flügels, die nach einem geeigneten Programm suchten für die radikalen Aufgaben, die durch den Kampf um Emanzipation gestellt waren. Sie war ein frühes Mitglied der Redstockings,³ einer führenden Organisation dessen, was heute als „zweite Welle des Feminismus“ in den Jahren 1968-69 bezeichnet wird. Eine dreiteilige Serie über „The New Feminism“, die sie im März/April 1969 im *Guardian* veröffentlichte, galt als einflussreich, um den Widerstand in der Neuen Linken gegen die Frauenbefreiungsbewegung zu brechen. Obwohl sie sich in einem feministischen Rahmen bewegte, betonte Marjorie Fragen der Klasse und des Kapitalismus und verwies auf die marxistische Analyse von Friedrich Engels. Wie sie später in einem Vortrag über Frauenbefreiung sagte, den sie 2015 vor der New Yorker marxistischen Studiengruppe der IG hielt:

„Ich war ein paar Monate lang Mitglied der Redstockings in New York, als ich für den *Guardian* schrieb. Andere haben mir gesagt, dass ich immer von links drängte. Insbesondere war ich besorgt über die Tatsache, dass die Gruppe überwiegend kleinbürgerlich und völlig weiß war... Zu der Gruppe gehörten viele später bekannte Schriftsteller, Kritiker und Professoren sowie eine Reihe von Intellektuellen aus Greenwich Village. Obwohl sie also in der Geschichte des Feminismus eine große Rolle spielt, war sie unter den radikalen Aktivistinnen, die im Wesentlichen aus der Neuen Linken kamen, nicht so einflussreich.“

– Marjorie Stamberg, „Die Befreiung der Frau und die Klassenlinie“ (29. Oktober 2015)

¹ Der *National Guardian* wurde als Zeitung der Progressive Party (PP) gegründet, dem von der Kommunistischen Partei geführten Wahlkampforgan für die Präsidentschaftskampagne des ehemaligen US-Vizepräsidenten Henry Wallace 1948. Unter dem Schlägen der McCarthy'schen Repressionen löste sich die PP Mitte der 1950er Jahre auf, doch die Zeitung blieb die größte linke Zeitung in den USA. Mit dem Aufschwung der Neuen Linken traten Anfang 1968 die stalinistischen Volksfrontredakteure zurück und wurden durch ein Autorenteam der Neuen Linken ersetzt, das den Namen in die *Guardian* änderte und Marjorie einlud, dem Team beizutreten.

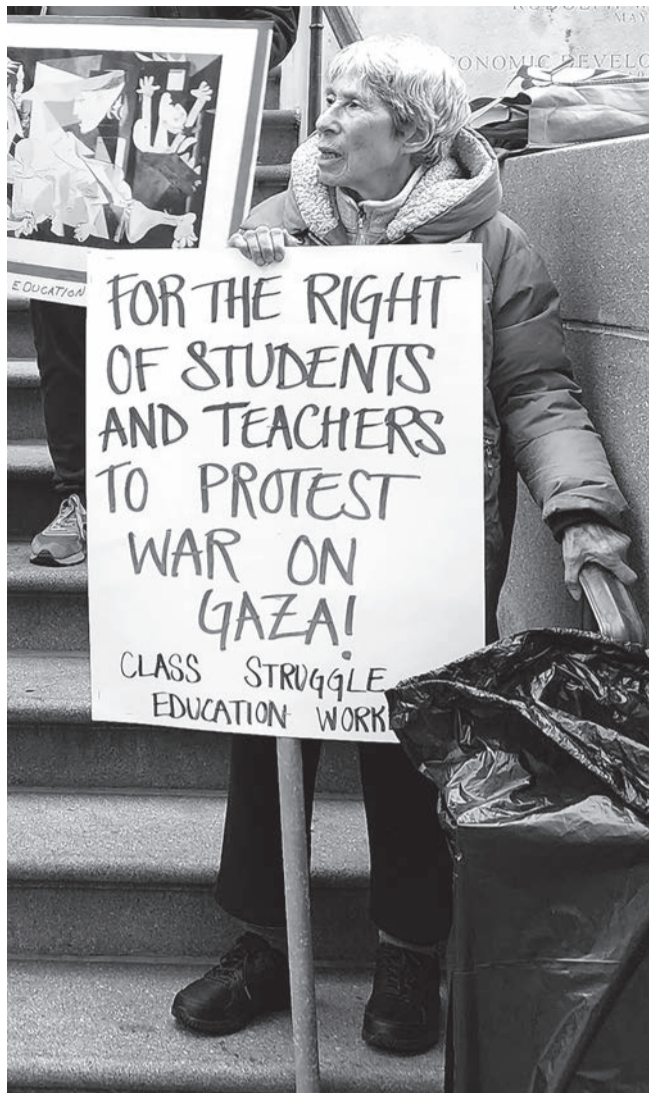
² Als der Neu-Linken *Guardian* auf eine reformistische, maostalinistische Linie einschwenkte und der Herausgeber Jack Smith sich gegenüber dem Kollektiv, das die Zeitung angeblich leitete, selbstherrlich verhielt, streikten Mitglieder des Teams und gründeten anschließend den *Liberated Guardian* mit einer etwas radikaleren (aber immer noch stalinistisch geprägten) politischen Linie.

³ Eine Anspielung auf „Bluestockings“, eine Bezeichnung, mit der in den vergangenen Jahrhunderten weibliche Intellektuelle verunglimpft wurden.

Internationalist



Die Gedenkveranstaltung für Marjorie in New York am 29. Juni 2024.



Marjorie bei einer Demonstration, zu der die Class Struggle Education Workers am 16. November 2023 vor dem Hauptsitz des NYC Department of Education aufgerufen hatten, um gegen die Knebelverfügung des Kanzlers zu protestieren, mit der die Solidarität von Lehrern und Mitarbeitern mit Gaza unterdrückt werden sollte.

In der Zwischenzeit, so fügte sie hinzu, „haben sich die Redstockings und die meisten Frauengruppen um verschiedene Abstufungen antimarxistischer Theorien konsolidiert, um ein durch und durch prokapitalistisches Programm zu rechtfertigen“.

Marjorie war auf dem SDS-Kongress 1969, auf dem sich die Hauptorganisation der Neuen Linken in zwei konkurrierende maoistische Flügel aufspaltete, den der „Dritte-Welt“ Revolutionären Jugendbewegung (RYM) I und II auf der einen Seite und die von der Progressiven Arbeiterpartei angeführte Arbeiter-Studenten-Allianz auf der anderen. Seit ihren Tagen in Washington stand sie in engem Kontakt mit der späteren Weathermen-Fraktion der RYM, obwohl sie deren Politik nicht ganz teilte.

Als sie an die Westküste zog, wurde Marjorie Mitbegründerin von *Tooth and Nail*, einer feministischen Zeitschrift, die zum Organ der Oakland Women's Liberation (O.W.L.) wurde. In ihrem Vortrag 2015 bemerkte Marjorie:

„Diese politische Arbeit wurde bereits von einer früheren Generation revolutionärer Frauen im Vorfeld und nach der Russischen Revolution geleistet – Clara Zetkin, Alexandra Kollontai und andere. Aber diese Arbeit wurde nach der politischen Konterrevolution in der Sowjetunion und der Zerstörung der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki von den Stalinisten systematisch begraben. Wir mussten es wiederfinden.“

„Wir waren nicht zuerst Feministinnen, die für den revolutionären Kommunismus gewonnen wurden. Viele von uns waren zuerst Revolutionäre, die die Notwendigkeit sahen, für die Befreiung der Frauen zu kämpfen, und deshalb für den Feminismus gewonnen wurden – und dann, als einige von uns sahen, was das in der Praxis bedeutete, gingen wir vom Feminismus zum echten Marxismus über.“

„Wir waren nicht zuerst Feministinnen, die für den revolutionären Kommunismus gewonnen wurden. Viele von uns waren zuerst Revolutionäre, die die Notwendigkeit sahen, für die Befreiung der Frauen zu kämpfen, und deshalb für den Feminismus gewonnen wurden – und dann, als einige von uns sahen, was das in der Praxis bedeutete, gingen wir vom Feminismus zum echten Marxismus über.“

Mit der Ausrichtung der Gruppe auf die Arbeiterklasse organisierte Marjorie Telefonistinnen in der Telefongesellschaft (AT&T, die bis in die 1980er Jahre ein Monopol war), viele von ihnen Black-Panther-Frauen. Aber sie durchschaute den defätistischen Sektoralismus des Feminismus, vor allem als einige Telefonistinnen bei einem Streik der (weißen, männlichen) IBEW-Schalterarbeiter Streikbruch begingen. Wie sie erzählte, führte diese Erfahrung dazu, dass sie sich für das Programm der Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution entschied. Die bewussten Frauen in der O.W.L. unternahmen, wie Marjorie es nannte, eine „Entdeckungsreise“, die sie zu Friedrich Engels' Werk *Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* aus dem Jahr 1885 führte, und zu seiner „Entdeckung, dass die Unterdrückung der Frau und das Patriarchat aus der Entwicklung des Privateigentums hervorgegangen sind, und deren Zentrum die Familie ist, die integraler Bestandteil des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems ist.“

Eigentlich war es, wie Marjorie es in ihrem Vortrag 2015 ausdrückte, für diese junge Frauen eine „Wiederentdeckung“:

„Diese politische Arbeit wurde bereits von einer früheren Generation revolutionärer Frauen im Vorfeld und nach der Russischen Revolution geleistet – Clara Zetkin, Alexandra Kollontai und andere. Aber diese Arbeit wurde nach der politischen Konterrevolution in der Sowjetunion und der Zerstörung der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki von den Stalinisten systematisch begraben. Wir mussten es wiederfinden.“

Berufsrevolutionärin

In der Bay Area schloss sich Marjorie der Spartacist League (SL) an, die drei Jahrzehnte lang den revolutionären Trotzkiismus gegen den Verrat des internationalistischen Kommunismus durch den Stalinismus verteidigte, die Politik der konservativen nationalistischen Bürokratie, die die politische Macht im sowjetischen Arbeiterstaat an sich gerissen hatte. Sie half auch beim Aufbau des Militant Action Caucus (MAC) im Bereich Telefon, der von der SL politisch unterstützt wurde. Eine Schlüsselfrage für sie war der Lehrerstreik von 1968 in New York City, über den sie für den *Guardian* berichtet hatte und der sich gegen die Streikmaßnahmen der United Federation of Teachers (UFT) richtete. Sie reiste nach New York, um mit dem Spartacist-Vorsitzenden Jim Robertson zu sprechen, der sie von der Position der SL überzeugte, dass der Streik eine notwendige Maßnahme gegen die arbeiterfeindlichen Bestrebungen des liberalen republikanischen Bürgermeisters und der Ford Foundation war, die die „kommunale Kontrolle“ vorantrieben, um die Schwarzen gegen die Gewerkschaft aufzubringen und das Potenzial für eine Ghetto-Rebellion zu untergraben, indem sie schwarze Kämpfer auf die Gehaltsliste setzten. Die SL verteidigte den Streik, prangerte aber auch die UFT-Führung unter Albert Shanker an, die den Streik in einer Weise führte, die rassistische Einstellungen der Weißen schürte, anstatt ein Programm zur Verteidigung der verarmten schwarzen Gemeinschaft zu verfolgen. Robertsons entscheidende Rolle im Kampf für die Aufrechterhaltung des trotzkistischen Programms über viele Jahre hinweg ist ein wichtiger Teil unserer Geschichte, auf die wir uns heute berufen.

1973 wechselte sie nach New York, um bei der Gründung der zweiwöchentlich erscheinenden Zeitung *Workers Vanguard* (WV) der SL mitzuwirken. Marjorie arbeitete weiter bei der Telefongesellschaft, wo sie die New Yorker Niederlassung des MAC gründete und die erste (weibliche) Schalttechnikerin in New York wurde. Sie war Journalistin und später Mitglied der Redaktion von WV, von Jan Norden geleitet, der ihrem Partner wurde, mit dem sie zusammen 50 Jahre lang durch dick und dünn kämpfte. Gemeinsam bildeten sie den Kern eines lebendigen Kollektivs, das oft intern unter Beschuss stand und WV 23 Jahre lang als führende Publikation der Spartacist Tendency herausgab, welche von vielen als die beste linke Zeitung in den USA zu jener Zeit angesehen wurde. 1985 rief der New Yorker Sender der Pacifica-Radiogruppe, WBAI, den „ersten jährlichen ‚Emma‘-Preis für die amerikanische linke Presse“ aus und erklärte *Workers Vanguard* als den eindeutigen Sieger und beschrieb es als „das verrückteste,

lebendigste, humorvollste, bösartigste, intelligenteste und starrköpfigste der links-sektiererischen Organe“. Wir haben natürlich jedes Wort davon als Kompliment aufgefasst.

Marjorie war auch eine der wichtigsten öffentlichen Sprecher der SL, Mitglied ihres Zentralkomitees und ihre Kandidatin für die Landesversammlung 1978 im 64. Wahlbezirk, das Manhattan's Downtown-Distrikt Greenwich Village, Ost und West, umfasste. Im Gegensatz zum sozialdemokratischen Wahlsystem, bei dem gewählte Funktionäre die politischen Positionen ihrer Partei einfach ignorieren, unterzeichnete Marjorie gemäß leninistischer Praxis eine undatierte Rücktrittserklärung von ihrem Amt, die eingereicht werden sollte, falls sie das spartakistische Programm nicht umsetzen würde. Die Bolschewiki kandidieren bei bürgerlichen Wahlen in erster Linie als Plattform für ihr revolutionäres Programm. Marjorie rief in ihrer Kampagne zum „Sozialistischen Kampf zur Rettung New Yorks“ auf. Zu dieser Zeit sahen weite Teile der Stadt aus wie zerbombte Kriegsgebiete, weil Vermieter ihre eigenen Gebäude niederbrannten, um Versicherungsgelder zu kassieren. Marjorie erhielt 3,2 % der Stimmen, ein gutes Ergebnis für eine linke Kandidatin, und die Lokalpresse berichtete ausführlich über ihr Programm.

Marjorie kandidierte 1985 erneut, diesmal für das Amt des Bürgermeisters von New York City, gegen den rassistischen Demokraten Ed Koch. Der zentrale Wahlkampfslogan lautete: „Von Soweto bis Harlem: Zerschlagt den rassistischen Terror!“ Die Parole knüpfte damit an den Aufstand in den verarmten Townships Südafrikas gegen das Apartheidregime der weißen Vorherrschaft an, das den Schwarzen jegliche Rechte verweigerte und ihre Arbeitskraft der Superausbeutung unterwarf. In New York war die Polizei (NYPD) indessen auf einem mörderischen Feldzug gegen Schwarze und setzte „Koch's Killer Kuts“ durch, wie es auf einem Protestschild gegen die Schließung eines Krankenhauses in Harlem hieß. 1983 töteten „Kochs Kosaken“ den 25-jährigen Michael Stewart, weil er Graffiti an eine U-Bahn-Wand geschrieben hatte. 1984 töteten sie eine Großmutter aus der Bronx, Eleanor Bumpurs, in ihrer Wohnung, als sie sich gegen eine Zwangsäumung wehrte. Inmitten von Ronald Reagans antisowjetischem Kreuzzug des Kalten Kriegs verkündete Marjorie's Kampagne, „Wir sind die Partei der Russischen Revolution“. In einer Rede auf WLIB, dem führenden schwarzen Radiosender in New York, erklärte sie: „Der KKK reitet nicht in Moskau.“

Marjorie betonte stets die zentrale Bedeutung des Kampfes gegen die rassistische Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung. Nachdem der Ku-Klux-Klan und Nazis 1979



Marjorie war eine Pionierin der Frauenbefreiungsbewegung in den 1960er Jahren. In einem Vortrag zum Thema im Oktober 2015 erläuterte sie, wie sie und andere das Werk von Friedrich Engels und die Geschichte der kommunistischen Frauen im frühen 20. Jahrhundert wiederentdeckten. Einige Wochen später sprach sie bei einer Demonstration (Bild oben), einen Tag nach einem tödlichen Überfall auf eine Abtreibungsklinik in Colorado.

Oktober-Dezember 2024



Marjorie und Jan in den 1980er Jahren. Jan schrieb in der Nacht, in der sie starb, an ihre Genossen: „Sie war die Liebe meines Lebens, meine Kampfgenossin, meine compañera und Freundin für immer, die mich auch morgen noch inspirieren wird, so wie sie es gestern getan hat und schon seit Jahren.... Ich bin sicher, dass viele andere Genossinnen und Genossen diesen Verlust ebenfalls tief empfinden.“

The new feminism

'You've come a long way, baby'

By Margie Stenberg

First of a series

In New York, as in hundreds of places across the country, a new feminism is exploding, ignited by a pattern of continuous oppression, whose origin dates back to prehistory. There are scores of feminist groups here, ranging from radical political discussion groups to single-issue organizations to militantly separatist action groups.

The groups are basing that if a woman is oppressed with oppression, if she behaves differently, she is acting as she should, for possession of these skills is necessary to her survival. She is exploited by a capitalist system and a patriarchal family system whose mythology is institutionalized male supremacy. She is oppressed not only by these two interlocking systems, but by men as a whole, who benefit from her condition. Women organizing for change are suspicious of a world history created and written by men, and are unwilling to have the new movement's energy channelled or diffused by a male-made movement for social change.

Defining oppression

"All of leftist thinking must be rethought in terms of the oppression of women," says Ellen Willis, a member of Redstockings, a new action group. Although the feminist movement has been healthy with ideological struggle, there are few in women's liberation who would disagree with her on this point.

"In order to be liberated, a man must be aware that he is oppressed," said Herbert Marcuse in "One Dimensional Man." "Consciousness-raising groups, document and define patterns of oppression. Long live the revolution!"

psychiatric papers, sexual frustration and to share target demonstrations and projects. Newsrooms are so easy and theoretical development so rapid that most groups have found themselves unable and unwilling to absorb new members. Groups are now experimenting with ways of bringing in new members.

In the intensely clinical consciousness-raising groups, "personal experience" reveals its political base. Any woman who has taken part in such a group will testify to the exhilaration that comes from understanding she is not sick, but oppressed. This is the first step; ratiocitations are so vast that it leaves even the most committed women wondering how far they are prepared to go.

"The influence of Freud has held the movement back for many years," says Kate Millet, a member of many of the groups. "His description of women as masochistic and masochistic, his diagnosis of aggressiveness being penis-envy, is simply a description of the way women are in a patriarchy. The penis-envy analysis confuses society and anatomy. White supremacy has a symbol-impregnated skin. The symbol of male supremacy is the penis."

"To be really militant for any movement means to threaten," says Shulamith Firestone, of Redstockings. "Consciousness-raising is therapeutic and alleviates oppression somewhat. But if the movement becomes really militant, to the point where people throw bombs at you, call you bastards, where you turn off the lights, where you won't be cute or popular any more, where you may be in for many years of loneliness, the problem with our movement now seems less to me a question of ideology, but more a terror of carrying it to its logical conclusion. I think this explains why leadership is continuously

Guardian

In 1967 the wage scale for women was lower than that of black men. In 1967, white males earned an average \$6704, nonwhite males, \$4177, white females, \$3991, nonwhite female, \$2861.

'Control' over money

Some people argue that women have control over money because they spend it. They may choose between Baby and Alka, but their access to money is delegated.

"To assume that women have financial power because they control the purse strings is to assume that a man has power because he carries the money to the bank," says Ellen Willis.

"The identification with class is vicious," according to Kate Millet. A woman takes on the class of her father or husband and may take on his cultural values. She can and does get kicked out, abandoned, divorced, and she will then enter the working class. In the U.S., only 2% of people who were over \$10,000 a year are women.

"That the real issue is patriarchy. All historical cultures have this in common. We are various members of society and we are governed at home. That is why the vote was such an issue, and as far as I'm concerned, 70 years were wasted on the idiot ballot."

"In 'The Origins of the Family, Private Property and the State,' now being reprinted in women's groups all over the country, Engels traces the origins of male supremacy.

"The establishment of the exclusive supremacy of the man shows its effects first in the patriarchal family. Its essential characteristic is the organization of a number of persons — into a family under paternal power, for the purpose of holding property."

"The monogamous family is based

nistische Tradition" analysierte. Ihr Vortrag wurde in *Young Spartacus* (Mai und Sommer 1982), der Zeitung des Spartacus-Jugendverbandes, als Artikel veröffentlicht. Wir werden diesen wichtigen Artikel wiederveröffentlichen. 1985 reiste Marjorie im Rahmen unserer „Nicabucks“-Kampagne zur Sammlung von Geld für die Verteidigung des belagerten mittel-

amerikanischen Landes gegen die von den USA eingesetzten „Contras“ (konterrevolutionäre Kräfte) nach Nicaragua.

Anfang 1990 ging Marjorie in die Deutsche Demokratische Republik (DDR) im Rahmen der umfassenden Bemühungen unserer Internationalen Kommunistischen Liga (IKL, der Name, den die internationale Spartakist-Tendenz 1989 angenommen hatte) gegen die Annexion des bürokratisch deformierten ostdeutschen Arbeiterstaats durch das imperialistische Westdeutschland. Sie kehrte nach New York zurück, um *WV* zu produzieren, während Norden unser tägliches Nachrichtenblatt in Berlin herausgab. Die kühne Mobilisierung der IKL war das erste Mal, dass Trotzlisten in einem stalinistisch beherrschten Staat einen offenen Kampf führten, und war eine bedeutende Errungenschaft der Spartakist-Tendenz. Nach der Konterrevolution hielt Marjorie 1991 im Kulturzentrum der Leuna-Raffinerie einen Vortrag, in dem sie darauf hinwies, dass ostdeutsche Frauen durch die kapitalistische Wiedervereinigung viele Rechte verloren hatten, und anhand ihrer eigenen Erfahrungen in den USA erklärte, wie der Feminismus einem echten Kampf gegen die in der Familie verwurzelte Unterdrückung der Frau entgegenstand.

1993 reiste Marjorie nach Kuba, als die Insel durch den Abbruch der sowjetischen Hilfe nach der Konterrevolution in der UdSSR erschüttert wurde. Nach ihrer Rückkehr von dieser Reise wurde sie beim Betreten der Büros der SL gefragt, ob Kuba der Konterrevolution widerstehen würde. Sie antwortete, dass dies

nach dem, was sie gesehen hatte, der Fall sein würde — was zu einer Kampagne innerhalb der SL führte, in der ihr vorgeworfen wurde, „weich gegenüber dem Stalinismus“ zu sein. Wenig später wollte der Parteivorsitzende Robertson, dass *WV* schreiben sollte, der deformierte kubanische Arbeiterstaat werde „in den warmen Wellen der Karibik versinken“. Marjorie und Jan weigerten sich. Dreißig Jahre später ist Kuba immer noch flott, und die *Gusano*-Konterrevolutionäre werden immer noch in Schach gehalten. Aber wie Marjorie in einem Forum, das sie an der Howard University in Washington zum Thema „Schwarze und die kubanische Revolution“ hielt, sagte: „Der lateinamerikanische Anti-Yankee-Nationalismus oder der schwarze Nationalismus



Workers Vanguard

Marjorie kandidierte 1978 für Spartacist zum New York State Assembly (Abgeordnetenversammlung des Bundesstaats New York), um das revolutionäre Programm zu präsentieren.

Marjorie schrieb eine Reihe von Artikeln über „The New Feminism“ im *Guardian*, die großen Einfluss hatten, den Widerstand innerhalb der Neuen Linke gegen die Frauenbefreiungsbewegung zu brechen.

in Greensboro, NC, Linke massakriert hatten, spielte sie eine wichtige Rolle bei der Entfaltung von SL-geführten Massenaktionen von Arbeitern und Schwarzen, die den KKK jahrelang aus dem Norden fernhielten. Als der KKK 1980 drohte, nach Detroit zu gehen, reiste sie dorthin, um bei der Organisation einer Mobilisierung schwarzer Arbeiter unter der Losung „The Klan Won't Ride in Motor City“ (der Klan wird in der Autostadt nicht reiten) zu helfen. Im Jahr 1982, als die verummumten Faschisten ankündigten, in die Hauptstadt zu kommen, setzte sie sich dafür ein, dass die Partei Aktionen initiiert, um sie zu stoppen. Als dies zunächst abgelehnt wurde, weil die SL dort keine Ortsgruppe hatte, überwand ihre Hartnäckigkeit die anfänglichen Einwände. Am 27. November 1982 brachte die SL mit ihrer „Labor/Black Mobilization to Stop the KKK in Washington, D.C.“ 6000 entschlossene Demonstranten auf die Straße, darunter eine Nat-Turner-Brigade schwarzer Werft- und Marinearbeiter aus der Gegend von Norfolk, Virginia, die die Straßen übernahmen, während sich die Nachtreiter davonschlichen.

Marjorie kämpfte gegen die Konterrevolution, überall wo sie sich erhob. 1981 demonstrierte sie mit der SL vor dem Büro der UFT und prangerte deren Rolle als Kanal für die CIA-Finanzierung der nationalistischen, antikommunistischen Solidarność-Bewegung in Polen an. Als die überwältigende Mehrheit der Linken „Solidarität mit Solidarność“ proklamierte, hielt Marjorie einen bahnbrechenden Vortrag mit dem Titel „Hoch Rosa Luxemburg“, in dem sie „Polens kommu-



Marjorie nahm am 26. März 1966 an der Friedensparade auf der Fifth Avenue in New York City teil. Sie gehörte zum Kontingent des Komitees zur Unterstützung der Nationalen Befreiungsfront von Südvietnam.

Marxistische Pädagogin

Nach den bürokratischen Ausweisungen zauderte Marjorie nicht. Sie schlug den Namen „Internationalist“ für unsere neue Organisation und Publikation vor, da er unsere Ziele auf klare, einfache, verständliche Weise zusammenfasste. Im Alter von 51 Jahren mit einer winzigen Gruppe von vier Genossen (Marjorie, Jan, Socorro und Negrete) noch einmal ganz von vorne anzufangen, ist nicht einfach, aber es war ihr Lebenswerk. Sie ging arbeiten am New York University Medical Center, um die Studiengebühren an der NYU Steinhardt School of Education zu bezahlen, und 1999 begann sie dann eine zweite Karriere als Lehrerin an Schulen der Stadt New York.

Jetzt gab es neue Herausforderungen. Marjorie verglich das Unterrichten mit einem Broadway-Stück, bei dem man fünf Tage pro Woche auf der Bühne steht, das neun Monate lang läuft und Jahr für Jahr fortgesetzt wird, mit einem täglich wechselnden Skript und einem Publikum, das Widerrede hält. Außerdem mussten

waren nicht in der Lage, eine revolutionäre Antwort auf den Kampf der Schwarzen zu geben“ und „nur durch eine sozialistische Revolution können die Schwarzen emanzipiert und vollständig in eine egalitäre Gesellschaft integriert werden“, indem der Kampf auf die USA ausgedehnt wird.

Die vom Imperialismus angeführte Zerstörung der Sowjetunion, des ersten Arbeiterstaates in der Geschichte — gegründet von den Bolschewiki unter der Führung von Lenin und Trotzki und verraten von Stalin und seinen Erben — hat einen Großteil der westlichen Linken vernichtet. Viele, die sich selbst als Kommunisten bezeichnet hatten, benannten sich in Sozialisten um, ehemalige Sozialisten wurden zu „progressiven“ Gewerkschaftsbürokraten, und viele Organisationen machten ihrer Laden dicht. Die Spartakist-Tendenz, die gegen die Konterrevolution in der DDR und der UdSSR kämpfte, war gegen diesen Defätismus nicht immun, aber er

drückte sich anders aus, nämlich durch einen Rückzug vom Klassenkampf. In den Jahren 1995-96 gab es einen jahrelangen internen Kampf gegen ihr Abdriften in den Abstentionismus — der sich scharf gegen die Arbeit der Organisation in Deutschland richtete —, was im Juni 1996 zur Desertion der IKL unter Beschuss im Kampf für Verdrängung der Polizei aus der kommunalen Arbeitergewerkschaft in Brasilien „Stahlstadt“ Volta Redonda führte. Anfang desselben Monats wurden Marjorie und Jan aufgrund erfundener Anschuldigungen aus der SL/IKL ausgeschlossen.

No. 18 SPRING 1979

Women and Revolution

Journal of the Women's Commission of the Spartacist League

Stamberg: "Consistent Feminism Leads to... Strikebreaking"

[Reprinted from *Workers Vanguard* No. 218, 3 November 1978.]

On Tuesday, October 24, Marjorie Stamberg, the Spartacist Party candidate for New York state assemblyman in the 64th A.D., was interviewed and talked with listeners for approximately two hours on the "Round Midnight" radio show broadcast by WBAI. In response to a question on the Spartacist attitude toward feminism, from a listener who identified himself as a supporter of the Socialist Workers Party, Stamberg answered:

We believe that the sex line is not the fundamental division in society—the class line is. We have forged our work in the women's movement by fighting against the strategy of feminism and to link the fight against the oppression of women to the workers movement. Let me give you some examples of this. You see I spent many years in the women's movement myself and I considered myself a feminist for many years, and part of my being won to a Trotskyist program had to do with my experiences trying to organize working-class women to a feminist strategy...

New York City, 4:00 a.m.: 10 phone lines of radio station WBAI are jammed.

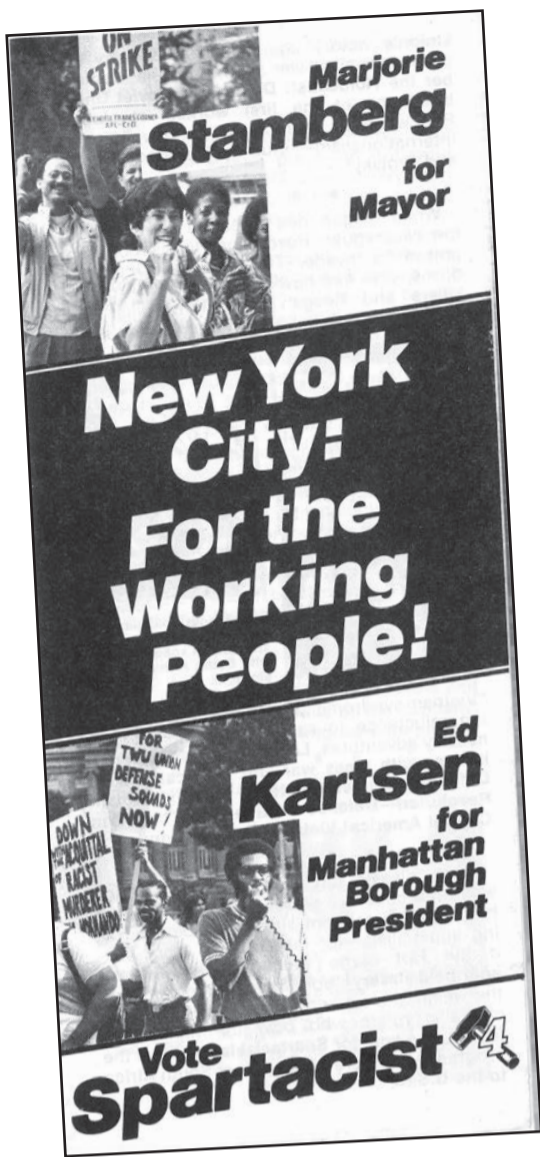
these political questions out with the Militant Action Caucus and we really came to no decision for quite a while until the class struggle heated up in 1971. Then there were a series of strikes against the phone company and we were able to test our strategy out in action against the revolutionary strategy of the Spartacist League and the class-struggle politics of the Militant Action Caucus MAC.

So here's a couple of things that happened. The key thing that won me in that struggle away from feminism was that shortly before the CWA strike in the summer of 1971 the IBEW, which was composed mainly of male workers in the phone company, went out on strike and we were faced with a strange phenomenon. We saw that many of the women that my friends and I had recruited to women's consciousness-raising groups in fact crossed the picket line of the male workers, of the IBEW, using all

Interview mit Marjorie in *Women and Revolution*, der Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League, Nr. 18 (Frühjahr 1979), in dem sie über ihre Erfahrungen bei der Organisation von Telefonarbeiterinnen in Oakland und die Schlussfolgerungen, die sie daraus zog, berichtet.

18

Permanente Revolution



Marjories Wahlkampfbroschüre als Spartakist-Kandidatin für das Amt des Bürgermeisters von New York im Jahr 1985.

sie und ihre Kollegen sich mit geistbetäubenden Ordnungen herumschlagen, die angeblich die Effektivität der Lehrer messen sollten und die sich fast jedes Jahr änderten, mit einer lähmenden Bürokratie im New Yorker Bildungsministerium (Department of Education, D.O.E.) und mit der erschöpfenden Arbeit, junge Menschen zu unterrichten, während sie die schwierige Zeit des Erwachsenwerdens durchlaufen. Marjorie unterrichtete Englisch als Zweitsprache (ESL), heute ENL (English as a new language) genannt, zunächst in der High School und ab 2008 in einem Programm für junge Erwachsene zwischen 17 und 21 Jahren. Außerdem gab sie ein Jahrzehnt lang Englischkurse auf Universitätsniveau am Hunter College und in den Sommermonaten



Marjorie setzte sich nachdrücklich für die von der Spartacist League organisierte Mobilisierung von Arbeitern und Schwarzen ein, um den Ku-Klux-Klan in Washington, D.C., zu stoppen. 6000 entschlossene Demonstranten gingen in November 1992 auf die Straße, samt einem Kontingent von Hafnarbeitern und Schiffsbauern vom Marinestützpunkt Norfolk, Virginia, und haben damit einen Aufmarsch der vermumten Nachtreiter in der Hauptstadt der USA verhindert.

an der NYU, später dann in der Erwachsenenbildung am D.O.E.

Bald nachdem Marjorie ihre Lehrtätigkeit aufgenommen hatte, begann die IG, Artikel über Bildung zu veröffentlichen. Ein Artikel aus dem Jahr 2001 mit dem Titel „Defeat the Capitalist Onslaught Against Public Education!“ (Zerschlagt den kapitalistischen Angriff auf das öffentliche Bildungswesen) legte dar, wie die Demokratische Partei mit Hillary Clinton an der Spitze die Privatisierung und Korporatisierung der öffentlichen Schulen befürwortete und die „Reform“ des Bildungswesens vorantrieb, um der Wall Street zu gefallen. Sie erklärte auch die Ursprünge der UFT-Führung in der antikommunistischen Sozialdemokratie von Max Shachtman, einem Abtrünnigen vom Trotzismus, der zum Imperialismus überlief. (UFT-Gründer/Führer Albert Shanker war ein Anhänger von Shachtman, dessen Frau, Yetta Barsh, Shankers langjährige Assistentin war.)

Eine Sonderbeilage, „Marxismus und der Kampf um die Bildung“, enthielt auch Materialien aus der frühen Sowjetrepublik, als die Bolschewiki eine Revolution im Bildungswesen einleiteten und die Diktatur der Schulverwalter und ihrer kapitalistischen Chefs durch die Kontrolle der Schulen durch Lehrer, Schüler, Arbeiter und Eltern ersetzten. Neben „Über die Klassenschule“ von Anatoli Lunatscharski, dem Bildungsminister von 1917 bis 1929, und zwei

Aufsätzen von Nadeschda Krupskaja über das öffentliche Bildungswesen und sozialistische Schulen (in denen sie erklärt, dass es einer sozialistischen Revolution bedarf, um eine gründliche Bildungsreform zu verwirklichen), enthielt sie einen Bericht von John Dewey über eine Reise in die UdSSR im Jahr 1927, wo er sah, wie sein Programm der „Arbeiterschulen“, die Bildung und soziales Leben miteinander verbinden sollten, in die Tat umgesetzt wurde, bevor es von Stalin unterdrückt wurde.

Im Dezember 2001 nahm Marjorie am Hunter College an einer von der IG initiierten Einheitsfrontkundgebung teil, um die „Kriegssäuberung“ von Studenten ohne

Papiere durch die Erhöhung ihrer Studiengebühren zu stoppen, welche die City University of New York in der Atmosphäre der repressiven Hysterie nach den Anschlägen vom 11. September 2001 durchzusetzen versuchte. Im Jahr 2002 verteilte sie an die UFT-Delegiertenversammlung Flugblätter mit einer Resolution, in der sie u. a. die Lehrkräfte aufforderte, sich mit einem drohenden Streik der Transport Workers Union zu solidarisieren, indem sie die Lehrkräfte u.a. dazu aufforderte, „ihre Klassen zu den TWU-Streikposten zu bringen, um den Studenten eine Ausbildung im Klassenkampf zu bieten“.

Im Jahr 2003, als die US-Invasion und Besetzung den Irak verwüsteten, schrieb Marjorie eine Abhandlung zum Thema „Teaching English as a Second Language in a Climate of War“ (Englisch als Zweitsprache unterrichten in einem Klima des Krieges), in der sie die verlogene Kriegspropaganda (erfundene irakische Massenvernichtungswaffen) aufspießte, die von der Regierung und den Medien verbreitet wurde, und die Angst anprangerte, die durch repressive Gesetze wie den U.S.A. PATRIOT Act geschürt wurde. Sie präsentierte das Papier auf dem nationalen TESOL-Kongress (Teachers of English to Speakers of Other Languages) in Long Beach, Kalifornien, und später auf dem TESOL-Kongress des Bundesstaates New York. Im Jahr 2005 kritisierte sie den UFT-Vertrag mit dem D.O.E., der im Gegenzug für eine Gehaltserhöhung das Recht auf Versetzung nach Dienstalter bei Schulschließungen aufgab, und schrieb ein Flugblatt, in dem sie die Verhaftung muslimischer Schülerinnen und Schüler durch die Einwanderungspolizei anprangerte.

Am 14. Juni 2006 kam es im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca zu einem Ausbruch des scharfen Klassenkampfes, als sich die Lehrer angesichts eines tödlichen Polizeiangriffs auf ihr *plantón* (Protestcamp) in der Hauptstadt des Bundesstaates erhoben. Die Lehrer lösten einen halbaufständischen Kampf aus, der von indigenen Menschen und Arbeitern unterstützt wurde. Sie vertrieben die Polizei, die Gerichte und alle Regierungsbehörden aus der Stadt Oaxaca, umzingelten den Landtag und legten ihn lahm, blockierten Autobahnen und den Flughafen und schnitten den Staat für fünf Monate von der Außenwelt ab. Am selben Tag riefen Marjorie und die Internationalist Group zu einem Solidaritätsprotest vor dem mexikanischen Konsulat in New York auf. Einige Wochen später reisten sie und Genossen der mexikanischen Grupo Internacionalista nach Oaxaca, wo sich die Streiken-

den überschwänglich bei der New Yorker Lehrerin bedankten, die entscheidend dazu beigetragen hatte, ihren Kampf bekannt zu machen.

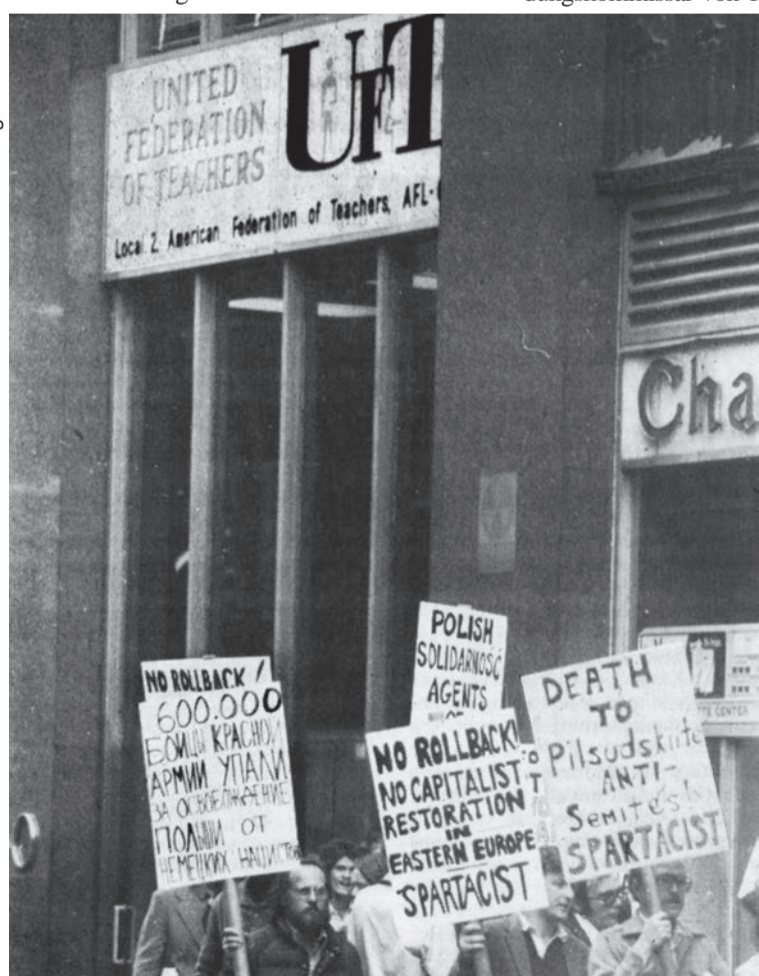
Die Verteidigung der ATRs

Zurück in den USA erfreute sich Marjorie daran, ihre immigrierten Schüler zu unterrichten, von denen die meisten gerade erst angekommen waren. Sie war inspiriert durch deren Aufregung, als sie ihren ersten Schnee sahen, und erstaunt, dass sie ihre Lehrerin respektierten. („Sie hatten das Memo nicht bekommen“, bemerkte sie.) Es war eine Herausforderung, denn die Spanne reichte von einigen Schülern, die fast keine formale Bildung hatten (und manchmal keine Muttersprache in Schrift) bis hin zu anderen, die in ihren Heimatländern ein Abitur gemacht hatten, das in den USA nicht anerkannt wird. Die Verwaltung des D.O.E. erkannte bald, dass sie eine hervorragende Lehrerin war und bat sie, Mentorin zu werden. So reiste sie einige Jahre lang zu Schulen in Queens, um neuen Lehrern zu helfen. Viele blieben im Laufe der Jahre in Kontakt und sagten, wie sehr sie ihre Unterstützung schätzten. Aber sie empfand es als eine halbe Managementposition – sie musste sogar einen Anzug tragen – und beschloss, wieder zu unterrichten. „Wer braucht die Anzugträger?“ – die Bürokraten des D.O.E. – sagte sie dann. „Wir sind diejenigen, die unterrichten. Wir sollten entscheiden.“

Im Frühjahr 2007 kehrte Marjorie in den Unterricht zurück. Sie wurde an der ASHS (Auxiliary Services for High School) eingestellt, als das D.O.E. gerade beschloss, dieses Modellprogramm, das Schüler auf die Highschool-Eignungsprüfung vorbereitete, aufzulösen. Im Zuge der chaotischen Umstrukturierung des alternativen Schulbezirks D79 wurden Hunderte von Lehrern „überflüssig“ gemacht. Aufgrund einer Klausel im Vertrag von 2005 konnten sie nicht entlassen werden – stattdessen wurden mehr als 250, die keinen Schulleiter fanden, der sie einstellen wollte, in die „Lehrer-Abwesenheitsreserve“ (ATR) abgeschoben. Marjorie und die Leiterin der UFT-Sektion ASHS, Roz Penepento, starteten eine Petition und eine Medienkampagne, um sie wieder ins Klassenzimmer zu bringen. Als ASHS durch „GED Plus“ ersetzt wurde, kandidierte Marjorie für den Vorsitz der Ortsgruppe und verlor knapp, da die Bürokratie des UFT Unity Caucus sich verweigerte, ihr eine Liste der Ortsgruppenmitglieder oder auch nur der 80 Standorte, an denen sie unterrichteten, bis etwa einen Tag vor der Wahl auszuhändigen.

Bis 2008 verschlimmerte sich die unerträgliche Situation der „überzähligen“ D79-Erzieher. Mittlerweile waren es 1400 im Pool. Einmal mehr gab Marjorie nicht auf. Sie rief zu einem stadtweiten Treffen der ATRs auf und startete erneut eine Petitionskampagne, in der sie die Gewerkschaft aufforderte, die Einstellung der ATRs zu fordern, und sammelte Hunderte von Unterschriften aus über 103 Schulen aus der ganzen Stadt. Zusammen mit anderen Aktivisten initiierte sie ein Ad-hoc-Komitee zur Unterstützung der ATRs und verfasste einen Antrag, der von der Delegiertenversammlung tatsächlich angenommen wurde, für eine UFT-„stadtweite Kundgebung ... und Aufforderung an das New York City Bildungsmin-

Workers Vanguard



Protest der Spartacist League vor dem Hauptsitz der United Federation of Teachers, September 1981, gegen die Rolle der UFT bei der Weiterleitung von Millionen von CIA-Dollars an die polnische nationalistische antikommunistische Solidarność-Bewegung.



Nach ihrer Rückkehr von einer Reise nach Kuba im Jahr 1993, mitten in der Krise, die durch die Konterrevolution, die die Sowjetunion zerstörte, ausgelöst wurde, hielt Marjorie an der Howard University einen Vortrag über die Geschichte und die aktuelle Lage der schwarzen Bevölkerung in Kuba.

Workers Vanguard

terium, die Klassengrößen zu reduzieren und allen Lehrern in der Abwesenheitsreserve, die es wünschen, Stellen zuzuweisen, bevor neue Lehrer eingestellt werden.“ Dies erschreckte die Spitzen der UFT und des D.O.E. so sehr, dass sie am Tag vor der Kundgebung, am 24. November, in aller Eile eine Nebenvereinbarung unterzeichneten. Doch anstatt die ATR-Lehrkräfte in Festanstellungen zu übernehmen, wurden lediglich finanzielle Anreize für Schulleiter geschaffen, sie einzustellen.

Die Gewerkschaft kündigte dann eine Wein- und Käseparty in den UFT-Büros an, zur gleichen Zeit wie die Kundgebung, um diese leere Vereinbarung zu feiern, und schickte Mitarbeiter aus, um die Leute vom Protest abzulenken. Es hat nicht funktioniert. Rund 300 Lehrer und Unterstützer kamen zu der vom Ad-hoc-Ausschuss organisierten Einheitsfrontdemonstration, der größten Oppositionsveranstaltung seit Jahren. Die Menge war wie elektrisiert. Marjorie war als UFT-Mitglied und offizielle Haupt-Sprecherin für die kurz zuvor gegründeten Class Struggle Education Workers (CSEW) eine der Hauptrednerinnen. Sie bestand darauf, dass der Kampf für die ATRs weitergehen müsse, da man der UFT-D.O.E.-Vereinbarung nicht trauen könne. Aber sie blieb nicht dabei stehen.

Marjorie prangerte die Kontrolle durch den Bürgermeister an und erhob die Forderung nach Lehrer-Schüler-Eltern-Arbeiter-Kontrolle der Schulen. Sie prangerte die Gewerkschaftsbürokraten, mit der berühmten Formulierung des Sozialisten Daniel De Leon, als Leutnants des Kapitals an, die als Transmissionsriemen für die Bosse fungieren, insbesondere über die Demokratische Partei. Während die Regierung die Banken rettete (das war auf dem Höhepunkt der Wall-Street-Krise 2007-08), stünden den Erziehern große Kämpfe bevor, und sie müssten sich mit allen Arbeiterorganisationen in New York City verbünden und sich darauf vorbereiten, gegen das Taylor-Gesetz des Bundesstaates New York vorzugehen, das Streiks im öffentlichen Sektor verbietet. Sie warnte davor, sich Illusionen in den neu gewählten Präsidenten Barack Obama zu machen, der als Demokrat die Kriege in Afghanistan und im Irak fortsetzen wolle, während es erforderlich sei, diese Kriege zu zerschlagen. Und sie schloss mit den Worten: „Wir brauchen eine Arbeiterpartei, wir brauchen eine Arbeiterregierung.“

Angesichts der Größe und Energie der Kundgebung tauchte gegen Ende Randi Weingarten mit einem Gefolge auf, um mit ihrem Hinterzimmer-Deal hausieren zu gehen. Als Marjorie ihr antworten wollte, weigerte sich die AFT/UFT-Chefin, das Megaphon aus der Hand zu geben, bis Leute, die „Lasst Marjo-

rie reden“ riefen, sie zum Einlenken zwangen. Tatsächlich wurden in den nächsten Jahren nur 16 Lehrer aus dem ATR aufgrund der Anreize in der Nebenvereinbarung Stellen zugewiesen. Stattdessen wuchs der ATR-Pool bis 2014 auf fast 1700 Lehrkräfte an. Während die Presse der Bosse (nicht nur die lehrerfeindliche *Post*, sondern auch die *New York Times*) die ATRs als Schnorrer bezeichnete, die herumsitzen und „nichts tun“, agitierte Marjorie weiter für Gewerkschaftsaktionen, um ihre Einstellung zu fordern. Das ATR endete erst mit dem pandemiebedingten Lehrermangel im Jahr 2021, als das D.O.E. diese qualifizierten, erfahrenen Pädagogen endlich unterrichten ließ.

Was für eine Opposition gegen die Gewerkschaftsbürokratie?

Marjories Kritik an Obama und den Demokraten auf der ATR-Kundgebung im November 2008 verärgerte eine Reihe von Reformisten und Liberalen in der Menge. In der Folgezeit kam es zu einem heftigen Streit darüber, welche Art von Opposition erforderlich sei. Marjorie, die für die CSEW sprach, rief zu mehr Einheitsfrontaktionen, wie am 24. November auf, bestand aber darauf, dass, um den prokapitalistischen Unity-Caucus zu besiegen, „wir eine Führung brauchen, die auf einem klassenkämpferischen Programm basiert, und das ist es, was wir jetzt aufbauen müssen“. Andere wollten einen alle und alles einschließenden Oppositionsausschuss, der alle verschiedenen Gruppierungen trotz ihrer sehr unterschiedlichen Programme und Strategien zusammenbringt. Marjorie erwiderte, dass ein Mega-Caucus nur zu Mega-Verwirrung führen würde, und dass dieser ein Programm des kleinsten gemeinsamen Nenners haben würde, das nur auf einfache Gewerkschaftsarbeit beschränkt sein könnte:

„Aber einfache Gewerkschaftsarbeit ist in dieser Zeit, in der die Werktätigen auf breiter Front angegriffen werden, in der jede gewerkschaftliche Errungenschaft weggenommen wird, unmöglich. In dieser Zeit des kapitalistischen Verfalls ist Reformismus eine Sackgasse: Wenn man nicht bereit ist, das System als Ganzes zu bekämpfen, ist man zum Scheitern verurteilt....“

Es muss eine ernsthafte Diskussion über die Geschichte und die Zukunft dieser Gewerkschaft geführt werden, vom ‚AFL-CIA‘- ‚State Department-Sozialisten‘ (‚Staatsministeriums-Sozialisten‘) Albert Shanker bis zu seinen Möchtegern-Nachahmern der vierten Wiedergeburt.... Da wir über jede Angelegenheit sozialer Gerechtigkeit kämpfen, müssen wir deren Wurzeln im kapitalistischen System als Ganzes verstehen und dagegen kämpfen. Deshalb rufen wir zu einer klassenkämpferischen Arbeiterpartei auf.“

– „Nach dem 24. November...“ (2. Dezember 2008)

Aus der „großen vereinten Fraktionen“ („One-Big-Caucus“-)Gruppe ging die Grassroots Education Movement (Graswurzel Bildungsbewegung) hervor, aus der einige Jahre später die Movement of Rank-and-File Educators (M.O.R.E.) (Bewegung der Basispädagogen) hervorging.

Die ATRs waren nur eines der Themen, um die Marjorie kämpfte. Im Frühjahr 2009, als Obama die „Leistungsvergütung“ für Lehrkräfte vorantrieb, versuchte Weingarten, diese zu entschärfen, indem sie vorschlug, dass jeder Lehrer einen Bonus von 3.000 Dollar erhalten sollte, wenn die Testergebnisse der Schüler an einer Schule steigen. Marjorie prangerte dies als eine Softcore-Version der gewerkschaftsfeindlichen Agenda der „Leistungsvergütung“ an und brachte die Lehrer von GED-Plus dazu, gegen den Vorschlag zu stimmen. Es ist keine Kleinigkeit, eine Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder dazu zu bringen, ein Bestechungsgeld von 3.000 Dollar abzulehnen, aber sie hat es geschafft. Letztendlich ging dieser Trick ins Leere. Als Marjorie in jenem Frühjahr als UFT-Delegierte der GED-Plus kandidierte, erhielt sie mehr Stimmen als der Vorsitzende der Unity-Gruppe, Michael Friedman. In den nächsten zehn Jahren gerieten sie bei verschiedenen Themen aneinander, aber sie arbeiteten auch zusammen, und er sprach immer mit Respekt von ihr.



Foto mit freundlicher Genehmigung von Ivan Rowe

Obwohl die Gewerkschaftsoberen versuchten, Leute von der Kundgebung abzulenken, die von der UFT-Delegiertenversammlung genehmigt wurde, kamen dennoch am 24. November 2008 rund 300 Lehrer und Unterstützer, um die Einstellung von Lehrern in unbefristete Stellen zu fordern. Marjorie (kaum sichtbar, unten Mitte) war eine der führenden Organisatoren und Redner.

„Öffentliche Schulen sind der Ort, an dem Ethnie und Klasse zusammenkommen“

2010 fand landesweit eine groß angelegte gewerkschaftsfeindliche Offensive gegen Lehrer statt. Rechte produzierten einen Pseudo-„Dokumentarfilm“, *Waiting for Superman*, in dem die Festanstellung von Lehrern an öffentlichen Schulen angeprangert wurde. Im Jahr darauf folgte Columbia Pictures mit *Bad Teacher* mit Cameron Diaz in der Hauptrolle. In New York startete der milliarden schwere Bürgermeister Michael Bloomberg eine Kampagne zur Schließung zahlreicher „scheiternder“ Schulen und zur Förderung privat geführter, gewerkschaftsfeindlicher Charter-Schulen, die Dollars abzweigten (zusätzlich zum großen Geld der Wall Street) und den öffentlichen Schulen durch störende „Co-Locations“ Klassenzimmer stahlen. Marjorie und die CSEW bekämpften dies mit Zähnen und Klauen und riefen dazu auf, *schließende Schulen zu besetzen*. Sie verteilte Flugblätter, in denen sie detailliert darlegte, wie Charter Schools von Immobilienunternehmen genutzt wurden und als Goldesel für Hedgefonds dienten, indem ihr ständiger Strom an staatlichen Geldern gemolken werden sollte, wenn ihre spekulativen „Investitionen“ den Bach runtergingen (wie es 2007-08 der Fall war).

Marjorie sagte bei Anhörungen von Bloombergs PEP (bekannt als „Puppet Education Panel“ [Marionetten-Bildungsgremium]) gegen die Schließung der Paul Robeson High School in Crown Heights und der Bronx Regional High School. Zusammen mit Hunderten von Pädagogen, Eltern, Schülern und Unterstützern sprach sie bei den stundenlangen, lebhaften PEP-Anhörungen mit mehreren Tausend Zuhörern, nach denen die Mitglieder des Gremiums pflichtbewusst die Schließung der neuesten Reihe von Schulen absegneten, die von Bloomberg und seinen Schulkanzlern Joel Klein und Cathy Black, Importe aus der Unternehmenswelt, die nichts von Bildung verstanden, zerstört werden sollten. Black (die nie eine öffentliche Schule besucht hat) löste mit ihrer rassistischen Bemerkung, die Lösung für die Überfüllung der Klassenräume sei Geburtenkontrolle, einen Feuersturm aus! Auf einer PEP-Sitzung verteilte Marjorie ein witziges „Pop-Quiz für Cathy Black“, das ihr Kollege und Genosse Charlie Brover, mit dem sie seit den 1970er Jahren zusammenarbeitete, geschrieben hatte.

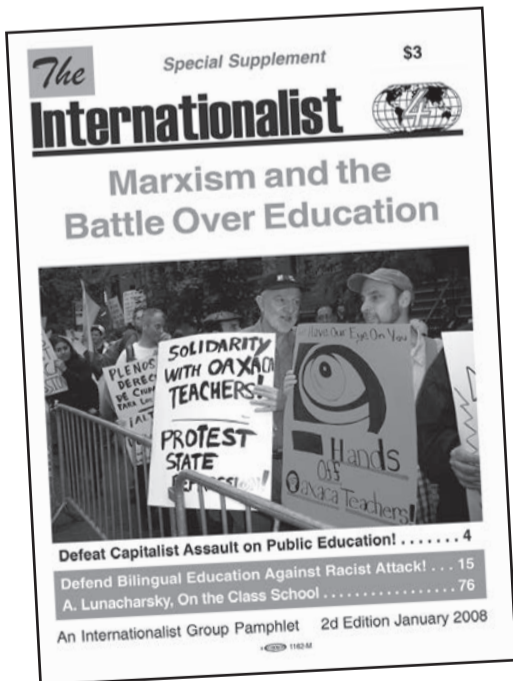
Die UFT, die verschiedenen dissidenten Strömungen in der Gewerkschaft, so gut wie die gesamte Linke, Community-Aktivisten und viele Liberale kamen zu den stürmischen PEP-Treffen. Aber das was Marjorie zu sagen hatte, war in einer wichtigen Hinsicht unverwechselbar: Sie griff Bloombergs Pläne als *rassistisch* an. „Schauen Sie sich

die Postleitzahlen an, in denen die Schulen geschlossen werden, es ist nicht in Riverdale oder der Upper East Side, es ist in den armen, schwarzen und Latino-Vierteln“, sagte sie. Die UFT und die reformistische Opposition hielten sich bewusst auf Abstand vom Thema des Rassismus, aber als Marjorie nach einer Sitzung an der Brooklyn Tech die De Kalb Avenue hinunterlief, kam ein prominenter schwarzer Aktivist aus Bed-Stuy aus einem Feinkostladen gelaufen, um ihr dafür zu danken, dass sie die offensichtliche Wahrheit laut ausgesprochen hatte, um die die anderen einen Bogen gemacht hatten. Sie wies oft darauf hin, dass der Kampf gegen die Schließung von Schulen der Schlüssel zur Überwindung der Spaltung zwischen Lehrern und der schwarzen Community war, die seit dem UFT-Streik von 1968 über 40 Jahre lang andauert hatte.

Im Jahr 2013 streikten die Schulbusfahrer und -begleiter in New York City, eine überwiegend dominikanische und haitianische Belegschaft, deren entscheidende Rolle im Schulsystem sowohl von der UFT als auch von dissidenten Gewerkschaftern oft ignoriert wurde. Am ersten Tag stand Marjorie um 6:30 Uhr morgens im Regen an der Streikpostenkette und bekundete die Solidarität der Lehrer mit den Streikenden. Am nächsten Tag brachte sie auf der UFT-Delegiertenversammlung einen Antrag ein, wonach die Gewerkschaft ihre volle Unterstützung zusagen und eine Massenkundgebung der New York City Arbeiterschaft zur Unterstützung des Streiks einberufen sollte (der Antrag wurde nicht zur Abstimmung zugelassen, obwohl er viel Unterstützung fand). Die CSEW, die alle Beschäftigten im Bildungswesen und nicht nur Fachkräfte wie die UFT, vereinen will, war fast täglich an der Streikpostenkette beteiligt. Die M.O.R.E. war, wie Marjorie es ausdrückte, „im Kampf vermisst gemeldet“ (sie hatte eine symbolische Kundgebung auf den Stufen der D.O.E.-Hauptverwaltung).

Die Frage, welche Art von Opposition gegen die prokapitalistische Gewerkschaftsbürokratie aufgebaut werden muss, spitzte sich im Juli 2014 mit dem Polizeimord in Staten Island an Eric Garner zu, der zu Tode gewürgt wurde, während er elfmal wiederholte: „Ich kann nicht atmen.“ Dies kristallisierte die Empörung gegen rassistische Polizeirepression in der ganzen Stadt heraus. Marjorie und die IG gingen zur Beerdigung von Garner in Brooklyn, wo sie niemanden von der Gewerkschaft sahen. Doch als der schwarze Demokrat Al Sharpton im August zu einem Massenaufmarsch auf Staten Island aufrief, wurde UFT-Führer Michael Mulgrew klug, und die Gewerkschaft schloss sich an.

Die Internationalist Group hat mehrfach die Rolle von Sharpton angeprangert, der mit seiner typischen Parole „No justice, no peace“ stets versucht, den Protest in Druck auf die bürgerlichen Politiker umzuleiten.



Beilage zu *The Internationalist* über den Kampf um das Bildungswesen. Enthält Aufsätze von Lunatscharski, Nadeschda Krupskaya und John Dewey über die Pädagogik der jungen Sowjetrepublik. Auch ein Abschnitt über den Kampf der Lehrer in Oaxaca, Mexiko, im Jahr 2006, den Marjorie und ihre Genossen von den USA aus unterstützt haben, und für den sie nach Oaxaca gereist ist.



Marjorie betonte, dass zur Bekämpfung der prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokratie eine klassenkämpferische Opposition erforderlich ist, die das kapitalistische System bekämpft, welches die öffentliche Bildung zerstört. Hier bei einer Demonstration im April 2014 gegen die Flut von Charter Schools, die von Hedgefonds der Wall Street finanziert werden.

Dennoch nahmen die IG und die CSEW an der Demonstration auf Staten Island teil, die in Wirklichkeit ein Referendum über Rassismus war. *M.O.R.E. tat dies nicht*. Warum nicht? Zum Teil, weil einige ihrer Mitglieder aus Staten Island, wo viele Lehrer mit Polizisten verheiratet sind, von der örtlichen Pro-Cop-Stimmung beeinflusst wurden. Aber schlimmer noch, M.O.R.E. veröffentlichte eine groteske Erklärung gegen die Entscheidung der Gewerkschaft, an dem Marsch teilzunehmen, und forderte „die Führungen der UFT und der PBA (Police Benevolent Association – Polizei, „gewerkschaft“) auf, Wege zur Zusammenarbeit und Einheit zu finden“! „Einheit“ mit der faschistoiden Organisation, die die rassistischen Mörderpolizisten der NYPD schützt?

M.O.R.E. behauptet, für „Social Justice Unionism“ (sozial gerechtes Gewerkschaftswesen) zu stehen. Aber hier sahen wir das Programm des engen Tradeunionismus in Aktion, das rassistische Polizeimorde deckt. Marjorie veröffentlichte einen scharf formulierten „Offenen Brief an M.O.R.E.“ (10. September 2014), in dem es heißt: „Weit davon entfernt, unsere ‚Brüder und Schwestern‘ zu sein, sind Polizisten professionelle Streikbrecher und Vollstrecker des rassistischen ‚Recht und Ordnung‘. Das ist ihr Job für die herrschende Klasse.“ Die empörende Erklärung, fügte sie hinzu, „ergibt sich direkt aus der Grundprämisse von M.O.R.E., alle und jeden gegen die Irreführer von Unity zu ‚vereinen‘. Sie ergibt sich direkt daraus, dass sie allen Fragen von Ethnie und Klasse, den grundlegenden Fragen in diesem Land, aus dem Weg geht.“

Marjorie betonte immer wieder: „Die öffentlichen Schulen sind der Ort, an dem Ethnie und Klasse zusammenkommen.“ Sie forderte *Polizisten raus aus den Gewerkschaften und Polizisten raus aus den Schulen*. Und sie betonte, dass in einer Stadt nach der anderen, überall im Land, *die Demokraten die Chefs der rassistischen Killer-Cops sind*.

Lehrer führen Massenaufstand in Oaxaca an

In 2016 nahm Marjorie ein sechsmonatiges Sabbatical, um nach Oaxaca, Mexiko, zu reisen, wo sie schon mehrmals gewesen war, um indigene Bildung zu studieren. Sie interviewte Lehrer in zapotekischen, mixtekischen und mixeischen Gemeinden und hielt einige Vorlesungen für Studenten an der staatlichen Universität, die nach Benito Juárez benannt ist, dem indigenen Präsidenten Mexikos, der Mitte des 19. Jahrhunderts, nachdem er einen Bürgerkrieg gegen klerikale Reaktionäre ge-

führt und eine französische Invasion zurückgeschlagen hatte, ein kostenloses, säkulares öffentliches Bildungssystem einführte. Nach ihrer Rückkehr nach New York hielt sie im Rahmen eines Fortbildungstages an ihrer Schule, P2G, einen Vortrag unter dem Titel „Sprache, Kultur und Identität: Eine Untersuchung über das Lehren und Lernen in Oaxaca“. Während ihres Aufenthalts in Oaxaca brach ein neuer Lehrerstreik aus, der wie im Jahr 2006 den gesamten Bundesstaat erfasste und von Mai bis September andauerte. Marjorie unterstützte aktiv unsere Genossen in der Grupo Internacionalista (GI), die an vorderster Front kämpften.

Alle Autobahnen in und aus Oaxaca waren mehrere Monate lang abgeschnitten. Bald konnte man nur noch mit dem Lehrer-Bus hinein- und herausfahren. Die Lehrer hatten 37 größere Straßensperren im ganzen Bundesstaat und Kontrollpunkte an der Staatsgrenze, wo sie alle Fahrzeuge überprüften. Die Lehrer haben ihr eigenes UKW- und Internetradio, Radio Plantón, auf dem die GI ein Programm hat, *Frecuencia Obrera Internacionalista*. Die indigenen Gebiete der Zapoteken, Mixteken und Triqui wurden zur Unterstützung der Lehrer mobilisiert, die oft als Wortführer und Fürsprecher dieser verarmten Gemeinschaften auftreten. In der Hauptstadt des Bundesstaates kam es wiederholt zu Demonstrationen von Zehntausenden, bei einigen Gelegenheiten sogar von Hunderttausenden. Während des Streiks betrieb die GI einen Filmclub, der jeden Abend auf der Straße vor dem Sitz der Lehrgewerkschaft Sección XXII der CNTE Filme zeigte. Diese dissidente Gewerkschaft hatte sich weitgehend aus dem Würgegriff der korporatistischen „Gewerkschaft“ der Bildungsarbeiter (SNTE) befreit, die im Wesentlichen eine staatliche Agentur zur Kontrolle von Lehrern ist.⁴

Nachdem der Streik etwa sechs Wochen gedauert hatte, griffen Mitte Juni die Armee und die Bundespolizei ein und töteten in der Stadt Nochixtlán elf Indigene und verletzten über 100. Auf ihrem Weg in die Hauptstadt des Bundesstaates Oaxaca stießen sie in jeder Stadt auf massiven Widerstand mit brennenden Barrikaden. Unsere Genossen nahmen an den Kämpfen teil, und tags darauf begaben sich unsere Genossen aus dem Gesundheitswesen heimlich mit einer mobilen Chirurgieeinheit in die Stadt, um die Verwundeten zu behandeln. In New York organisierte die CSEW Solidaritätsproteste. Aber ⁴ Siehe den Artikel von Marjorie „CNTE-SNTE, What’s the Diff? And Why It’s Important“ (August 2016), auf der CSEW-Website (<http://edworkersunite.blogspot.com/2016/08/mexico-teachers-strike-cnte-snte-whats.html>).

selbst der mörderische Angriff der Armee und der Bundespolizei konnte den Streik nicht brechen, der noch drei weitere Monate andauerte. Das war eine echte Lektion über die Macht von Lehrerkämpfen, nicht zur Verteidigung enger beruflicher Ziele, sondern als Anführer und Vorkämpfer der Arbeiterklasse und unterdrückter Communities.

In den letzten 25 Jahren haben die Bundesregierung in Mexiko und die Regierung des Bundesstaates Oaxaca versucht, von imperialistischen Agenturen wie der Weltbank und der OECD geförderte „Reform“-Pläne im Bildungsbereich durchzusetzen. Aufgrund des Widerstands der Lehrkräfte waren sie weitgehend nicht in der Lage, diese gewerkschaftsfeindlichen und Privatisierungspläne umzusetzen. Aber die Lehrer waren auch nicht in der Lage, einen durchschlagenden Sieg zu erringen, da sie ihren Kampf auf einen Bundesstaat beschränkten und die mächtige industrielle Arbeiterklasse nicht mit einbezogen, und sie suchten ihr Heil beim populistischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (der die abtrünnigen Lehrer reinkorporieren und die Ketten der Regierungskontrolle wiederherstellen will), anstatt eine Arbeiterpartei aufzubauen. Mexiko bleibt ein kapitalistischer Staat und Oaxaca ist nach wie vor eine verarmte Region. Nichts außer einer internationalen sozialistischen Revolution kann das ändern. Marjories Erfahrungen aus den Jahren 2006 und 2016 zeigen die Macht der klassenkämpferischen Gewerkschaftsbewegung und die Notwendigkeit einer revolutionären Führung.

Verteidigung von immigrierten Studenten

Anfang 2017 startete der neu gewählte Präsident Donald Trump eine Offensive gegen Einwanderer, beginnend mit dem Einreiseverbot für Reisende aus sieben überwiegend muslimischen Ländern. Die Einwanderungs- und Zollbehörde (Immigration and Customs Enforcement, I.C.E.) begann mit Razzien im ganzen Land, auch in New York City. I.C.E.-Agenten tauchten in Schulen auf und suchten nach Schülern ohne Papiere. Marjorie und andere Internationalisten gingen zum JFK, um gegen den „Muslim Ban“ (Muslimverbot) zu protestieren, und sie gründete ein „UFT P2G Immigrant Students Support Committee“, um die Rechte von Einwanderern zu verteidigen und die I.C.E. fernzuhalten. Dies war nicht abstrakt. An ihrem Standort in Manhattan wurden Hintertüren für die Schüler lokalisiert, damit sie die Schule verlassen konnten, falls die Migrationspolizei auftauchte, und sie nahm Kontakt zu einer nahegelegenen Kirche auf, die als Zufluchtsort diente, und brachte den Priester in die Schule, für ein Treffen mit Beamten.

Am 15. Mai veranstaltete die UFT ein Einwanderungsforum, bei dem die AFT-Präsidentin Randi Weingarten als eine der Hauptrednerinnen auftrat. Sie wies auf die Anweisung des Schulamtsdirektor hin, dass I.C.E.-Agenten die Schulen nicht ohne Erlaubnis des D.O.E. betreten

durften. In der Diskussion stand Marjorie auf und sagte, dass dies nicht genug sei. Wenn die *Migra* käme, sollten sich die Lehrer und Mitarbeiter draußen aufstellen, um zu sagen, dass dies unsere Schüler sind, ihr sie nicht anrühren werdet und wenn ihr versuchen werdet hineinzugehen, müsst ihr durch unsere Reihen hindurch. Es gab viel Beifall, aber keine Reaktion der Podiumsteilnehmer. Aber als die Versammlung sich auflöste, so berichtete Marjorie, rief Weingarten heraus und sagte im Wesentlichen: „Und Marjorie, wenn Du eine solche Kette bildest, werden wir Dich verteidigen.“ Das war alles, was wir brauchten. Es war ein grünes Licht. Marjorie hatte von der Gewerkschaftsbürokratie nie mehr als das erwartet.

Marjorie hat im Laufe der Jahre noch viel mehr getan. Im Jahr 2007 veröffentlichte sie ein Flugblatt zur Verteidigung von Debbie Almontaser, einer jemenitischen Amerikanerin, die die erste Schule leiten sollte, die sich auf das Arabische fokussierte, und von Bürgermeister Bloomberg mit Zustimmung von Weingarten von der AFT/UFT nach einer monatelangen antimuslimischen Hetzkampagne der virulent lehrerfeindlichen zionistischen *New York Post* heraus gesäubert wurde. Als Delegierte von 2009 bis 2019 veröffentlichte Marjorie einen Verteiler, den viele als ihren Blog bezeichneten, mit ihren Berichten über die Staatsanwaltschaft und anderen Materialien, der an mehrere hundert Lehrkräfte, hauptsächlich in P2G, verteilt wurde. Als 2012 die Lehrer in Chicago streikten, sprang Marjorie, sobald sie davon erfuhr, am nächsten Morgen auf einen 6-Uhr-Flug dorthin, um die Solidarität der New Yorker Lehrer zu bekunden. Sie stimmte gegen jeden UFT-D.O.E.-Vertrag und brachte 2014 einen Aufkleber (mit einem Gewerkschaftslogo⁵) mit der Aufschrift „Don’t Blame Me – I Voted No“ (Macht nicht mich verantwortlich – Ich habe mit Nein gestimmt) heraus, den sie weithin verteilte. Sie kämpfte auch hartnäckig für die Integration der Schulen in New York City und forderte eine kostenlose, gleichberechtigte und qualitativ hochwertige säkulare öffentliche Bildung für alle.

⁵ D. h. gedruckt in einer gewerkschaftlich organisierten Druckerei.



Marjorie spricht bei einer Kundgebung in 1983 vor dem Prozess gegen die Mörder eines schwarzen Transitarbeiters, der im vorigen Jahr von einem Lynchmob in Brooklyn getötet wurde. Das Plakat der spartakistischen U-Bahn-Beschäftigten fordert gewerkschaftliche Verteidigungsgruppen sofort.



Nach anderthalb Monaten des Lehrerstreiks in Oaxaca, am 19. Juni 2016 masakrierten Armee und Bundespolizei elf Menschen aus der indigenen Gemeinde Nochixtlán. Als sich die Militärs an diesem Tag auf der Autobahn in Richtung der Landeshauptstadt bewegten, stießen sie in jeder Gemeinde auf hartnäckigen Widerstand. Marjorie, die zu dieser Zeit ein Sabbatical in Oaxaca verbrachte, unterstützte unsere Genossinnen und Genossen der Grupo Internacionalista, die an vorderster Front kämpften (oben, in der Hacienda Blanca am Stadtrand von Oaxaca).

„Ruhestand“

Marjorie ging am 1. Januar 2020 in den Ruhestand. Im Februar brach die COVID-19-Pandemie aus. Plötzlich suchten die Schulen händeringend nach Lehrern. Also lernte sie im Alter von 73 Jahren, wie man aus der Ferne unterrichtet, und machte sich mit verschiedenen Programmen und Apps vertraut. Im Herbst 2020 unterrichtete sie wieder. Sie unterrichtete aus der Ferne in Regelschulen und in der Erwachsenenbildung, bis sie am 26. Februar 2022 in die Notaufnahme eingeliefert wurde. Sie schaffte es dorthin nur, weil sie und Jan am Freitagnachmittag der Präsidentenwoche verzweifelt nach einem Gastroenterologen suchten und auf die Frage nach ihrer Versicherung mit „UFT“ antworteten und keine weiteren Fragen gestellt wurden. Wäre sie bei Medicare Advantage versichert gewesen, wie Mulgrew und das Municipal Labor Committee es durchzusetzen versuchen, um der (kapitalistischen) Stadtregierung Geld zu sparen, wer weiß, was dann passiert wäre.

Im späten Frühjahr 2020, als viele Lehrer-gewerkschaften und die reformistischen internen Oppositionen wie M.O.R.E. in New York und C.O.R.E. in Chicago dazu aufriefen, die Schulen geschlossen zu halten, bestand Marjorie darauf, und schrieben wir auf Plakate, „Fernunterricht ist ein Widerspruch in sich.“ Alle Bildung ist sozial, wie der sowjetische Psychologe Lew Wygotski lehrte und jeder Lehrer in New York in der Lehrerausbildung lernte. Marjorie und die CSEW riefen dazu auf, die Macht der Gewerkschaft zu nutzen, um die Schulen sicher zu machen, Ausschüsse aus Lehrern, Schülern, Eltern und Schulangestellten/Arbeitern zu bilden, um die Gebäude zu inspizieren, die Belüftung zu überprüfen und sicherzustellen, dass die neuen Ventilatoren funktionieren. Die Gewerkschaft brauchte nicht die Erlaubnis der Verwaltung, sie konnte es einfach tun und auf die Einhaltung der Vorschriften bestehen. Und indem sie die Eltern mit einbezog, konnte sie die Art von lehrerfeindlicher Gegenreaktion unterlaufen, die der rechte Flügel vorhersehbar anfachte. Die CSEW forderte dies nachdrücklich, aber damals hatten wir in den Schulen nicht ausreichend Kräfte, um diesen Kampf zu führen.

Nach ihrer Pensionierung kehrte Marjorie an die Universität zurück, um an der CUNY einen weiteren Master-Abschluss in Geschichte zu erwerben. Sie schrieb u. a. „Interpretations of 1989 and the ‚Socialist Reform‘ Currents in the German Democratic Republic“ (DDR), (Interpretationen von 1989 und der ‚Sozialistischen Reform‘ Strömungen in der Deutschen Demokratischen Republik), in dem sie die Ideologie des Kalten Krieges westlicher antikommunistischer Akademi-

ker auseinander nahm, die die Kämpfe von 1989-92 im Sowjetblock als „Totalitarismus“ gegen die liberale Demokratie darstellten. Darin erklärte sie, warum die sozialistischen Reformbewegungen dissidenter Intellektueller, die von den Arbeitern isoliert waren und denen ein revolutionäres Programm fehlte, ihren Traum von einer unabhängigen, von der Bürokratie befreiten DDR, die zwischen dem sowjetischen und dem westlichen Block existieren sollte, nicht verwirklichen konnten. Ein weiteres Papier befasste sich mit verschiedenen modernen „Interpretationen von C.L.R. James’ *Die schwarzen Jakobiner*“, die die haitianische Revolution für unzureichend halten, weil sie nicht den aktuellen Standards des „Menschenrechts“-Imperialismus entspräche.

Marjorie erhielt die bestmögliche medizinische Versorgung. Nach einer Notoperation im Februar 2022 wurde sie im Memorial Sloan-Kettering Cancer Center, der führenden Einrichtung für diese Krankheit, behandelt. Es war eine harte Kur: 13 Tabletten musste sie mehrmals täglich einnehmen, mit Neuropathie und anderen Unannehmlichkeiten zurechtkommen. Als eine weitere Chemotherapie nicht mehr möglich war, wurde sie in der einzigen akutmedizinischen Klinik für Krebspatienten im fortgeschrittenen Stadium in den USA fürsorglich behandelt. Als sie bei der Aufnahme gefragt wurde, ob sie deprimiert sei, sagte sie: „Ja – weil ich sterbe.“ Marjorie hatte eine enorme Willenskraft, wie Kommunisten sie haben müssen, aber schließlich gab ihr Körper auf.

Während der zwei Jahre, die sie mit der Chemotherapie gewann, hat Marjorie einige wichtige Dinge erreicht. Sie hielt einen dreiteiligen Vortrag über den New Yorker Lehrerstreik von 1968, über den schon viel geschrieben wurde und der auch heute noch heftig umstritten ist. Sie sezierte die Kräfte, die am Werk waren, und erklärte, wie eine Führung, die mit dem bolschewistischen revolutionären Programm der von Pädagogen geleiteten Lehrer-Schüler-Eltern-Arbeiter-Kontrolle der Schulen bewaffnet gewesen wäre, das Patt zwischen Community-Kontrolle und Lehrerrechten hätte durchbrechen können. In diesen Monaten hielt sie einen weiteren Vortrag über die konterrevolutionäre Rolle der schachtmanschen anti-kommunistischen Führung der UFT und der AFT, vom Pinochet-Putsch in Chile bis zur polnischen Solidarność. Das CSEW plant, diese Gespräche zusammen mit anderen ihrer Schriften in der nächsten Ausgabe von *Marxism & Education* zu veröffentlichen. Marjorie war auch Mentorin einer Gruppe junger Lehrer, die mit dieser anspruchsvollen Tätigkeit begannen.

Marjories Leben war nicht einfach. Eine Sache, die ihr half, sowohl mit der Feindseligkeit in der SL als auch mit dem anspruchs-

vollen Zeitplan des Lehrerberufs fertig zu werden, war das Laufen. Ihr Vater, Bill Stamberg, war Halbprofi-Basketballspieler gewesen und unternahm nach seiner Krebserkrankung jeden Tag lange Spaziergänge. Marjorie verfolgte jedes Jahr die NBA-Finals und war eine begeisterte Läuferin. Sie lief acht New York City Marathons. Sie lief während der gesamten Pandemie, als die Menschen (auch sie) Angst hatten, auf die Straße zu gehen. Später, als sie an Krebs erkrankte, litt sie unter Parkinson-Symptomen und hatte Schwierigkeiten beim Gehen. Aber nach sieben Monaten, in denen sie sich langsam von der Operation erholte und nach und nach wieder gehen konnte, nahm sie eine tägliche Routine von vier Kilometern Gehen auf. Es ging nur langsam voran, aber sie schaffte es. Dann musste sie 46 Treppenstufen überwinden, um zu ihrer und Jans Wohnung im vierten Stock zu gelangen.

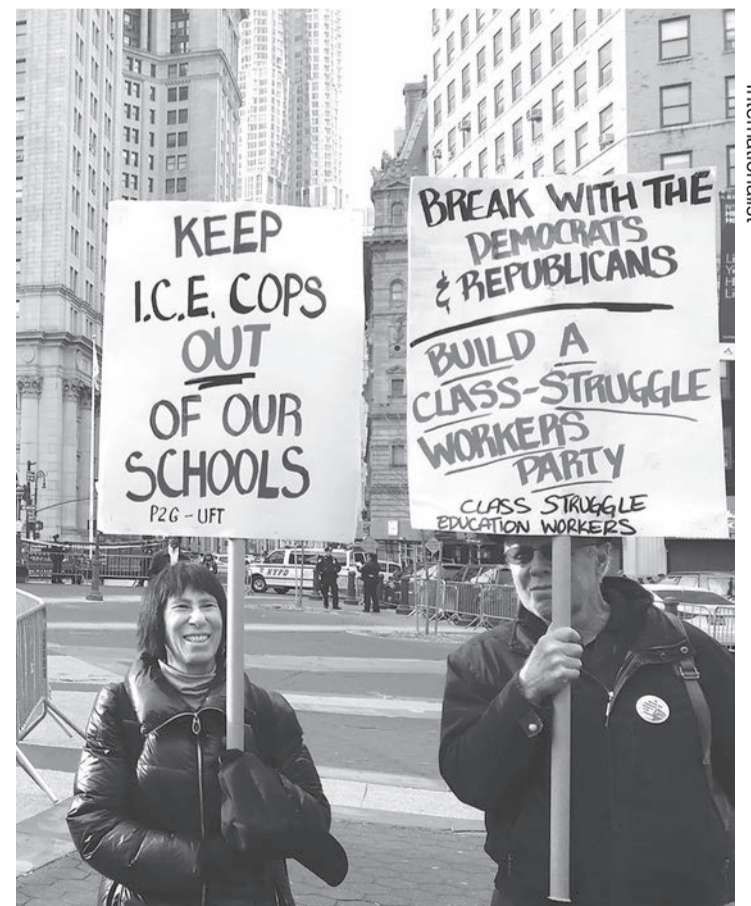
Es zeugte von Marjories Stärke, dass sie im November 2023, als ihr das Gehen immer schwerer fiel, an drei Gaza-Solidaritätsprotesten in einer Woche teilnahm. Am 9. November reihte sie sich auf den Stufen des Hauptgebäudes der New York Public Library in eine Menge von mehreren Tausend Menschen ein, die im Rahmen der Studentenstreiks „National Shutdown for Palestine“ (Nationale Schließung für Palästina) demonstrierten. Auf ihrem Plakat stand, „Verteidigt die Palästinenser gegen den völkermörderischen Krieg von USA/Israel.“ Am 15. November nahm sie an einer Kundgebung vor den UFT-Büro in der Innenstadt von Manhattan teil und trug ein Plakat mit der Aufschrift „Israel raus aus Gaza und dem Westjordanland – jetzt!“ Am nächsten Tag sprach sie vor der D.O.E.-Hauptverwaltung, ein Plakat haltend mit der Aufschrift „Für das Recht von Schülern und Lehrern, gegen den Krieg gegen Gaza zu protestieren“ auf einer von der CSEW einberufenen Demonstration gegen eine vom New Yorker Schulkanzler David Banks erlassene Knebelverordnung, die darauf abzielt, jegliche pro-palästinensische Äußerungen zu unterdrücken, selbst in der Freizeit und außerhalb der Schule.

Marjorie war entschlossen, ihre Opposition gegen das Abschlagen durch die israelischen Zionisten und die US-Imperialisten zu zeigen, die alle Bomben und Flugzeuge liefern, die diesen Massenmord ermöglichen; die Verleumdungen der Verfechter des Völkermords zu widerlegen, die Antizionismus mit Antisemitismus gleichsetzen; sich für das angegriffene palästinensisch-arabische Volk einzusetzen und die Rechte anderer zu verteidigen, dies ebenfalls zu tun. Marjorie Stamberg, die im Laufe ihrer politischen Entwicklung für mehrere linke Zeitungen geschrieben hat, schaffte den Sprung von der Neuen Linken und Pionierin der Frauenbefreiung zum Kommunismus Lenins und Troztkis und hielt daran fest. Sie war eine Redakteurin von *Workers Vanguard* und *The Internationalist* sowie der CSEW-Zeitschrift *Marxism and Education*; sie war Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League, als diese für revolutionären Troz-kismus stand, und in den letzten 28 Jahren eine zentral führende Genossin der Internationalist Group und der Liga für die Vierte Internationale. Sie

war eine professionelle Agitatorin, und das eine sehr gute, die in der Lage war, an eine Menschenmenge zu appellieren, das Wesentliche der anstehenden Frage und die Notwendigkeit einer revolutionären Antwort klar zu erklären. Ein Genosse, der jahrzehntlang mit ihr zusammengearbeitet hat, sagte: „Sie war politisch knallhart, aber auch freundlich, immer da, wenn man jemanden brauchte, der einem den Rücken stärkte.“ Marjorie wurde von so ziemlich jedem, der sie kannte, respektiert.

In dem halben Jahrhundert ihres gemeinsamen Lebens, von *Workers Vanguard* und der Spartacist League/IKL bis zu *The Internationalist* und der Internationalist Group/LVI arbeiteten Marjorie und Jan politisch so eng zusammen, dass sie manchmal vergaßen, wer was gesagt hatte. In der SL waren sie in viele Kämpfe verwickelt – so sehr, dass der Parteivorsitzende Jim Robertson, als sie Anfang der 1990er Jahre gemeinsam zu einer Sitzung des Politbüros kamen, bemerkte: „Oh, hier kommt die alternative Führung.“ Sie verloren einige Kämpfe, gewannen aber wahrscheinlich mehr und arbeiteten trotz Spannungen über zwei Jahrzehnte lang effektiv mit anderen in der Führung zusammen. In der IG/LVI kämpfte Marjorie weiter für das Programm, für das sie Jahrzehnte zuvor gewonnen worden war und das heute dringender denn je ist. Wie Rosa Luxemburg feststellte, steht die Menschheit vor der Wahl: Sozialismus oder Barbarei. Wir bekommen mit dem Völkermord in Gaza einen erschreckenden Vorgeschmack auf diese Barbarei.

Der Führer des ostdeutschen stalinistischen Regimes, Erich Honecker, hatte einen fatalen Slogan: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“, der absurd ist – es ist manchmal notwendig, Rückzugsgefechte zu führen. Da die Gewerkschaftsführer und linken Irreführer in den letzten Jahrzehnten vor der imperialistischen Offensive kapituliert haben, indem sie gewerkschaftliche Errungenschaften aufgaben und sich den Bestrebungen zur Aushöhlung des öffentlichen Bildungswesens beugten oder sich ihnen sogar anschlossen, mussten Marjorie und ihre Genossinnen und Genossen geübt darin werden, defensive Kämpfe zu führen, sich aber immer darauf vorbereitend, in die Offensive zu gehen. Doch Marjorie hat nie aufgegeben oder sich zurückgezogen, sie stand immer an vorderster Front und kämpfte für die Unterdrückten. Ihr Beispiel und die Lehren, die sie aus diesen Kämpfen gezogen hat, werden denjenigen den Weg weisen, die ihren Kampf für eine sozialistische Welt fortsetzen. ■



Marjorie kämpfte für Gewerkschaftsaktion, um eingewanderte Schüler zu schützen und die Migrationspolizei (I.C.E.) davon abzuhalten, Schulen zu betreten.

Verteidigt den chinesischen Arbeiterstaat gegen Imperialismus und Konterrevolution

Auszug aus „L'azione operaia è vitale per la sconfitta della campagna di guerra imperialista contro Russia e Cina“ [Arbeiteraktionen sind entscheidend, um den imperialistischen Kriegszug gegen Russland und China zu besiegen], vom Nucleo Internazionalista d'Italia (Juni 2023). Die Polemik betrifft linke Gruppen im Umfeld der SI Cobas, einer der größten und namhaften der kämpferischen Basisgewerkschaften (comitati di base), die sich seit den 80er Jahren den bürokratisch geführten Gewerkschaftsverbänden (CGIL-UIL-CISL) in Italien widersetzen. Obwohl sie eine weitgehend syndikalistische Ausrichtung hat, identifizieren sich viele in der Führung und in den Reihen der SI Cobas mit dem Marxismus.

Dass China kein kapitalistisches Land ist, wurde auf dramatische Weise durch die Tatsache bewiesen, dass (a) Chinas Wirtschaft nach dem Zusammenbruch der Märkte 2007-08, als alle kapitalistischen Volkswirtschaften in eine tiefe Krise gerieten, einzigartig stark wuchs; und (b) dass China *allein* in der Lage war, die Coronavirus-Pandemie 2020 für drei Jahre lang einzudämmen, die Zahl der Todesfälle auf knapp über 5000 zu begrenzen und Millionen von Menschenleben zu retten. Und wie? Durch die Mobilisierung der Ressourcen seiner kollektivierten Wirtschaft (und privater Unternehmen) auf Anweisung der Kommunistischen Partei Chinas. Die Volksrepublik China ist zwar nicht kapitalistisch, aber auch nicht sozialistisch: es fehlt ihr jeder Anschein von Arbeiterdemokratie und einer revolutionären Führung. Eine gute Einführung in die Funktionsweise des bürokratisch deformierten Arbeiterstaates VR China ist der 2017 erschienene Artikel des marxistischen Ökonomen Michael Roberts, „Xi Takes Full Control of China's Future“ [Xi übernimmt die volle Kontrolle über Chinas Zukunft].¹

Zu COVID-19: Die imperialistischen Medien haben Chinas Aufhebung der strengen Quarantänen im Dezember 2022 als Beweis für das „Versagen“ seiner Politik zur Eindämmung des tödlichen Virus dargestellt. Völlig falsch. Auch wenn die Zahl der Todesfälle in China in den letzten Monaten zugenommen hat, nachdem das Land die Politik der strengen Quarantänen aufgeben musste, *wäre*

¹ <https://thenextrecession.wordpress.com/2017/10/25/xi-takes-full-control-of-chinas-future>



Huoshenshan-Krankenhaus in Wuhan, China. In knapp zehn Tagen baute China zwei Krankenhäuser mit insgesamt 2500 Betten, um die Coronavirus-Patienten im Epizentrum der Epidemie zu behandeln. Kein kapitalistisches Land war zu einer solchen Leistung fähig, die das Ergebnis einer Planwirtschaft war.

die Gesamtzahl der Todesfälle in Italien durch COVID-19 und die damit verbundene „Übersterblichkeit“ so niedrig gehalten worden wie in China, hätte die Gesamtzahl der Todesopfer der Pandemie hier weniger als 5000 statt 191 000 betragen (Our World in Data, Stand: 21. Juni 2023). Aber natürlich konnte Rom die Politik Pekings nicht nachahmen, denn ein kapitalistisches Land kann in Notfällen nicht die umfassende Gesundheitsversorgung und Lebensmittelversorgung bereitstellen, wie es Chinas sozialisierte Wirtschaft 2020-22 konnte und tat.

Ein weiteres Lieblingsthema pseudosozialistischer, anarchistischer und syndikalistischer Strömungen ist es, China als „Sweatshop (Ausbeuterbetrieb) der Welt“ zu bezeichnen. Es ist besonders grotesk, China mit den kapitalistisch-imperialistischen Ländern gleichzusetzen oder von „Superausbeutung“ der Arbeiter in China zu sprechen, *in Italien, dem einzigen Land in Europa, in dem die Reallöhne (inflationbereinigt) von 1990 bis 2020 gesunken sind.*² Im Gegensatz dazu *sind die Reallöhne in China von 2008 bis 2022 um 260 % gestiegen, während die Reallöhne in Italien im gleichen Zeitraum um etwa 13 % gesunken sind*, wie aus einer dramatischen Grafik (siehe links) im Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation, *Global Wage Report 2022-23*, hervorgeht:

Dies geschah, nachdem die Reallöhne in China zwischen 1995 und 2010 um 500 % gestiegen waren – eine *Verfünffachung*. Nirgendwo in der kapitalistischen Welt hat es in einem so kurzen Zeitraum einen so dramatischen Anstieg des Lebensstandards der Werktätigen gegeben.

Der Oberbefehlshaber des US-Imperialismus, Joe Biden, und andere imperialistische Mächte haben deutlich gemacht, dass es ihr oberstes Ziel ist, den Kapitalismus in China wiederherzustellen, während sie ihre militärischen Provokationen und ihren Wirtschaftskrieg gegen China eskalieren. Sie sehen ihren imperialistischen Krieg gegen Russland in der Ukraine als einen Schritt in diese Richtung. Wir von der Liga für die Vierte Internationale stehen für die bedingungslose Verteidigung Chinas gegen Imperialismus und innere Konterrevolution. Gleichzeitig kämpfen wir für

² „Analysis: Why us? Italy seeks way out of low-wage economy trap.“ Reuters, 16 June 2022.

eine proletarisch-politische Revolution, um die nationalistische stalinistische Bürokratie zu stürzen und eine Arbeiterdemokratie auf der Grundlage von Arbeiterräten auf dem Weg zur internationalen sozialistischen Revolution einzuführen. Es ist eine grundlegende Pflicht von Kommunisten, die sozialisierte Planwirtschaft und die enormen Errungenschaften der chinesischen Revolution von 1949 zu verteidigen, trotz bürokratischer Misswirtschaft und des starken Vordringens von Privatkapital (siehe unseren Artikel „Anti-China Kriegsprovokationen der USA über Taiwan“, *Permanente Revolution* Nr. 6, Winter 2022-23).

Im Gegensatz dazu bezeichnen die politischen Gruppierungen im Propagandablock der T.I.R. (Tendenza Internazionalista Rivoluzionaria – Revolutionäre internationalistische Tendenz), insbesondere die FGC (Fronte della Gioventù Comunista – Kommunistische Jugendfront), die sich auf das politische Erbe Stalins beruft, China als „kapitalistisch“ und sogar „imperialistisch“ und verteidigen es nicht. Stattdessen plappern sie antikommunistische antichinesische Propaganda nach. Die Websites von *Pungolo Rosso* und SI Cobas sind voll von Artikeln, die vom *China Labour Bulletin* verfasst wurden, und geben es oft als Informationsquelle an. So lesen wir dort in der Einleitung zu einem Artikel des CLB auf den Webseiten von *Pungolo Rosso* und SI Cobas:

„Die folgenden Informationen stammen von der Website des *China Labor Bulletin*, das sich seit mehreren Jahren mit einer Reihe genauer Dokumentationen um die Lage der chinesischen Arbeiter kümmert und Kampagnen zu ihrer Verteidigung fördert.“ – „Anti-Arbeiter-Reformen, Arbeitgeber-Tyrannie und Arbeiter-Widerstand im heutigen China“ (auf Italienisch), *Pungolo Rosso*, 24. Juli 2021

Das China Labour Bulletin wird von dem National Endowment for Democracy (NED – eine Tarnorganisation der CIA) finanziert, das konterrevolutionäre Kräfte in der ganzen Welt unterstützt und ein Sprachrohr für den US-Imperialismus und abscheuliche antikommunistische Propaganda ist.

Die Autorin dieses Artikels, Giulia Luzzi, die regelmäßig für *Pungolo Rosso* schreibt, wiederholt und lobt die Propaganda dieser Agentur des US-Imperialismus, verbürgt sich für deren „Richtigkeit“ und behauptet, dass sie die Sache der chinesischen Arbeiter vertritt. Seit wann ist der US-Imperialismus ein Verbündeter der Arbeiterklas-

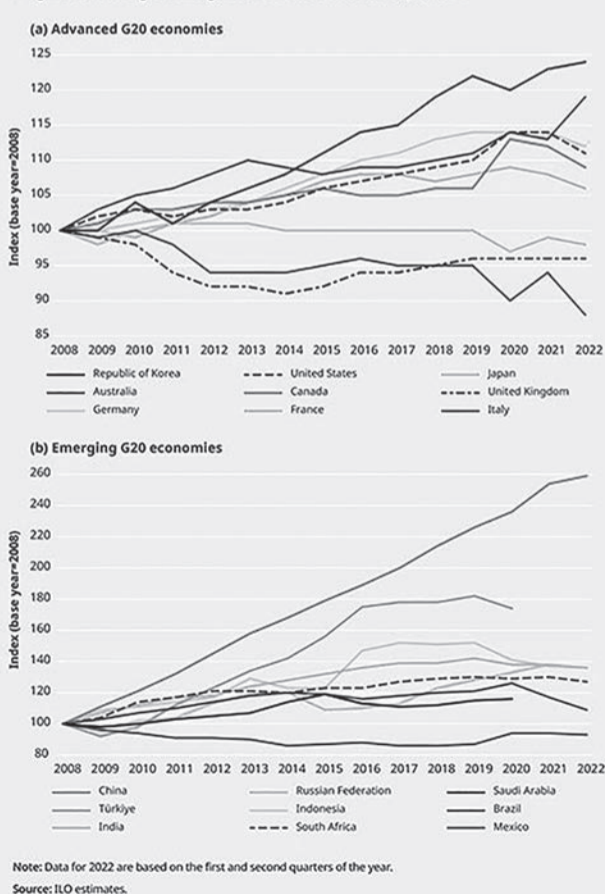
se?! Ihre Einleitung zu diesem CLB-Artikel beginnt: „Wenn China in den westlichen Medien erwähnt wird, wird es als aggressive Wirtschaftsmacht dargestellt, während gleichzeitig die Verletzung der Menschenrechte von Minderheiten, die Unterdrückung Andersdenkender in Hongkong usw. angeprangert wird. Diese Anprangerungen sind reale Tatsachen.“ Also unterstützen die T.I.R. et al. die antikommunistischen, rassistischen, pro-Trump-Krawalle in Hongkong im Jahr 2019.³

Ein weiteres Beispiel: Auf denselben Websites wurde kürzlich ein Artikel veröffentlicht: „China: Youth Unemployment, Worked to Death“ [China: Jugendarbeitslosigkeit, zu Tode geschuftet]. Eine der Quellen, aus denen die Informationen für diese antikommunistische antichinesische Hetzschrift in diesem Artikel stammen, ist Craig Simpleton von der Foundation for Defense of Democracies (FDD). Auf der Website der FDD heißt es, dass diese Organisation gegründet wurde, um „Bildung zu vermitteln, um das Image Israels in Nordamerika zu verbessern“, und dass ihre „Mission“ die „Erziehung zur Terrorismusbekämpfung“ und die „Verteidigung demokratischer Werte“ ist. Craig Simpleton war Berater für die US-Regierung im Bereich „nationale Sicherheit“. *Q.E.D. Pungolo Rosso* dient als Deckmantel für antikommunistische Propaganda im Dienste des imperialistischen Krieges gegen China, und ihre Artikel werden von SI Cobas wortwörtlich wiederveröffentlicht. Dies kann nur dazu dienen, die italienischen Arbeiter zu verwirren.

Natürlich verfolgen nicht alle Mitglieder dieses Propagandablocks die gleiche Politik. Während die T.I.R. (die marxistischen Anspruch erhebt) das Thema auf Zehenspitzen umgeht, verweist das liberale/anarchistische Centro di documentazione contro la guerra diretta auf den „russischen Imperialismus“. Die stalinistische FGC ihrerseits behauptet, dass „Russland eine führende Rolle in der internationalen imperialistischen Pyramide spielt“; dass „in China die Rückkehr zum Kapitalismus fast abgeschlossen sei“ und daher das Land auch imperialistisch sei; und dass es notwendig ist, „den imperialistischen Charakter der BRICS-Länder“ zu verstehen – was Brasilien und Südafrika ebenfalls zu Imperialisten machen würde! („China und der Imperialismus: Eine historisch-ökonomische Analyse“, *Senza Tregua*, 15. April 2017). Solche absurden Behauptungen machen jeden Anschein von Leninismus zum Gespött und machen „Imperialismus“ zu einem Schimpfwort und nicht zu einer wissenschaftlichen Analyse. ■

³ Siehe unseren Artikel, „Hongkong: Besiegt die proimperialistischen Krawalle mit revolutionärer Arbeitermobilisierung“, *Permanente Revolution* Nr. 4, Herbst 2019.

► Figure 3.5. Average real wage index for the G20 countries, 2008-22



China als „Ausbeuterbetrieb der Welt“? Im Gegenteil: Die Reallöhne in Italien sind von 2008 bis 2022 um 13 % gesunken (oberes Diagramm, untere Linie), während die Löhne in China im gleichen Zeitraum um 260 % gestiegen sind (unteres Diagramm, obere Linie).

CLB
CHINA LABOUR BULLETIN

How is CLB funded?

CLB receives grants from a wide range of government or quasi-governmental bodies, trade unions and private foundations, all of which are based outside of China. Some grants are for specific projects, while others cover CLB's operating costs.

Cause IQ

Who funds Friends of China Labour Bulletin

Federal agency	CFDA code	Program name	Amount
Department of State	19.345	INTERNATIONAL PROGRAMS TO SUPPORT DEMOCRACY HUMAN RIGHTS AND LABOR	\$390,356
Department of State	19.345	INTERNATIONAL PROGRAMS TO SUPPORT DEMOCRACY HUMAN RIGHTS AND LABOR	\$316,089
Department of State	19.345	INTERNATIONAL PROGRAMS TO SUPPORT DEMOCRACY HUMAN RIGHTS AND LABOR	\$74,995

Fakt: Das China Labor Bulletin wird von der US-Regierung finanziert. Das CLB gibt zu, dass es von „einer Vielzahl von staatlichen und regierungsnahen Einrichtungen“ finanziert wird. Aus dem obigen Bericht geht hervor, dass es jährlich Hunderttausende von Dollar vom US-Außenministerium und dem National Endowment for Democracy erhält.

Was ist revolutionärer Defätismus?

Wir drucken hier einen zweiten Auszug aus demselben Artikel vom Nucleo Internazionale d'Italia (Juni 2023). Die Polemik betrifft die Tendenz Internazionale Rivoluzionaria (T.I.R.), die zu Unrecht behauptet, eine „revolutionäre defätistische“ Politik in Bezug auf den NATO-imperialistischen Krieg gegen Russland um die Ukraine zu verfolgen. In Wirklichkeit erinnert ihre Politik an die der italienischen Syndikalisten und Sozialisten im Ersten Weltkrieg, die eine neutralistische Position einnahmen und nicht für die Niederlage ihrer eigenen Bourgeoisie kämpften. Mehr noch, sie beruft sich explizit auf die Position von Amadeu Bordiga, der sich während des Zweiten Weltkriegs weigerte, die Sowjetunion zu verteidigen und auch während des antisowjetischen Kalten Kriegs, eine „revolutionäre“ defätistische Politik gegenüber der UdSSR vertrat. In der Tat treibt die T.I.R. eine verschleierte pro-imperialistische Politik, indem sie ihr Feuer gegen all diejenigen Linken richtet, die den NATO-Imperialismus irgendwie anprangern, während die T.I.R. zum Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine aufruft.

Die Behauptung der T.I.R., sie vertrete eine „Klassenposition“ in Opposition zu einer „klassenübergreifenden Front“, basiert ausschließlich auf der Fiktion, dass Russland und China Imperialisten seien. Das wiederholt diese bürgerliche Lüge, anstatt eine marxistische Erklärung zu liefern, während wir von der Liga für die Vierte Internationale im Detail analysiert und erläutert haben, dass Russland eine regionale kapitalistische Macht ist (wie auch die Ukraine), und China ein deformierter Arbeiterstaat.¹ In der Ukraine reihen sich alle imperialistischen Länder in den Kriegskurs der USA/NATO gegen Russland und China ein. Und während die verschiedenen „Friedens-“ bzw. „Antikriegs“-Demos allesamt

¹ Siehe dazu „Das Schreckgespenst des ‚russischen Imperialismus‘“ (Mai 2014), auf unserer Webseite zu finden (<https://www.internationalist.org/schreckgespenst-des-russischen-imperialismus-1405.html>).

Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken.
Sanktion haben überhört unter militärischer Leitung gestellt.
Bekanntmachung:
Die Metallhandlungen, in der ein Teil der Arbeiter von Groß-Werke beherbergt, bestrafen die Verletzung des Streiks und die Arbeiter mit Waffen und Munition. Ich habe daher folgende Betriebe:
1. Deutsche Werke, nach Rüstungs-Abteil in Werksstraße, Löhndorf und Wilmersdorf.
2. Berliner Maschinenbau-Aktion-Gesellschaft vorm. C. Schenck & Co., Berlin.
3. A. G. in Berlin-Regel.
4. Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft – Fabrik Denzelsdorf.
5. Regus Motor-Gesellschaft Berlin-Steinlandsdorf.
6. Ring-Werke-Gesellschaft Schwanitzthal.
7. Laimer-Motoren-Präzisionsfabrikation Wriezenerstraße unter militärischer Leitung gestellt
und den Arbeitern dieser Betriebe aufgetragen, die Arbeit sofort zu beginnen, den 8. Februar 1918, die Arbeiter sind zu befehlen, sich zu entschuldigen. Sonstige Handlungen werden in schwerer Strafe mit den Soldaten des Reiches bestraft werden, auch die Arbeiter, die sich nicht unter diesen Bedingungen militärisch eingereiht haben.
Der Oberbefehlshaber in den Marken,
von Reich, Generaloberst.



400 000 deutsche Metallarbeiter streikten im Januar 1918 (oben) und forderten ein Ende der deutschen Beteiligung am Ersten Weltkrieg. Ihre Arbeitsniederlegung war der Auslöser für weitere kämpferische Arbeiteraktionen, die zum Sturz der Regierung und des Hohenzollern-Kaiserreichs im November 1918 führten.

Fronten der Klassenkollaboration sind, kamen am 25. Februar in Genua viele um ihre **Opposition gegen den imperialistischen NATO-Krieg** zum Ausdruck zu bringen, motiviert durch die Tatsache, dass es mit **Arbeiteraktionen – einem Streik – gegen Waffenlieferungen an die Ukraine** verbunden war.

Dem entgegengesetzt riefen die T.I.R. und die anderen politischen Gruppierungen, die am 16. Oktober 2022 eine „Nationale Konferenz über den Krieg in der Ukraine, die Wirtschaftskrise und das große Weltchaos: Was ist zu tun?“ sponserten, dazu auf, „die historische Losung der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung wiederzubeleben: Krieg gegen den Krieg, Defätismus auf beiden Seiten!“² Zu diesem Block gehören auch die FGC (Fronte della Gioventù Comunista, Kommunistische Jugendfront) und die Fronte Comunista, sowie lokale Kollektive. **Erstens steht die anarchistisch-pazifistische** „Dichiarazione congiunta – no alla guerra imperialista!“ [Gemeinsame Erklärung - Nein zum imperialistischen Krieg] sicobas.org, 2. November 2022.

Losung „guerra alla guerra“ – also gegen jeden Krieg – im Gegensatz zum marxistischen Ansatz, „einen jeden Krieg in seiner Besonderheit historisch (vom Standpunkt des Marxschen dialektischen Materialismus) zu analysieren“ (W. I. Lenin, *Sozialismus und Krieg* [1915]). Und zweitens war Lenins Politik im *inter-imperialistischen* Ersten Weltkrieg nicht „Defätismus“ im Allgemeinen, sondern „revolutionärer Defätismus“.

Es ist für alle offensichtlich, dass der Krieg in der Ukraine die Linke in Italien – und international – in Verwirrung gestürzt hat. Die Verwirrung wurde durch die dröhnende imperialistische Kriegspropaganda verstärkt, die den russischen Präsidenten Putin, Russland und die Russen im Allgemeinen als die Verkörperung des reinen Bösen darstellt. Viele vermeintliche Linke sind zu regelrechten „NATO-Sozialisten“ geworden, unterstützen den „ukrainischen Widerstand“ und befürworten sogar die Lieferung imperialistischer Waffen an die Ukraine.³ In den Positionskämpfen innerhalb der Linken haben die T.I.R. und ihre Blockpartner den politischen Raum abgesteckt, in dem sie vorgeblich gegen alle – Russland/China und NATO/Ukraine – in dem Krieg sind. Aber ihr Hauptfeuer richtet sich gegen jeden in der Linken, der, wie zaghaft auch immer, die NATO-Imperialisten anprangert, indem die T.I.R. alle und jeden als Handlanger der „pro-russischen kapitalistischen Sektoren“ bezeichnet, die „nationale Interessen“ verteidigen.

Ein Beispiel dafür ist der Artikel „Gegen ‚Defensismus‘, für revolutionären Defätismus in imperialistischen Kriegen“ (*Pungolo Rosso*, 5. Januar), in dem „rot-braune Militante, offen oder getarnt“ (d. h. angebliche Parteigänger eines kommunistisch-faschistischen Bündnisses) angeprangert werden,

³ Siehe „Socialisti della NATO in Italia“ (NATO-Sozialisten in Italien) und „La borghesia ‚riabilitata‘ i socialisti della NATO del PCL“ (Die Bourgeoisie ‚rehabilitiert‘ die NATO-Sozialisten der PCL) in *L'internazionalista* n. 6, Juni 2022.

die behaupten, Russland „verteidige sein Existenzrecht“ gegen den „euro-atlantischen Imperialismus“. Ebenso soll jeder, der China und den Iran verteidigt, demnach den Kämpfen der Arbeiter, der Frauen usw. den Rücken kehren. Gegen diese erfundene „Orgie des Defensismus“ – kaum eine der Gruppen, gegen die sie Schattenboxen betreibt, wagt es, Russland, China und den Iran direkt gegen den imperialistischen Krieg zu verteidigen – druckt *Pungolo Rosso* einen Artikel von Amadeo Bordiga aus dem Jahr 1951, „Die Schande und Lüge des ‚Defensismus‘“.

In der Einleitung heißt es, dass der Artikel, „auch wenn wir keine Bordigisten sind“, nachgedruckt wird, weil er „mit bewundernswerter Klarheit“ die Kriterien wiedergibt, nach denen revolutionäre Kommunisten die Kriege der Vergangenheit klassifiziert haben. Obwohl sie im Allgemeinen links von den stalinistischen Reformisten stehen, sind die T.I.R. und *Pungolo Rosso* eine eklektische Mischung aus Bordiga und Gramsci, die geschickt marxistisch und leninistisch klingende Phrasen verwenden, um opportunistische Politik zu verschleiern. Hier zitieren die Redakteure Bordigas „Darstellung des Zweiten Weltkriegs als einen *in jeder Hinsicht* imperialistischen Krieg“ (Hervorhebung im Original). D. h., nicht nur der Zusammenstoß zwischen den Alliierten und den Achsenmächten war ein inter-imperialistischer Krieg, sondern laut T.I.R. auch der Krieg des sowjetischen Arbeiterstaates gegen den nazifaschistischen deutschen Imperialismus, in dem die Parole des „revolutionären Defätismus“ angeblich auf allen Seiten gelten sollte.⁴ *Was für ein Blödsinn!*

Wie bei Bordiga üblich, gibt es viel gelehrten Diskurs, einschließlich solcher Perlen wie die Anprangerung Garibaldis für die Verteidigung der französischen Republik im Deutsch-Französischen Krieg nach dem Fall des Kaiserreichs von Napoleon III. im Jahr 1870 (Marx und Engels vertreten die gleiche Position wie Garibaldi). Aber all dies ist nur Fassade für Bordigas Opposition gegen die Verteidigung der UdSSR im Zweiten Weltkrieg und im antisowjetischen Kalten Krieg.⁵

⁴ Um seiner Weigerung, die Sowjetunion zu verteidigen, „theoretischen“ Nachdruck zu verleihen, entwickelte Bordiga (wie andere Renegaten vor und nach ihm) auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges ein Konstrukt des sowjetischen „Staatskapitalismus“. In Bordigas Fall richtete sich dies ausdrücklich gegen Trotzkis Analyse und Programm, wie vertreten (u. a.) in *Die verrätene Revolution* (1936). Siehe A. Bordiga, *Struttura economica e sociale della Russia d'oggi* (1955-57) [Die ökonomische und soziale Struktur des heutigen Russland]. Außerdem Liliana Grilli, *Amadeo Bordiga: capitalismo sovietico e comunismo* (1982) [Sowjetischer Kapitalismus und Kommunismus].

⁵ Mehrere Führer von SI Cobas und Sprecher der T.I.R. behaupten wie Bordiga, dass die Sowjetunion seit der Machtergreifung Stalins 1923-24 kein Arbeiterstaat mehr war. Es ist zutiefst antimarxistisch, sich ausschließlich auf die Führung zu konzentrieren und die materielle Basis zu ignorieren. Stalin führte eine politische Konterrevolution an der Spitze einer parasitären nationalistischen Bürokratie, die den Kampf der Bolschewiki für eine internationale sozialistische Revolution aufgab.



Deutsche Fregatte Baden-Württemberg durchquerte die Taiwanstraße, September 2024.

Was machen deutsche Marine-Schiffe im Pazifik?

In jüngster Zeit kam es zu einer Flut kriegstreibender Beschimpfungen westlicher politischer/militärischer Führer und medialer Sprachrohre, die in naher Zukunft einen Krieg mit China vorhersehen, wobei Japan, Australien und die Philippinen als Speerspitzen in der strategischen Region der Pazifikinseln fungieren sollen. Dazu gehören Pläne zur Ausweitung der NATO auf die Region.

„Germans to the Front“ – 2021 fuhr zum ersten Mal seit fast 20 Jahren ein deutsches Kriegsschiff ins Südchinesische Meer, weitere folgten und werden folgen. Unterdessen beginnt der deutsche Imperialismus dem Druck nachzugeben, seine Wirtschaftsbeziehungen zu China zu reduzieren.

Die Weltpolitik und -wirtschaft wurde zuletzt überwiegend vom Krieg in der Ukraine dominiert, dem Mittelpunkt des imperialistischen Angriffs auf Russland und China. Dabei handelt es sich nicht um einen begrenzten regionalen Konflikt – seine Folgen sind auf der ganzen Welt spürbar. In diesem Krieg haben klassenbewusste Arbeiter eine Seite. Die

Liga für die Vierte Internationale ruft dazu auf, die blutgetränkten Imperialisten und ihr faschistisch verseuchtes Stellvertreterregime in Kiew zu zerschlagen und Russland, eine regionale kapitalistische Macht, und China, ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat, militärisch gegen die Kriegstreiberei der USA und der NATO zu verteidigen.

Als revolutionäre marxistische Organisation verteidigt die Liga für die Vierte Internationale die Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949. Chinas kollektivisierte Wirtschaft – obwohl sie von einer konservativen stalinistischen Bürokratie geplagt und durch massive kapitalistische Übergriffe gefährdet ist – hat Hunderte Millionen Chinesen herausgeholt aus extremer Armut und imperialistischer Unterdrückung. Um sie zu verteidigen, müssen die chinesischen Arbeiter eine politische Revolution durchführen, um die proletarische Demokratie der Arbeiterräte (Sowjets) und die leninistische Politik des revolutionären Internationalismus zu etablieren – was die Führung einer echten kommunistischen (trozkistischen) Partei erfordert. ■



Am 25. Februar streikten die Hafentarbeiter in Genua, Italien, und führten einen Marsch von Tausenden an, die gegen Waffenlieferungen und den NATO-Krieg um die Ukraine protestierten. Die T.I.R. jedoch boykottierte den Protest im Namen ihrer gefälschten Politik des „revolutionären Defätismus“, die die Politik Lenins im Ersten Weltkrieg völlig verdreht.

Sicherlich führte Stalins Ausrichtung auf die „demokratischen“ Imperialisten dazu, dass potenzielle Revolutionen von stalinistisch geführten kommunistischen Parteien erstickt wurden, von Griechenland und Italien bis Frankreich und Indochina.⁶ Doch während sie Stalins Verrat anprangerten, und trotz Stalins Ermordung Hunderttausender sowjetischer Trotzisten und von Trotzki selbst, verteidigten Trotzisten die Sowjetunion gegen den Imperialismus. Bordigas „defätistische“ Politik war Klassenverrat.

Lenins Aufruf zum revolutionären Defätismus im Ersten Weltkrieg, einem Krieg zwischen zwei entgegengesetzten imperialistischen Blöcken, war ganz anders. Er verknüpfte diese Losung stets mit revolutionärer Aktion der Arbeiterklasse gegen die imperialistischen Machthaber. In einer Polemik (gegen Trotzki) schrieb Lenin:

„Die einzige Politik, die in der Tat, nicht in Worten, den Bruch des „Burgfriedens“ und die Anerkennung des Klassenkampfes bedeutet, besteht darin, dass das Proletariat die Schwierigkeiten der eigenen Regierung und der eigenen Bourgeoisie ausnutzt, um sie zu stürzen. Das kann man aber nicht erreichen, ja das kann man nicht anstreben, ohne dass man die Niederlage der eigenen Regierung wünscht, ohne dass man an dieser Niederlage mitwirkt. „Als die italienischen Sozialdemokraten vor dem Krieg die Frage des Massenstreiks stellten, da antwortete ihnen die Bourgeoisie – absolut richtig von ihrem Standpunkt aus: Das wird Hochverrat sein, und man wird euch als Hochverräter behandeln.“

–W. I. Lenin, „Die Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg“ (Juli 1915)

Lenin stellt fest, dass die Gegner der Politik des revolutionären Defätismus „nicht an die Möglichkeit einer internationalen revolutionären Aktion der Arbeiterklasse gegen ihre eigenen Regierungen glauben...“. Die T.I.R. ruft heute zum „Krieg dem Kriege“ auf, boykottierte jedoch den Streik und die Proteste im Hafen von Genua und sagte abfällig: „Gegen Waffenlieferungen an die Selenskiy-Regierung, gegen die NATO – so weit ist alles in Ordnung, aber das ist banal.“⁷ Lenin sagte (in demselben oben zitierten Artikel) das Gegenteil: „dass ‚Krieg dem Kriege‘ ohne Revolution gegen die eigene Regierung eine abgeschmackte [banale] Phrase ist“.

Die politische Linie des „weder NATO noch Russland“ der T.I.R. und anderer in ihrem Propagandablock, wie auch vieler anderer oppositioneller Linker international, ist kein revolutionärer Defätismus, sondern eine Politik, wie sie es nennt, einer dritten „Wahl“ in einem angeblich „inter-imperialistischen Krieg“. Da Russland jedoch in Wirklichkeit nicht imperialistisch ist, sondern vielmehr die Zielscheibe einer imperialistischen Einheitsfront ist, läuft dies auf eine hinterhältige Unterstützung des ersten, des imperialistischen Lagers hinaus. Tatsächlich ruft die T.I.R. in einem Dokument vom 18. März 2022 in ihrem Buch *La Guerra in Ucraina e l'internazionalismo proletario* [Der Krieg in der Ukraine und der proletarische Internationalismus] zur „Solidarität mit dem ukrainischen Volk gegen die russische Invasion und für den bedingungslosen Rückzug der russischen Truppen“ auf (Seite 56). Ein bedingungsloser Rückzug der russischen Truppen wäre ein Sieg für die NATO-Imperialisten und würde sie noch mehr ermutigen.

Die T.I.R. prangert die Organisatoren der Hafenclosure vom 25. Februar in Genua als angebliche „Souveränisten“ an, die „niemals“ den „italienischen imperialistischen Kapitalismus ... als Gründungspartner und integralen Bestandteil sowohl der EU als auch der NATO“ angreifen. Doch die T.I.R. selbst erhebt (im Manifest des Treffens vom 16. Oktober 2022) genau solch eine „sou-

⁶ Siehe das Bulletin des Nucleo Internazionalista d'Italia, 1943-1948: *Lo stalinismo contro la rivoluzione* (November 2021) [Stalinismus kontra Revolution].

⁷ „Die drei Demonstrationen gegen den Krieg am Samstag, den 25. Februar, und die Entscheidungen, die nicht umgangen werden können“ (Pungolo Rosso, 10. März 2023)

Verteidigt Michael Pröbsting (RCIT) und Der Funke (IMT) Stoppt Österreichs Repression gegen pro-palästinensischen Protest

Der Prozess gegen den pro-palästinensischen Aktivist Michael Pröbsting in Österreich wegen eines Video-Statements, in dem er seine Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand und seine Ablehnung des israelischen zionistischen Staates zum Ausdruck brachte, endete mit einem Schuldspruch, er wurde zu sechs Monate auf Bewährung verurteilt. Im Folgenden drucken wir eine Erklärung der Liga für die Vierte Internationale ab, die am 26. April 2024 in New York City gegen den abgekarteten Prozess protestierte.

Am 2. Mai soll in Wien, Österreich, ein Prozess gegen Michael Pröbsting, den internationalen Sekretär der Revolutionären Kommunistischen Internationalen Tendenz (RCIT), wegen der verlogenen Anklagepunkte „Verdacht der Anstiftung zum Terrorismus“ und „Aufforderung zu terroristischen Straftaten“ beginnen. Auf diese Anklagepunkte können bis zu 2 Jahre Gefängnis stehen. Die Strafanzeige beruft sich auf ein Flugblatt der RCIT vom vergangenen Oktober, das sich gegen den zionistischen Staat Israel richtet. Ebenfalls unter Beschuss stehen zwei österreichische sozialistische Jugendleiter, Sonja und Alex, die der Internationalen Marxistischen Tendenz angehören und im Februar von der Staatsanwaltschaft zum Verhör vorgeladen wurden. Die Liga für die Vierte Internationale ruft dazu auf, Pröbsting, Sonja und Alex und all jene zu verteidigen, die in Österreich und anderswo Repressionen gegen Gegner des völkermörderischen Krieges der USA und Israel gegen Gaza ausgesetzt sind. Wir fordern: Streicht die Anzeigen, hebt die Verbote auf, Schluss mit der Inquisition gegen pro-palästinensische Demonstrationen.

Diese Fälle sind nur ein kleiner Teil der Repressionswelle, die entfesselt wurde im im Rahmen des zionistisch-imperialistischen Krieges gegen das palästinensische Volk, dem bereits weit über 40 000 Bewohner des Gazastreifens zum Opfer gefallen sind. Das sind mehr als 2 Prozent der Gesamtbevölkerung, zusammengepfercht in dieser winzigen Enklave, die als „das größte Freiluftgefängnis der Welt“ bekannt ist. Dieser Massenmord wird vom US-Imperialismus finanziert und bewaffnet. Das Pentagon hat jede schwere Bombe und jedes Kampfflugzeug geliefert, mit denen dieses Gemetzel, bei dem hauptsächlich Kinder und Frauen in ihren Häusern getötet werden, durchgeführt wird. Dieser Massenmord wird von der demokratischen Regierung des „Völkermörders Joe“ Biden durchgeführt, den die Kongressabgeordneten der Demokratischen Sozialisten Amerikas (DSA) unterstützen, auch wenn sie leere „Beschränkungen“ für die von den USA gelieferten Waffen fordern. Alle DSA-Mitglieder tragen damit persönliche Verantwortung für diesen „Genozid made in U.S.A.“.

veränistische“ Forderung „für den Austritt Italiens aus der NATO und allen transnationalen imperialistischen Bündnissen.“ Wenn Italien auf wundersame Weise aus der NATO, der EU usw. austreten würde, bliebe es genauso imperialistisch und nicht weniger ein Feind der Werktätigen. Echte revolutionäre Internationalisten hingegen rufen – wie der Nucleo Internazionalista d'Italia und die Liga für die Vierte Internationale – zur Zerschlagung des Stellvertreterkrieges der USA/NATO gegen Russland (und letztlich China) auf.

Die rein propagandistische Linie der T.I.R. erinnert an die zentristische Politik der italienischen Sozialisten im Ersten Weltkrieg, die auf „absolute Neutralität“ und später (nach dem Kriegseintritt Italiens 1916)



Die Internationalist Group / USA beim Protest am 26. April in New York zur Verteidigung des österreichischen Linken Michael Pröbsting und von Anhängern der International Marxist Tendency.

In Österreich wurde am 11. Oktober letzten Jahres eine pro-palästinensische Demonstration verboten und Strafanzeige gegen mehr als 300 Demonstranten wegen Verstoßes gegen das Verbot erstattet. Begründet wurde das Verbot mit der Behauptung, die Protestparole „From the river to the sea, Palestine will be free“ (Vom Fluss bis zum Meer, Palästina wird frei sein) sei ein „Aufruf zur gewaltsamen Vernichtung Israels“. Das Magazin *Profil* warf den Organisatoren „Antisemitismus in Wien“ vor. Das ist grotesk, wenn es von einem Staat (Deutschland) und von pro-israelischen Kräften kommt, die den Völkermord in Gaza unterstützen. Das österreichische Demo-Verbot folgte auf ähnliche Maßnahmen der Polizei und der Kommunal- und Landesregierungen in Deutschland. Die Polizei hat dort zahlreiche Demos zur Verteidigung der Palästinenser verboten und gewaltsam angegriffen, während die Bundesregierung Samidoun, die palästinensische nationalistische Verteidigungsorganisation, verboten hat. Am 12. April zerschlug ein Heer von 900 Polizisten in Berlin einen Palästina-Kongress mit der Begründung, dass mehrere der Redner ein Verbot der politischen Betätigung hätten.

Hier in den USA wurden allein in der letzten Woche in New York Hunderte von Studenten und anderen Verteidigern des belagerten palästinensischen Volkes verhaftet, weil sie an Protestcamps zur Verteidigung des Gazastreifens teilgenommen hatten. Jetzt breitet sich diese Unterdrückung in den gesamten USA aus, mit Massenverhaftungen an der Yale University, der University

auf „weder Unterstützung noch Sabotage“ setzte. Als sich nach der schmachvollen italienischen Niederlage bei Caporetto im Oktober/November 1917 die Möglichkeit eröffnete, „den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln“ (Lenins Formel), warfen die Soldaten aufgrund der sozialpazifistischen Politik der PSI ihre Waffen weg und desertierten, anstatt sie gegen die Militärführung zu richten, die sie ins Gemetzel geführt hatte. Indem sie sich heute weigert, den Klassenkampf der Arbeiter gegen den NATO-Krieg zu organisieren, und lediglich rituelle Märsche und „Generalstreiks“ (in Wirklichkeit Arbeitsniederlegungen mit Demonstration) abhält, versagt die T.I.R. genauso darin, die Arbeiterklasse auf revolutionäre Aktionen vorzubereiten. ■

of Minnesota, der University of Texas und gestern einem brutalen Polizeiangriff auf Demonstranten an der University of Southern California in Los Angeles. Diese Verbote werden mehr und mehr absurd. Vor zwei Tagen wurden mehr als 200 Demonstranten verhaftet, als sie während des Pessachfestes in Brooklyn einen Friedensseder auf der Straße abhielten und zum Frieden in Gaza aufriefen. *Das ist Antisemitismus!* Und bei der Auflösung des Berliner Palästina-Kongresses verbot die Polizei das Beten auf Arabisch oder das Singen auf Hebräisch in einem Protestcamp vor dem Reichstag. Was kommt als Nächstes? Das Verbot der Worte „salaam“ und „shalom“, der arabischen und hebräischen Entsprechungen für „Frieden“?

Die Kräfte, die Aktionen zur Verteidigung des palästinensischen Volkes verbieten – und die die schmutzige Verleumdung verbreiten, dass Antizionismus gleich Antisemitismus sei – sind dieselben, die einen Vernichtungskrieg gegen Gaza führen. Sie führen auch einen imperialistischen Stellvertreterkrieg gegen Russland wegen der Ukraine, als Vorbereitung eines konterrevolutionären Kriegs gegen China, der auf den Dritten Weltkrieg hinausläuft. Sie schüren den wahren Antisemitismus, von der faschistischen Freiheitlichen Partei Österreichs über die faschistoide Alternative für Deutschland bis hin zu christlichen Zionisten wie dem Sprecher des US-Repräsentantenhauses Mike Johnson, der gestern in Columbia dazu aufrief, die Nationalgarde zur Unterdrückung der Studentenrevolte einzusetzen. Gegen die orchestrierte McCarthy'sche Repression rufen wir die Arbeiterbewegung auf, die Demonstranten zu verteidigen, internationale Arbeitskämpfmaßnahmen zu ergreifen, um Waffenlieferungen an Israel zu stoppen und die Vernichtung des palästinensischen Volkes zu beenden.

Israel raus aus Gaza, dem Westjordanland und allen besetzten Gebieten!

Streicht die Anklagen gegen Michael Pröbsting! Stoppt die Kriegsrepression in Österreich und Deutschland!

Mobilisiert die Macht der Arbeiterklasse gegen Polizeiübergriffe und Hexenjagden!

Für internationale Arbeiteraktionen, um den Transport von Kriegsmaterial nach Israel und in die Ukraine zu stoppen!

Verteidigen wir alle die Palästinenser gegen den völkermörderischen Krieg der USA und Israels gegen Gaza! ■

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Nachfolgend drucken wir die Übersetzung eines Artikels aus der aktuellen Ausgabe von *Revolución Permanente* (Nr. 13, Oktober-November 2024), ab, der Zeitung der Grupo Internacionalista, der mexikanischen Sektion der Liga für die Vierte Internationale.

Claudia Sheinbaum, Mexikos erste Präsidentin Neues Gesicht, gleiche alte Masche der Bourgeoisie

Der Erdrutschsieg von Claudia Sheinbaum, Kandidatin der Bewegung Nationaler Erneuerung (MORENA), bei den Präsidentschaftswahlen am 2. Juni hat in weiten Teilen des Landes für große Begeisterung gesorgt. Sie erhielt fast 60 Prozent der Stimmen und besiegte ihre Gegnerin Xóchitl Gálvez von der Koalition, die von den traditionellen bürgerlichen Parteien in Mexiko gebildet wurde – der klerikal-reaktionären Partei der Nationalen Aktion (PAN), der ehemaligen Staatspartei der Institutionellen Revolutionären Partei (PRI) und den Überresten der ehemaligen „linken“ bürgerlichen Partei der Demokratischen Revolution (PRD) – die nur 27 Prozent der Stimmen erhielt, also weniger als die Hälfte der Stimmenabgaben für Sheinbaum. Sheinbaum, die ehemalige Regierungschefin von Mexiko-Stadt, siegte in allen Bundesstaaten mit Ausnahme des erzkonservativen Aguascalientes, und in vielen südlichen Bundesstaaten lag ihr Stimmenzahl bei über 70 Prozent. Sheinbaums Sieg wurde weithin als historischer Meilenstein bezeichnet, da sie die erste Frau ist, die in den 200 Jahren des Bestehens des Landes die Präsidentschaft gewonnen hat.

In einem Land mit weit verbreitetem *Machismo* (männlicher Chauvinismus), in dem die Unterdrückung von Frauen eklatante Formen annimmt, stellt die Tatsache, dass eine Frau zur Präsidentin gewählt wurde, einen wichtigen gesellschaftlichen Wandel dar und spiegelt diesen wider. Sheinbaums Sieg zeigt zum Teil auch, dass Millionen von Frauen, die männlich-chauvinistische Gewalt satt haben, deren Funktion darin besteht, die Unterordnung der Frauen durch ihre Versklavung und Einsperrung im Haus aufrechtzuerhalten, während sie sich auf der Straße und am Arbeitsplatz auf feindlichem Gebiet bewegen. Der erdrutschartige Wahlsieg von Claudia Sheinbaum spiegelt aber auch wider, dass sie als Garant angesehen wird für die Fortsetzung der Politik von Präsident Andrés Manuel López Obrador (allgemein bekannt unter seinen Initialen AMLO) und seiner bürgerlich-populistischen Regierung, der die MORENA-Kandidatin immer wieder versprach, ein „zweites Stockwerk“ hinzuzufügen. Insbesondere viele Wähler mit niedrigem Einkommen gaben an, sie als Beschützerin der Erhöhungen des Mindestlohns und der Sozialmaßnahmen der Sozialprogramme von AMLO unterstützt zu haben.

Dennoch vertraten bei den mexikanischen Wahlen am 2. Juni alle drei Präsidentschaftskandidaten die Kapitalisten. Ihre Differenzen sind höchstens taktischer Natur. Ihr gemeinsames Ziel ist es, das System der Ausbeutung dieses halbkolonialen Landes im Dienste der Imperialisten aufrechtzuerhalten. Daher rief die Grupo Internacionalista, die mexikanische Sektion der Liga für die Vierte Internationale, dazu auf: „Keine Stimme für die Parteien der Bosse: MORENA, PRI, PAN, PRD, MC,¹ usw. Wer auch immer gewinnt, die Ausgebeuteten und Unterdrückten verlieren. Schmiedet eine revolutionäre Arbeiterpartei!“

¹ Bürgerbewegung, eine kleine bürgerliche liberale Partei.



Die neue Präsidentin von Mexiko, Claudia Sheinbaum, Kandidatin der Morena Partei, verspricht, die populistische Politik ihres Mentors, Andrés Manuel López Obrador, fortzusetzen.

Sheinbaums Sieg wurde von Frauen, Werktätigen und den Armen gefeiert. Sie ist eine Wissenschaftlerin jüdischer Abstammung, die sich nicht von ihrem linken Aktivismus an der Universität oder ihren kommunistischen Eltern distanziert hat. Aber auch die oberen der nationalen Bourgeoisie und ihre imperialistischen Herren atmen erleichtert auf. AMLO hat sein Versprechen gehalten, den „sozialen Frieden“ zwischen den Ausgebeuteten und den Ausbeutern aufrechtzuerhalten. Seit den 1950er Jahren kam es wiederholt zu Aufständen von oppositionellen Gewerkschaftsbewegungen gegen die eiserne staatliche Kontrolle durch die korporatistischen Pseudo-Gewerkschaften.² Die Ausbrüche von Kämpfen von Teilen der Arbeiter und Unterdrückten gegen die Hungermaßnahmen der PRI-Regierungen von Carlos Salinas und Ernesto Zedillo, der PAN-Regierungen von Vicente Fox und Felipe Calderón und erneut des PRI-Politikers Enrique Peña Nieto beunruhigten die Kapitalisten. Dennoch waren die „unabhängigen“ Gewerkschaften politisch der Bourgeoisie untergeordnet, zunächst über die von Cuauhtémoc Cárdenas gegründete bürgerliche PRD und dann über MORENA. López Obrador an der Macht hat es geschafft, diese Ausbrüche des Klassenkampfes durch ein Projekt der Re-Korporatisierung der Gewerkschaften,

² Korporatismus besteht in der organischen Integration aller Arten von Organisationen, insbesondere solcher, die behaupten, die Arbeiter zu vertreten, in den bürgerlichen Staatsapparat. Dies war der Mechanismus der sozialen Kontrolle, der das Regime der PRI-Regierung während seiner sieben Jahrzehnte andauernden Herrschaft aufrechterhielt. Er entsprach einem Einparteiensystem mit einer stark verstaatlichten kapitalistischen Wirtschaft. Auf seinem Höhepunkt, von den 1950er bis zu den 70er Jahren, gab es eine Drehtür für Apparatschiks, die von den korporatistischen „Gewerkschaften“ in die Geschäftsführung staatseigener Unternehmen und in die Regierungspartei wechselten. Doch in einer zunehmend privatisierten Wirtschaft, beginnend gegen Ende der 1980er Jahre, versiegte die Geldquelle, die diese Maschinerie geschmiert hatte, und das System geriet in eine Krise.

die die korporatistischen Fesseln teilweise gesprengt hatten, so weit wie möglich einzudämmen.

Auch Claudia Sheinbaum präsentiert sich als Befriederin der Kämpfe der plebejischen Sektoren. Es besteht jedoch ein Widerspruch zwischen den Hoffnungen, die ihr Wahlsieg bei den Ausgebeuteten und Unterdrückten geweckt hat, und der Realität eines halbkolonialen kapitalistischen Landes. Zunächst einmal hängen die Wohlfahrtsprogramme davon ab, dass die öffentlichen Mittel nicht durch einen künftigen Preisverfall bei Öl und anderen Rohstoffen aufgebraucht werden, wie es bei den populistischen Regierungen Lateinamerikas der „rosa Flut“ im ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre der Fall war. Noch grundlegender ist, dass die Unterdrückung der Frauen im kapitalistischen System verwurzelt ist. Für Millionen von Frauen im Land, die durch jahrhundertalte häusliche Sklaverei unterdrückt werden, kommt noch zusätzliche Unterdrückung

im ganzen Land verstreuten Maquiladoras arbeiten, in keiner Weise verringern. Ihre billige und reglementierte Arbeitskraft wird weiterhin von den korporatistischen Pseudo-Gewerkschaften garantiert, da der „Wettbewerbsvorteil“ des mexikanischen Kapitalismus weiterhin in der Superausbeutung der Arbeiterklasse besteht. Die Tatsache, dass eine Arbeiterin in einer Fabrik für Sicherheitsgurte in Reynosa ein Zehntel dessen verdient, was ihr Kollege auf der anderen Seite des Rio Grande verdient, ist genau der Grund, warum die Eigentümer der großen „multinationalen“ Unternehmen die Produktion in Niedriglohnländer verlagern. Der neue Industrialisierungsboom ist größtenteils auf die „Entkopplung“ der US-Wirtschaft von China aus geopolitischen Gründen zurückzuführen, aber auch darauf, dass die chinesischen Industrielöhne von 1.127 Dollar pro Jahr im Jahr 2000 auf 16.153 Dollar im Jahr 2023 gestiegen sind,³ so dass es für Foxconn günstiger ist, iPhones in Ciudad Juárez zu produzieren als in Zhengzhou.

Außerdem wurde in den sechs Jahren der Regierung von AMLO der Mindestlohn um 280 Prozent erhöht und wird bis 2024 9.475 mexikanische Pesos pro Monat betragen, was etwa 491 US-Dollar oder 5.892 US-Dollar pro Jahr entspricht. Man vergleiche nur die Löhne Mexikos mit denen des bürokratisch deformierten Arbeiterstaats China. In Mexiko-Stadt würde die Miete für eine Wohnung für vier Personen in einem Viertel der unteren Mittelschicht im Osten der Stadt etwa 5.000 Pesos betragen, zuzüglich 600 bis 900 Pesos pro Person und Monat für den Transport. Das bedeutet, dass unter Berücksichtigung aller Faktoren, einschließlich der Erhöhung des Mindestlohns, nach Bezahlung von Wohnraum und Dienstleistungen nur sehr wenig Geld für Lebensmittel, Bildung, Gesundheit und Unterhaltung übrig bleibt. Landesweit verdienen von den 40 Millionen Menschen, die ihre Einkünfte aus Arbeitslohn beziehen, 28,7 Millionen (71 %) weniger als 982 US-Dollar pro Monat. In den Maquiladora-Gebieten im Norden, wo die Miete für eine Wohnung nicht weniger als 3.000 Pesos beträgt und die Transportkosten wesentlich höher sind, erhalten fast alle Arbeiter nur den Mindestlohn. Das ist immer noch Armut.

Bürgerliche Feministinnen in Euphorie

Sheinbaums Wahlsieg sorgte in weiten Teilen der feministischen Bewegung in Mexiko, aber auch in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern und sogar in den USA, für große Begeisterung. Akademiker, Journalisten, Politiker und feministische Kollektive verschiedener Art (darunter mehrere, die sich als „links“ und sogar als sozialistisch bezeichnen) waren am Wahltag ekstatisch, als die Medien begannen, die Ergebnisse der letzten Befragungen zu veröffentlichen. Nach der Bekanntgabe ih-

³ Siehe „The East-West Wage Gap Not Nearly As Compelling As It Once Was“ (Das Lohngefälle zwischen Ost und West ist nicht annähernd so groß wie früher), *Forbes* (30. Januar 2023). Selbst unter Berücksichtigung der Inflation ist dies ein enormer Anstieg.

Jueves
30 de mayo
16 hrs

Campamento CNTE
Zócalo, CDMX

FORO-DEBATE

¡Ni un voto a los partidos patronales: Morena, PRI, PAN, PRD, MC, etc.!
Gane quien gane, los explotados y oprimidos pierden

¡Forjar un partido obrero revolucionario!



www.internationalist.org

Plakat der Grupo Internacionalista für ein Diskussionsforum zu den Wahlen auf dem Zócalo (Hauptplatz) in Mexiko-Stadt: „Keine Stimme für die Parteien der Bosse“, darunter Sheinbaum und die MORENA-Partei von AMLO.



Zu Beginn von Claudia Sheinbaums Wahlkampf im März 2024 war der Zócalo in Mexiko-Stadt mit Hunderttausenden von Anhängern gefüllt. Trotz der großen Popularität, die sie und ihr Mentor López Obrador bei den Werktätigen und Armen genießen, ist Morena eine kapitalistische Partei, die den Bossen dient, indem sie die Arbeiter diszipliniert.

res Wahlsiegs durch das Nationale Wahlinstitut verkündete Sheinbaum auf dem Zócalo (dem Hauptplatz von Mexiko-Stadt gegenüber dem Präsidentenpalast): „Ich habe das nicht allein erreicht. Wir Frauen haben es alle zusammen geschafft.“

Für die überwiegende Mehrheit der feministischen Persönlichkeiten und Kollektive liegt der Sieg darin, dass eine Frau Präsidentin geworden ist, unabhängig davon, ob ihre Politik „links“ oder „rechts“ ist. Dies wurde vor den Wahlen klar verdeutlicht durch die Behauptung, dass „wer auch immer gewinnt“ (ob Claudia Sheinbaum oder Xóchitl Gálvez), „Geschichte geschrieben wird“ mit der ersten Präsidentin in Nordamerika. Im März veröffentlichte die Journalistin Yuriria Sierra das Buch *Presidenta: más de cien mujeres te escriben* (Frau Präsidentin, über 100 Frauen schreiben Ihnen) mit Beiträgen von Schriftstellerinnen aus dem gesamten bürgerlichen politischen Spektrum: von ehemaligen Ministerinnen der Regierung AMLO wie Olga Sánchez Cordero und Tatiana Clouthier bis hin zur liberalen Akademikerin Denise Dresser und der offen rassistischen Schriftstellerin und „señora bien“ (anständige Dame) Guadalupe Loaeza, wobei die beiden letzteren beide überzeugte Anhängerinnen von Gálvez sind.

Die Zusammenführung so unterschiedlicher Figuren des Feminismus und der bürgerlichen Politik in einem Buch wie dem von Sierra bringt den politischen Charakter des Feminismus zum Ausdruck: Wenn man davon ausgeht, dass der Hauptwiderspruch in unserer Gesellschaft der zwischen Männern und Frauen ist, ist der Feminismus an sich ein bürgerliches Programm, das darauf abzielt, die Hindernisse zu beseitigen, die Frauen daran hindern, die privilegierten Rollen in der Gesellschaft zu übernehmen, die bisher von Männern eingenommen wurden. Die Fortschritte von Frauen werden sehr oft als „Durchbrechen der gläsernen Decke“ bezeichnet, eine „unsichtbare“ Barriere, die Frauen daran hindert, Führungspositionen in der Wirtschaft, Politik, im akademischen Leben usw. zu übernehmen. Eine Arbeiterin, die für den Mindestlohn in die Fabriken geht, hat eindeutig keine „gläserne Decke“ durchbrochen, wenn sie immer noch häuslicher Sklaverei ausgesetzt ist, selbst wenn sie dafür eine ganze Reihe reaktionärer Hindernisse überwinden musste, angefangen damit, dass die Familie ihr verboten hat, das Haus zu verlassen.

Die feministische Begeisterung war von Beginn der Kampagnen an spürbar. Die

Tatsache, dass die beiden wichtigsten Präsidentschaftskandidaten Frauen waren, wurde überall als Grund zum Gratulieren genannt. Fernsehkommentatoren, Kolumnisten der bürgerlichen Presse und Feministinnen betonten, dass Mexiko, unabhängig davon, wer die Wahlen gewinnen würde, zum ersten Mal in seiner Geschichte eine Präsidentin haben würde. So brachte die Wissenschaftlerin Marcela Lagarde ihre „feministische Freude“ über einen wahrscheinlichen Sieg von Claudia Sheinbaum zum Ausdruck: „Ich bin sehr glücklich, dass sie gewinnen könnte, und dass es Claudia sein wird, denn sie ist eine Frau der Linken, demokratisch“ (*La Jornada*, 6. März). Die feministische Journalistin Sara Lovera hingegen betonte in einem Bericht über die „Marea rosada“ (Rosa Flut)-Demonstration (eine reaktionäre Kundgebung zur Unterstützung von Gálvez)⁴ am 19. Mai in Mexiko-Stadt begeistert, dass „Xóchitl Gálvez Ruíz, Kandidatin für das Präsidentenamt der Republik, den feministischen Kampf gegen das Patriarchat anerkannt hat“ (semexico.mx, 19. Mai).

Die Liedermacherin Vivir Quintana, die für das Lied „Vivir sin miedo“ (Leben ohne Angst) bekannt ist, das zu Beginn der sechsjährigen Amtszeit von AMLO zu einer Art feministischer Hymne wurde, sagte, dass es über die Differenzen zwischen Gálvez und Sheinbaum hinaus „eine Mitstreiterin in der Präsidentschaft

⁴ Die Farbe für die Kundgebung wurde gewählt, weil sie vom Nationalen Wahlinstitut verwendet wird, das López Obrador feindlich gesinnt ist, im Gegensatz zu Morenas Lila.



Arbeiterinnen an einem Fließband in Ciudad Juárez, Mexiko, 2018. Selbst nachdem der Mindestlohn von AMLOs Regierung verdreifacht wurde, verdienen sie immer noch Hungerlöhne. Um die Armut in Mexiko zu beseitigen, braucht es eine sozialistische Revolution.

geben wird, die unermüdlich die Bemühungen zur Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt anführen wird, die einen gleichberechtigten Zugang zu Chancen garantiert und regiert, um die Lebensqualität jeder Frau in diesem Land in allen Lebensphasen zu verbessern, von den großen Städten bis zu den entlegensten Gemeinden“ (*Milenio*, 25. Mai). Am selben Abend präsentierte sie der Öffentlichkeit ein neues Lied, „Compañera presidenta“. In einem Interview mit *Billboard* (29. Mai) sagte sie: „Meine 16-jährige Nichte kann jetzt davon träumen, Präsidentin zu werden.“ Aber während sie diesen bislang unmöglichen Traum träumt, wird sie sich unvermindert den Belastungen und Einschränkungen der Frauenunterdrückung stellen müssen.

In Mexiko hat sich, anders als in vielen anderen Ländern, seit Beginn der Regierung von AMLO der Großteil der organisierten Feministinnen mit der Rechten verbündet, was sich an den Demonstrationen zum 8. März (Internationaler Frauentag) zeigt. (Es sollte angemerkt werden, dass López Obrador, ein evangelikaler Christ, nicht für das Recht auf Abtreibung ist.⁵) Die mit der PAN verbundene feministische Gruppe Brujas del Mar (Meereshexen), die Xóchitl Gálvez bei den Wahlen unterstützte, hatte Vorbehalte gegenüber dem Ergebnis: „Wir Frauen werden die gläserne Decke, die gestern Abend durchbrochen wurde, mit unseren Händen auflesen müssen.“ Andererseits meinte Marta Lamas, eine Vertreterin der traditionellen zweiten Welle des Feminismus: „Ich glaube, dass Claudia es geschafft hat, ein Maß an Übereinstimmung, Disziplin und Effizienz zu vermitteln, die fälschlicherweise als männliche Tugenden gelten.“ Auch feministische Kollektive, die sich als links bezeichnen, zeigten sich begeistert. So schrieb Rosas Rojas (Rote Rosen), eine feministische Organisation, die mit der pseudomarxistischen Grupo de Acción Revolucionaria (GAR – Revolutionäre Aktionsgruppe) verbunden ist, auf ihrem X-Account, ehemals Twitter (3. Juni):

„Mexiko hat zum ersten Mal eine Präsidentin, und zwar eine, die die meisten Stimmen in der Geschichte erhalten hat. Zweifellos ist dies ein Triumph für die politischen Rechte aller Frauen, der erfreulicherweise von einem hohen Maß an gesellschaftlicher Unterstützung begleitet wird. Claudias Sieg lässt sich nicht ohne die Geschichte des Kampfes der mobilisierten Frauen und die massiven Mobilisierungen auf den Straßen erklären, die wir in den letzten Jahren erreicht haben.“

⁵ Abtreibung wurde im September 2023 durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs Mexikos entkriminalisiert, die auf dessen Entscheidungen vom September 2021 basierte, in denen Abtreibungsverbote für verfassungswidrig erklärt wurden, und die Grundlage für bundesstaatliche Anfechtungen von Anti-Abtreibungsgesetzen legte. Siehe „Mexikanische Trotzkiten fordern kostenlose Abtreibung auf Verlangen“, *Permanente Revolution* Nr. 6, Winter 2022 / 2023).

Was bedeutet Sheinbaums Sieg für Frauen in Mexiko?

Mit ihrem Amtsantritt wird Präsidentin Claudia Sheinbaum Oberbefehlshaberin der Streitkräfte, dem Rückgrat des kapitalistischen Staates. Sie wird für die Aufrechterhaltung des Friedens verantwortlich sein, der für das kapitalistische Geschäft erforderlich ist, auch wenn dies bedeutet, auf Repressionen zurückzugreifen. Dass sie die Zustimmung der mexikanischen Bourgeoisie und ihrer imperialistischen Bosse hat, ist offensichtlich. Wenige Tage nach ihrer Wahl traf sie sich mit einer imperialistischen Delegation, die von US-Präsident Joe Biden entsandt worden war und von Elizabeth Sherwood Randall, einer „Sicherheitsberaterin“ des Weißen Hauses, geleitet wurde, um die Fortsetzung der „Politik der Freundschaft“ zwischen beiden Regierungen zu versprechen, die einen „echten hemisphärischen Ansatz für die Zusammenarbeit bei der Einwanderung“ garantiert (d. h. die militärische Blockade der Migration in den Norden durch den Einsatz Tausender Soldaten der mexikanischen Nationalgarde an den Grenzen). Sie traf sich auch mit Kathryn McLay, CEO des äußerst gewerkschaftsfeindlichen Unternehmens Walmart International, die „das Engagement des Unternehmens für das Land bekräftigte“ (*Milenio*, 11. Juni).

Verschiedene feministische Gruppen nutzen Sheinbaums Sieg, um Illusionen in die Möglichkeit einer Reform des Kapitalismus im Dienste der Frauen zu schüren. Ihr Programm ist eines der Klassenzusammenarbeit, der Unterstützung durch die Ausgebeuteten und Unterdrückten für die Frauen der Klasse, die sie ausbeutet und unterdrückt. Aber der Kampf für die Befreiung der Frau ist nicht nur eine demokratische Frage. Die Unterdrückung, unter der Frauen leiden, weil sie Frauen sind, ist das Ergebnis des Privateigentums, auf dem das kapitalistische Ausbeutungssystem beruht. Und da die Unterdrückung der Frau in der Institution der Familie wurzelt, ist es für die vollständige Emanzipation der Frau notwendig, die materiellen Grundlagen zu schaffen, um diese reaktionäre Institution durch die Vergesellschaftung der von ihr wahrgenommenen Aufgaben zu überwinden. Deshalb kämpfen wir für *kostenlose 24-Stunden-Kindertagesstätten*, die auf die Institutionen einer sozialistischen Gesellschaft verweisen, sowie für *kostenlose Abtreibung auf Wunsch* im Rahmen eines vergesellschafteten Gesundheitssystems von höchster Qualität.

Aber selbst rein demokratische Forderungen wie diese können ohne eine sozialistische Revolution nicht vollständig verwirklicht werden, da ihre Umsetzung wesentliche Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft betrifft, angefangen bei der Familie. Dies gilt auch für Gewalt gegen Frauen. Während die Mordrate (Todesfälle durch Gewalt) von Männern zehnmal höher ist als die von Frauen⁶ und der starke Anstieg von Tötungsdelikten gegen Frauen in den letzten Jahren auf den „Krieg gegen die Drogen“ zurückzuführen ist, ist Gewalt gegen Frauen allgegenwärtig. Unter dem Ruf „Sie bringen uns um“ fordern viele Feministinnen implizit oder explizit einen größeren Einsatz von Militär- und Polizeikräften in den Städten, was eine Gefahr für alle darstellt. Es mag absurd erscheinen, aber es ist notwendig zu betonen, dass die kapitalistische Polizei weder Freundin noch Verbündete der Frauen ist. Aber die tägliche Gewalt gegen Frauen im Haushalt ist ein *chauvinistisches* Mittel, um „die Frauen in ihre Schranken zu weisen“. Mit anderen Worten: Sie spiegelt die Unterdrückung der Frau in der Familie wider, und es bedarf einer Revolution, um sie zu beseitigen.

Solche häusliche Gewalt und Belästigung auf der Straße sind in der Tat das Produkt des

weiter auf Seite 30

⁶ Siehe „Italian Trotskyists on International Women's Day“ (Italienische Trotzkiten zum Internationalen Frauentag), *The Internationalist* Nr. 47, März-April 2017.

Weitet den Streik aus, legt Volkswagen lahm!

Mexiko: Streik bei Audi – ein Prüfstein für die Arbeiterklasse

Nachfolgend drucken wir den Text des Flugblatts der Grupo Internacionalista von Mexiko ab, das während ihres Besuchs an Hunderte Arbeiter und Arbeiterinnen verteilt wurde.

10. FEBRUAR 2024 – Das Jahr 2024 hat mit einer wichtigen Schlacht des Klassenkampfes in Mexiko begonnen: Am 24. Januar legten die mehr als 4000 in der Unabhängigen Gewerkschaft der Audi-Beschäftigten (SITAUDI) zusammengeschlossenen Arbeiter im Montagewerk in San José Chiapa, im Bundesstaat Puebla, die Arbeit nieder. Der Streik begann, als die Beschäftigten das unverschämte Angebot der Unternehmensleitung über eine Lohnerhöhung von insgesamt 6,5 % (5 % direkter Lohn und 1,5 % Sozialleistungen) ablehnten. Stattdessen bestanden sie darauf, dass die Erhöhung nicht weniger als 15,5 Prozent betragen sollte, um die reale Verschlechterung der Löhne zu stoppen, die sich aus den jahrelangen ständigen Inflationserhöhungen ergeben hat. Die Forderung der Streikenden ist ein absolutes Minimum.

AKTUALISIERUNG: Das jüngste „Angebot“ des Unternehmens, das von SITAUDI-Chef Cesar Orta Briones „im Einklang mit dem Gesetz“ unterzeichnet wurde, brachte nur eine „Verbesserung“ von 0,5 Prozent, mit den gleichen 5 Prozent bei den Löhnen und nichts im ersten Jahr. Bei der heutigen Abstimmung der Gewerkschaftsmitglieder lehnte die überwiegende Mehrheit der Arbeiter dieses Angebot laut ersten Berichten rundweg ab („Die Audi-Beschäftigten halten das Angebot des Unternehmens für eine generelle Erhöhung um 7 % für einen ‚schlechten Scherz‘; die meisten lehnen es ab“, *La Jornada de Oriente*, 9. Februar).

Am 27. Januar, einige Tage nach Beginn des Streiks, reiste eine Delegation der Grupo Internacionalista nach San José Chiapa, um ihre Solidarität mit dem Streik der Audi-Beschäftigten zu bekunden und sich ein Bild von dem Kampf zu machen. Für die große Mehrheit der Audi-Arbeiter ist dieser Streik ihre erste Erfahrung mit einem Klassenkampf. Das Durchschnittsalter der Arbeiter im Werk liegt bei nur 32 Jahren. Die jungen Arbeiter des Werks zeigen eine erfrischende Kombination aus Enthusiasmus und Disziplin.

Dieser Besuch bildete die Grundlage für ein Forum in Solidarität mit dem Audi-Streik am 2. Februar. Auf diesem Forum wurde beschlossen, eine Karawane der Arbeiter- und Gewerkschaftssolidarität mit dem Streik zu organisieren, die Mexiko-Stadt am Morgen des 10. Februar verlassen wird (siehe den Artikel „Sieg für den Streik der Audi-Arbeiter!“, *Revolución Permanente*, 3. Februar 2024).



Der Streik von mehr als 4000 mexikanischen Arbeitern bei Audi in San José Chiapa, Puebla, am 27. Januar. Der Kampf, der 25 Tage dauerte, war der erste große Streik in diesem Jahr und der erste Streik in der Automobilbranche während der sechsjährigen Amtszeit von Präsident Andrés Manuel López Obrador.

- Mobilisiert die gesamte Automobilbranche zu einer machtvollen Aktion!
- Kein Schritt zurück! Die erste Forderung von SITAUDI ist ein absolutes Minimum. Gleitende Skala der Löhne zur Bekämpfung der Verelendung!
- Arbeiterkontrolle über die Geschwindigkeit der Montagelinien! Keine Repressalien gegen die Streikenden!
- Um zu gewinnen, bildet ein Streikkomitee mit gewählten Delegierten, jederzeit abberufbar!
- Weder PAN, noch PRI, noch PRD, noch Morena: Schmiedet eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Ein Kampf gegen die brutale Ausbeutung, das Geheimnis des mexikanischen Kapitalismus

Der Streik der Audi-Arbeiter hat in der Arbeiterklasse und auch bei den Bossen gewaltiges Interesse geweckt. Es ist der erste im Automobilssektor während der sechsjährigen Amtszeit des bürgerlich-populistischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador und der erste des Unternehmens seit der Eröffnung des Werks im Jahr 2016. Die Zeitschrift *Expansión* (31. Januar) zitiert einen „Experten“ für Arbeitsbeziehungen mit den Worten: „Die Art und Weise, wie der Konflikt (bei Audi) gelöst wird, wird eine Richtlinie in der lokalen Industrie markieren.“ Für die mexikanische Gewerkschaftsbewegung ist der Sieg im Audi-Streik eine entscheidende Herausforderung – die Streikenden dürfen

nicht allein gelassen werden! Viele Gewerkschaften in Mexiko und anderen Ländern haben Solidaritätserklärungen mit ihrem Kampf abgegeben. Jetzt müssen wir von Worten zu Taten übergehen. Es ist dringend notwendig, die Mobilisierung bei Audi durch energische Aktionen der Arbeiter im gesamten Automobilssektor auszuweiten.

Da Audi demselben deutschen imperialistischen Konsortium gehört wie Volkswagen, muss der erste Schritt dieser Strategie darin bestehen, dass die Unabhängige Volkswagenarbeitergewerkschaft, die SITI-AVW, das Werk in Puebla lahmlegt, das nur 75 Kilometer vom Audi-Werk in San José Chiapa entfernt ist. Ein Sieg der Audi-Streikenden wird sich positiv auf die Arbeitsbedingungen und Löhne der VW-Arbeiter auswirken, was im Falle einer Niederlage auch in umgekehrter Richtung der Fall sein wird. Eine Karawane von Audi-Streikenden zum Werk in Puebla, um dort Streikposten zu errichten, hätte eine elektrisierende Wirkung und würde das gewerkschaftliche Grundprinzip, dass eine Streikpostenlinie niemals, wirklich niemals, überschritten werden darf, etablieren/verstärken!

Der Automobilssektor ist der dynamischste Sektor des mexikanischen Maquiladora-Kapitalismus (Maquiladoras sind Montagebetriebe im Norden Mexikos und in Mittelamerika, die importierte Einzelteile zusammen setzen für den Export fertiger Produkte.) In dem Land gibt es 22 Montagewerke für leichte Fahrzeuge mit fast einer Million Beschäftigten. Im Rahmen des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens USMCA (United States-Mexico-Canada Agreement, Nachfolgeabkommen des NAFTA) besteht der „Wettbewerbsvorteil“, den die mexikanische Bourgeoisie ihren imperialistischen Herren bietet, in der Kombination aus niedrigen Löhnen und einer vom Korporatismus reglementierten Arbeiterschaft, der seit 90 Jahren die „Gewerkschafts“-Organisationen in den kapitalistischen Staatsapparat integriert hat. Auf diese Weise versucht er, jeglichen Klassenkampf und unabhängigen Kampf der Arbeiter zu ersticken. Die Arbeiter von General Motors

in Silao haben mit Hilfe der Mechanismen des USMCA, d. h. durch Betteln bei den imperialistischen Gremien, eine 10-prozentige Lohnerhöhung erhalten. Wenn die Audi-Arbeiter hingegen ihre Forderungen durch einen Streik durchsetzen, werden sie den Ketten des korporatistischen Kontrollsystems einen Schlag versetzen.

Die Arbeiter in der mexikanischen Automobilindustrie verdienen im Durchschnitt etwa 2.300 Pesos pro Woche, was etwa 2,50 Dollar pro Stunde entspricht, oder ein Zehntel dessen, was ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in den Vereinigten Staaten verdient. Diese brutale Ausbeutung, die die Arbeiter zum Elend verurteilt, ist eine Grundvoraussetzung für den mexikanischen Kapitalismus. In diesem Land, in dem der miserable Mindestlohn vom Nationalpalast aus verordnet wird, ist ein beharrlicher Kampf für Lohnverbesserungen auch ein politischer. Er muss daher mit einer Politik des Klassenkampfes geführt werden, sowohl gegen die imperialistischen Bosse mit ihren mexikanischen Juniorpartnern, als auch gegen die bürgerlich-populistische Regierung von AMLO, die sich fälschlicherweise als „Freund“ der Arbeiter darstellt.

Es ist notwendig, mit allen Politikern und Parteien der Bosse – Morena, PRI, PAN, PRD usw. – zu brechen und die Ausverkäufer-Gewerkschaftsbürokratie, die als Leutnant des Kapitals agiert, hinauszuerwerfen. In der Hitze des Klassenkampfes ist es auch notwendig, eine revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, das heißt eine leninistische und trotzkistische Partei der proletarischen Avantgarde, die in der Lage ist, die Ausgebeuteten und Unterdrückten im Kampf anzuführen für eine Arbeiter- und Bauernregierung in diesem Land, und die sozialistische Revolution auf den Rest des Kontinents auszudehnen.

Korporatismus und imperialistischer Krieg

Der Audi-Streik findet inmitten des schier endlosen Vorwahlkampfes um die Präsidentschaft der Republik statt. Obwohl sie ihre „taktischen“ Differenzen haben, sind sich die kapitalistischen Vorkandidaten Claudia Sheinbaum von Morena und Xóchitl Gálvez von der PRI-PAN-PRD-Allianz in den wesentlichen Punkten einig. So sehen beispielsweise beide das „Nearshoring“ (d. h., die „Verlagerung“ der Produktion näher an den US-Markt) als Grundlage für künftigen (und unerreichbaren) Wohlstand für die verarmte arbeitende Bevölkerung des Landes. Dies ist ein handelspolitischer Schlag gegen China als Teil der imperialistischen Kriegskampagne, deren Endziel es ist, die Konterrevolution in diesem bürokratisch deformierten Arbeiterstaat zu provozieren.

Die Devise der „Verlagerung“ von Niedriglohnindustrien zugunsten des geopolitischen Angriffs des US-Imperialismus ist auch das Programm, das in der aktuellen sechsjährigen Amtszeit von AMLO umgesetzt wird, dessen industrielle Infrastrukturprojekte, wie der Interozeanische Korridor des Isthmus von Tehuantepec, in diese Perspektive passen (siehe unseren Artikel „López Obrador zieht mit in den Krieg des US-Imperialismus gegen China“ in *Revolución Permanente* Nr. 12, Mai-Juni 2023). Als Teil dieses Krieges nimmt Mexiko unter AMLO bereits an Militärmärschen mit den USA teil, die Schlachten gegen chinesische Streitkräfte auf pazifischen Inselgruppen vorsehen.



Am Forum vom 2. Februar beteiligten sich Delegierte und Aktivisten von zehn Gewerkschaften, besonders vom Sektor Bildungswesen.

Schlüssel zum Erfolg: Brecht mit der Bourgeoisie und ihrem Staat!

Mexiko: Audi-Streik kommt zu kurz

Der folgende Text ist eine abgekürzte Übersetzung von dem Artikel, der Ende Februar 2024 erschien und in der aktuellen Ausgabe von *Revolución Permanente* (Nr. 13, Oktober-November 2024), die Zeitung der Grupo Internacionalista, mexikanische Sektion der Liga für die Vierte Internationale, abgedruckt wurde.

Am 18. Februar endete der Streik der Unabhängigen Gewerkschaft der Audi-Arbeiter (SITAUDI) nach 25 Tagen Arbeitsniederlegung. Zwei Drittel der Streikenden stimmten dafür, den Vorschlag der Bosse anzunehmen, der eine direkte Gehaltserhöhung von 7 Prozent mit zusätzlichen 3,2 Prozent Sozialleistungen vorsah. Die ursprüngliche Forderung der Gewerkschaft bestand in einer direkten Gehaltserhöhung von 15,5 %, Gewerkschaftssprecher deuteten jedoch an, dass die Mindestuntergrenze für sie im „zweistelligen Bereich“ liegen würde. Mit anderen Worten: SITAUDI akzeptierte weniger als die Hälfte der geforderten Summe, was die Verluste jahrelanger Inflation kaum ausgeglichen hätte, und ihre Forderung unterschied sich kaum von dem bisherigen „Angebot“ des Unternehmens.

Dies erinnert an das berühmte Sprichwort aus der Fabel von Aesop, „Der Berg kreiße und gebar eine Maus.“ Der Grund für diesen „Mäusevertrag“ liegt darin, dass die Gewerkschaftsführung, wie fast alle mexikanischen Gewerkschaftsführer, durch das erdrückende Bundesarbeitsgesetz (Ley Federal de Trabajo, LFT) eingeschränkt wurde. Die von der LFT diktierten Regeln strukturieren ein korporatistisches



La Jornada de Oriente

Die Arbeiter im Audi-Werk im mexikanischen Bundesstaat Puebla stimmen über den Tarifvertrag ab, Februar 2024.

System der staatlichen Kontrolle der Arbeiterbewegung. Abgesehen von den Gewerkschaften, die direkt in den bürgerlichen Staatsapparat integriert sind (CTM, CROC, CROM usw.), bleiben auch die formal „unabhängigen“ Gewerkschaften durch die tausend Tricks, die ihnen die staatliche Schlichtung ihrer Kämpfe auferlegt, an das Kontrollsystem gebunden.

Der Kampf der Audi-Arbeiter hatte ein enormes Potenzial. Er hätte die Gewerkschaftsbildung des Reinigungspersonals im Audi-Werk umfassen können, ein hart unterdrückter Sektor aus indigenen Arbeitern, die von einer weißen Pseudogewerk-

schaft reglementiert werden, die Teil der korporatistischen CTM ist. Wir von der Internationalistischen Gruppe plädierten auch dafür, die Bewegung auf das Volkswagen-Werk in Puebla auszuweiten. Tatsächlich ist die Metropolregion Puebla von einem riesigen Industriegürtel aus Dutzenden von Autoteilefabriken umgeben, die sowohl im Dienste von Audi als auch von Volkswagen stehen. Zusammen mit den Nissan-Autowerken in Cuernavaca und Stellantis in Toluca bilden sie einen Kern der Arbeitermacht im Zentrum des Landes mit enormer sozialer Macht. Um diesen Giganten aufzuwecken, ist es notwendig,

Seit Jahrzehnten werden die Kämpfe des mexikanischen Proletariats durch die korporatistische Fesseln abgewürgt. Der Automobilsektor liefert zahlreiche Beispiele dafür. Wie z. B. 1990, als streikende Arbeiter bei Ford Cuautitlán von einer Gruppe von Schlägern von Fidel Velázquez' Confederación de Trabajadores de México (CTM – mexikanischer „Gewerkschaftsverband“) angegriffen wurden. Ein Heer von 400 CTM-Schlägern, die mit Maschinengewehren, Pistolen und Rohren bewaffnet waren, griff die Arbeiter im Auftrag der Bosse an. Zehn Arbeiter des Werks erlitten Schusswunden, und einer von ihnen, Cleto Nigno Urbina, starb ein paar Tage später. Der Täter war Wallace de la Mancha von der CTM, aber die Verantwortlichen waren die Bosse von Ford und die PRI-Regierung, die wie immer ihre „Arbeiterpolizei“ einsetzte.

Das ist der Sinn der Rekorporatisierung, die AMLO mit dem Einverständnis der Führer der „unabhängigen“ Gewerkschaften so erfolgreich durchgeführt hat: die Arbeiter, die der Kontrolle der *Charros* (von der Regierung gesteuerte Gewerkschaftsbürokraten) entkommen waren, wieder in den Schoß des Korporatismus zurückzubringen. Der Nationale Arbeiterverband (UNT), dem sowohl SITAUDI als auch SITIAVW angehören, ist ein neo-korporatistisches Gremium, das sich seit seiner Gründung durch die Unterwerfung seiner Bürokraten unter das Diktat der kapitalistischen Regierung und der Bosse auszeichnet. Um einen erbitterten Kampf gegen Audi und die bürgerliche Regierung zu gewinnen, ist daher eine Politik des Klassenkampfes erforderlich,

die sich nicht nur gegen einen besonders arroganten imperialistischen Chef und seinen lokalen Manager Jacobo Issa richtet, sondern gegen das kapitalistische System und seine Vertreter innerhalb der Arbeiterbewegung.

Anstatt um einen Prozentpunkt mehr oder weniger Lohnerhöhung zu feilschen, muss für eine gleitende Lohnskala gekämpft werden, die die Löhne automatisch im gleichen Verhältnis wie die Inflation ansteigen lässt. Um den Streik zu stärken und zu verhindern, dass er an die Bosse ausverkauft wird, ist es notwendig, ein Streikkomitee zu bilden, das sich aus gewählten Delegierten zusammensetzt, die jederzeit abberufen werden können, einschließlich der derzeitigen Führung, um sicherzustellen, dass sie sich dem Willen der Basis unterordnet.

Der Kampf der jungen und entschlossenen Audi-Arbeiter kann viele andere Arbeiter im Lande inspirieren, ihren eigenen Kampf gegen Ausbeutung, Hungerlöhne und brutale Arbeitsbedingungen aufzunehmen. Letztlich kann der Kampf der Arbeiter nur dann endgültig siegen, wenn er sich auf eine sozialistische Revolution zubewegt. Wir fordern die Arbeiter bei Audi und Volkswagen in Deutschland als auch in der Autobranche in den USA auf, ihren entscheidenden Beitrag zu diesem Kampf durch konkrete Solidaritätsaktionen mit den Streikenden bei Audi Mexiko zu leisten. Die Grupo Internacionalista, die mexikanische Sektion der Liga für die Vierte Internationale, betont, dass revolutionäre leninistisch-trotzkistische Arbeiterparteien geschmiedet werden müssen. ■



Revolución Permanente

Am 10. Februar reiste eine Karawane in Solidarität mit dem Streik der Audi-Arbeiter, initiiert von der Grupo Internacionalista mit Unterstützung von Gewerkschaften wie SITUAM und SUTIEMS, von Mexiko-Stadt zum Audi-Montagewerk in San José Chiapa, Puebla.

Sheinbaum...

fortgesetzt von Seite 27

Machismo, gegen den alle ankämpfen müssen. Sie spiegelt in vielen Fällen auch die Verzweigung armer Familien wider, die sich in den letzten Jahrzehnten aufgrund der Zerstörung der ländlichen Wirtschaft und der erzwungenen Migration von Millionen von Menschen in die verarmten Gebiete rund um die Großstädte, wo es ihnen an wirtschaftlicher Sicherheit mangelt, verschärft hat. Um den Kampf für die Befreiung der Frauen von der doppelten oder dreifachen Unterdrückung, unter der sie leiden, wirklich voranzutreiben, muss man an die Wurzel des Übels gehen. Diese Wurzel ist das bürgerliche Privateigentum, dessen grundlegende Einheit die Institution der Familie ist, sowohl um das Eigentum an eine neue Generation von Kapitalisten weiterzugeben als auch um neue Generationen von Ausgebeuteten, sowohl Männer als auch Frauen, zu reproduzieren, die den Reichtum erwirtschaften, den die Bourgeoisie ihnen abpresst. Die Befreiung der Frauen ist unmöglich, ohne das kapitalistische System des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu beenden.

Kämpft für die internationale sozialistische Revolution!

Die Unterstützung, die AMLO und Claudia Sheinbaum von arbeitenden Männern und Frauen sowie von der armen Land- und Stadtbevölkerung erhalten haben, basiert letztlich auf Versprechen, die keine kapitalistische Regierung erfüllen kann. Das von López Obrador umgesetzte Programm zur Re-Korporatisierung der „unabhängigen“ Gewerkschaften ist ein Versuch, zu den „goldenen“ Jahren der PRI zurückzukehren, die einen korporatisierten sogenannten „Sozialpakt“ förderten, der auf zwei Säulen basierte: der Integration von Arbeiter- und Bauernorganisationen in den bürgerlichen Staatsapparat und der Gewährung einiger grundlegender demokratischer Rechte wie dem Zugang zu Gesundheit und Bildung. Das öffentliche Bildungswesen wuchs in den Jahren 1940–1980 stark an – mit der enormen Erweiterung der Nationalen Universität und der Gründung des Polytechnischen Instituts und der Hochschule für Lehrerbildung – ebenso wie der öffentliche Gesundheitssektor mit Sozialversicherungseinrichtungen wie dem IMSS und dem ISSSTE.⁷

Dies war das „Zuckerbrot“, das die Schläge der „Peitsche“ der PRI-Regierung milderte, die jeden, der sich dem bonapartistischen Regime nicht beugte, scharf unterdrückte. Das Zuckerbrot war dank einer hoch verstaatlichten bürgerlichen Wirtschaft möglich. Mit den „neoliberalen“ Privatisierungen seit Ende der 1980er Jahre gibt es diese Grundlage nicht mehr. Deshalb hat die Regierung von AMLO mehrere Sozialhilfeprogramme für die Bedürftigsten entwickelt. Die Regierung berichtet, dass „fünf Millionen Menschen“ während der sechsjährigen Amtszeit von AMLO aus der Armut befreit worden sein werden. 2018 lebten 41,9 Pro-

⁷ Das Mexikanische Sozialversicherungsinstitut für Arbeiter im Privatsektor bzw. das Sozialversicherungsinstitut für Arbeiter im öffentlichen Dienst.

zent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, 2022 waren es 36,3 Prozent (das letzte Jahr, für das Coneval, die staatliche Einrichtung zur Messung der Armut, Daten hat). Allerdings ist die Zahl derer, die in „extremer Armut“ leben, gestiegen. Ein Kapitalismus „mit menschlichem Antlitz“ ist nicht möglich, schon gar nicht in einem halbkolonialen Land wie Mexiko.

Die populistischen Maßnahmen von AMLO, die Sheinbaum zu erhalten und zu „vertiefen“ verspricht, bedeuten keineswegs, dass die als „Neoliberalismus“ bekannte Politik der Angriffe auf die Arbeiterklasse beendet wird. Tatsächlich sind die Sozialmaßnahmen, die aus direkten Geldtransfers an die Armen bestehen, Teil des Spielbuchs der amerikanischen „Freihandelsbefürworter“-Ökonomen, die als Chicago Boys bekannt sind. 1975 forderte Milton Friedman selbst, der Anführer der Chicago Boys, die blutrünstige Pinochet-Putschregierung in Chile auf, solche Geldtransfers zu tätigen, um soziale Explosionen unter den Arbeitern ohne sichere Arbeitsplätze in verschiedenen Sektoren zu vermeiden. In Mexiko wurden unter der Regierung von López Obrador „Benito-Juárez-Stipendien“ für Kinder und Jugendliche in der Grundbildung eingeführt. Aber selbst wenn sie die brutalsten Auswirkungen der Armut ein wenig lindern, basieren diese Maßnahmen auf der Untergrabung und sogar effektiven Beseitigung der Rechte der allgemeinen Bevölkerung, wie im öffentlichen Bildungs- und Gesundheitswesen.

Wie die Erfahrung des Roten Oktobers 1917 zeigt, ist es unerlässlich, dass die Ausgebeuteten und Unterdrückten ein Instrument für den politischen Kampf haben, eine internationalistische revolutionäre Arbeiterpartei. Es war die bolschewistische Partei unter Lenin und Trotzki, die zum ersten Mal die Abtreibung legalisierte, während sie gleichzeitig versuchte, vergesellschaftete Institutionen einzuführen, die die Grundlage für eine echte Befreiung der Frauen bilden würden. Die Partei, die gebraucht wird, muss einen harten Kampf für kostenlose Abtreibung auf Wunsch im Rahmen eines vergesellschafteten Gesundheitssystems von höchster Qualität führen. Sie wird auch gegen den *Machismo* in all seinen Formen kämpfen müssen und die Rechte von Schwulen, Lesben und Transsexuellen verteidigen. Um diesen Kampf zu führen, ist der Prüfstein die vollständige und umfassende Unabhängigkeit der Ausgebeuteten und Unterdrückten von kapitalistischen Parteien und Politikern sowie von ihrem Staat.

Die Wahl einer Frau ins Präsidentenamt spiegelt zwar einen wichtigen gesellschaftlichen Wandel wider, ändert jedoch nichts an der systematischen Unterdrückung der Frauen. Um Frauen und alle Unterdrückten zu befreien, ist es notwendig, mit allen kapitalistischen Parteien zu brechen – von der PRI, PAN, PRD und den Grünen bis hin zu MORENA und ihren Satelliten – und eine leninistisch-trotskistische Partei der proletarischen Avantgarde zu schmieden. Die Emanzipation der Frauen kann nur durch eine sozialistische Revolution erreicht werden, in der die Arbeiterklasse an der Spitze aller Unterdrückten für eine Arbeiter- und Bauernregierung kämpft, um die Gesellschaft auf der Grundlage der

„Enteignung der (kapitalistischen) Enteigner“ neu zu organisieren und die sozialistische Revolution international auszuweiten.

Dies ist das Programm der Grupo Internacionalista, der mexikanischen Sektion der Liga für die Vierte Internationale. *Schließt euch der GI und der LVI an!* ■



Dieses Foto, das angeblich Randalierer zeigt, die nach dem Fußballspiel Maccabi-Ajax am 7. Juli in Amsterdam israelische „Fans“ angreifen, zeigt in Wirklichkeit palästinensische Demonstranten, die vor dem Spiel von der Polizei gejagt werden.

Amsterdam...

fortgesetzt von Seite 32

lich gemacht werden, die den Israelis gegenüberstanden, sondern nur einige Handvoll Jugendlicher, die um sich schlugen und dann wegliefen. Solche individuellen Racheakte gegen beliebige Israelis werden natürlich nichts für die bedrängte Bevölkerung des Gazastreifens bewirken und werden stattdessen von den Imperialisten und Zionisten benutzt, um palästinensische Solidaritätsproteste zu diskreditieren.

Aber das ist nicht die ganze Geschichte, nicht einmal die Hauptgeschichte – bei weitem nicht.

Am nächsten Tag, **Freitag, den 8. November**, bezeichnete die Amsterdamer Bürgermeisterin Femke Halsema die „Jungs auf den Rollern“ als „antisemitische Schlägertrupps“ und sagte groteskerweise, dass dies „die Erinnerung an Pogrome weckt“. Auf noch ungeheuerlichere Weise verglich Israels völkermörderischer Kriegsverbrecher und Premierminister Benjamin Netanjah die Ereignisse mit der *Kristallnacht*, dem Pogrom vom 10. November 1938 in Nazi-Deutschland. In dieser „Nacht der zerbrochenen Gläser“, heute auch Reichspogromnacht genannt, die häufig als Beginn des Holocausts zitiert wird, wurden 91 Juden getötet und 30 000 jüdische Männer verhaftet und in Konzentrationslager deportiert. Tatsächlich, die antizionistische jüdische Organisation Erev Rav und die Plattform Stop Racism and Fascism mussten ihre geplante Gedenkveranstaltung zur Kristallnacht absagen, weil „der Bürgermeister und die Polizei von Amsterdam israelischen Zionisten erlaubten, Chaos zu stiften, palästinensische Flaggen zu verbrennen, ‚Arabern‘ den Tod zu wünschen und Taxifahrer zu misshandeln“.

Während die Medien Berichte über die Polizei und die israelische Botschaft wiederkäuten und ein Video von Maccabi-Schlägern, die Menschen angreifen, als an-

geblichen antisemitischen Mob darstellten, postete die Fotografin, die das Video aufgenommen hatte, Annet de Graaf, einen Online-Brief (der sich schnell verbreitete) an CNN, BBC, den Londoner *Guardian* und die *New York Times* und forderte sie auf, eine Entschuldigung und eine Richtigstellung zu veröffentlichen.³ Sie antworteten nicht, obwohl die *Times* das Video später korrekt beschrieb (und es vom Netz nahm, damit die Leser es nicht sehen konnten). Glücklicherweise gibt es ein ausführliches (17-minütiges) Video von einem scharfsinnigen, frechen jungen (16-jährigen) Reporter, auf seinem YouTube-Kanal „Bender“, das die Realität anschaulich zeigt (<https://www.youtube.com/watch?v=ySHIOYy-J95A&t=450s>, mit ausgezeichneten englischen Untertiteln). Wir empfehlen allen unseren Lesern, es sich anzusehen.

Begleitet von einem Kameramann folgt „Bender“ den Hooligans in der Nacht vom 7. auf den 8. November vom Stadion zum Hauptbahnhof, wo sie durch die Amsterdamer Innenstadt marschieren. Er zeigt, wie sie eine weitere palästinensische Flagge herunterreißen und sich mit Metallrohren und Holzlatten bewaffnen, während die Amsterdamer Polizei daneben steht. Er stellt fest, dass diese Truppe sich sehr anders verhält als die Fans der lokalen Fußballklubs, dass sie sehr gut organisiert sind und sich in Gruppen von 100 oder mehr Personen bewegen; sein Video zeigt, wie sie von einem offensichtlichen Anführer instruiert werden, und er stellt fest, dass viele von ihnen vermutlich Soldaten oder ehemalige Soldaten sind. Er zeigt auch, wie die vielgeschmähten Taxifahrer nur hupen konnten, um gegen die Maccabi-Marodeure zu protestieren. Und die Bender-Aufnahmen zeigen aus noch

³ Ausschnitte aus de Graafs Video sind in einem Interview mit ihr auf dem YouTube-Kanal des britischen Kommentators Owen Jones zu sehen, „Witness To Israeli Hooligan Rampage Exposes How Media LIED About Her Footage“.



Screenshot aus dem „Bender“-Video, das zeigt, wie Maccabi-„Fans“ in den frühen Morgenstunden des 8. November marodierend durch Amsterdam ziehen, mit Pflastersteinen werfen und Passanten angreifen.

Besucht die Liga für die Vierte Internationale/ Internationalistische Gruppe im Internet

<https://www.internationalist.org>

auf Deutsch <https://www.internationalist.org/indexdeutsch.html>

Auf unserer Website verfügbar:

- Gründungserklärung der Internationalistischen Gruppe
- Declaration of the League for the Fourth International
- Artikel von *Permanente Revolution*
- Artikel von *The Internationalist*
- Artikel von *Revolution (Jugendpresse)*
- Artikel von *Revolución Permanente*
- Artikel von *Vanguardia Operaria*
- Artikel von *L'Internazionalista*
- Artikel von *L'Internazionaliste*
- Artikel von *Marxism & Education*
- *Marxism & Women's Liberation*
- Publikationen und Dokumente der LVI, Marxistische Lektüren und mehr



größerer Nähe, wie sie über eine Straße stürmen, um jemanden zu schlagen.

Obwohl ihre Mannschaft, Tel Aviv Maccabi, 0:5 gegen Ajax verloren hat, sind diese „Fans“ bemerkenswerterweise keineswegs niedergeschlagen, sondern voller Energie. Sie sind auf einer Mission, um zu provozieren. Die in der israelischen Presse verbreiteten Berichte über angebliche Messerstechereien, Versuche, Israelis mit Autos zu überfahren, Israelis, die in ihren Hotels unter Belagerung kauern, usw., sind ohne Beweise, und die Meldung über Entführungen wurde von der konservativen Tageszeitung *De Telegraaf* (8. November) fast sofort widerlegt. Der zionistische Staat wurde bei dieser Propagandamasche natürlich von den Niederlanden voll unterstützt. Die rechtsgerichtete niederländische Regierung, zu der auch die faschistoide PVV (Partei der Freiheit) des muslimfeindlichen rassistischen Demagogen Geert Wilders gehört, will die Flüchtlingsrechte aufheben und Afrikaner möglicherweise nach Uganda abschieben. Sie will Wilders' Programm umsetzen, ihm aber zwecks schönen Scheins (vorerst) keinen Kabinettsposten geben.

Ministerpräsident Dick Schoof versucht außerdem, eine gerichtliche Verfügung aufzuheben, die die Niederlande daran hindert, F-35-Kampfflugzeugteile nach Israel zu liefern, und die Regierung kündigte für den 11. November einwanderungsfeindliche Polizeikontrollen an der Grenze an. Noch heimtückischer war die eifrige Beteiligung der Amsterdamer Bürgermeisterin Halsema, einer angeblichen „Liberalen“ von der Partei GroenLinks (Grüne/Linke), an dem „Pogrom“-Komplot. Und der König der Niederlande, Papagei des rassistischen Regimes, zog eine Parallele zum Schicksal der niederländischen Juden im Zweiten Weltkrieg. Er hat nicht den Streik der niederländischen Arbeiter vom Februar 1941⁴ gegen die von den Nazis durchgeführten Deportationen gelobt, sondern vielmehr dem zionistischen Völkermord in Gaza Deckung gegeben. Gegen den pro-zionistischen Konsens blieb es der Amsterdamer Stadtrat Jazie Veldhuyzen (von der kleinen linken Gruppe De Vonk [Der Funke]) überlassen, in mehreren Interviews darauf zu bestehen, dass die Einwohner der Stadt auf rassistische Provokationen reagierten.

Nicht alle Medien schlossen sich dem orchestrierten Chor an, der die organisierte israelische Provokation mit falschen Behauptungen über „antisemitische Angriffe“ vertuschte. *Al Jazeera* (8. November) zitierte Veldhuyzen mit den Worten, die Polizei habe „nur gehandelt, um die Maccabi-

⁴ Siehe Kasten „February 1941: Dutch Workers Struck Against Deportation of the Jews“ in unserem Artikel „Rotterdam Protest Calls for Workers Boycott of Weapons Transport, Strikes Against the War“, *The Internationalist* Nr. 16, Mai-Juni 2003.



Anhänger des israelischen Fußballvereins Maccabi Tel Aviv zeigen am 7. November auf dem Dam-Platz die Vereins- und Israelflagge. Maccabi-„Fans“ griffen im vergangenen März in Griechenland einen pro-palästinensischen Aktivist an und attackierten in Israel Anti-Netanjahu-Demonstranten.

Hooligans zu schützen, wenn Amsterdamer aufstanden, um ihre eigenen Leute und ihre eigenen Häuser zu verteidigen“. Außerdem hat *Al Jazeera* ein Video des israelischen Analysten Ori Goldberg gezeigt, der sagte, wenn „israelische Fans in Amsterdam randalieren und rassistische Lieder singen ... palästinensische Flaggen herunterreißen“, gebe es den Eindruck von Straffreiheit und „völliger Zurückweisung der Vorstellung, dass Handlungen Konsequenzen haben“. *Middle East Eye* (8. November) titelte: „Israelische Hooligans provozieren Zusammenstöße in Amsterdam“ und „Israelische Fußball-Hooligans bringen Kultur des Völkermords nach Amsterdam“ und fügte hinzu, dass dies „eine Gesellschaft widerspiegelt, die das Massenmorden feiert“. Das tut es in der Tat.

Ja, es gab am 7./8. November in Amsterdam einige antisemitische Vorkommnisse – z. B. als Umstehende „Kankerjood“ („Krebsjude“) skandierten, als ein Maccabi-Anhänger in eine Gracht gejagt wurde –, die marxistische Internationalisten entschieden ablehnen. Aber es ist der grauenvolle Völkermord Israels in Gaza – und seine tödliche Besetzung des Westjordanlandes, der Terrorkrieg gegen den Libanon usw. – der den Antisemitismus schürt. Wenn Schlägertrupps darin schwelgen, nach offizieller Zählung der Gesundheitsbehörden des Gazastreifens 45 000 Palästinenser getötet zu haben, davon 70 % Frauen und Kinder, zumeist durch Luftangriffe auf Wohnhäuser, während medizinische Teams aus den USA, die die Enklave besucht haben, die Zahl der Toten auf fast 100 000 beziffern, dann hat das Folgen. Zurück zu schlagen gegen die Maccabi-Marodeure, ja sogar einige von ihnen einzeln anzugreifen, ist eine verständliche Reaktion der Ohnmacht und Wut angesichts eines unsäglichen Verbrechens. Und dass die Zionisten den Widerstand gegen den Völkermord in Gaza als antisemitisch bezeichnen und den israelischen Staat mit dem jüdischen Volk im Allgemeinen gleichsetzen, kann den *echten* Antisemitismus nur befördern.

Trotz der zynischen Propaganda über ein angebliches „antisemitisches Pogrom“ in Amsterdam meldete die Polizei *keine* (gleich Null) Angriffe auf niederländische Juden und *keine* (Null) Angriffe auf Synagogen. Zwar grub eine Agentur einen Aufruf zur „Judenjagd“ in einer Telegram-Gruppe aus, doch solches hat nicht stattgefunden. Was tatsächlich geschah, wurde von der Gruppe Amsterdam für Palästina auf Instagram zusammengefasst: „Wenn Menschen gegen den Völkermord aufstehen und ihre Stimme gegen den zionistischen Staat Israel erheben wollen, beschließt @burgemeesterfermkehalsema, sie zum Schweigen zu bringen und schickt die Bereitschaftspolizei gegen Demonst-



‘ANTISEMITIC’ ATTACKS ON FOOTBALL FANS IN AMSTERDAM

Noch mehr Lügen: Was das Foto tatsächlich zeigt, sind zionistische Fanatiker von Maccabi Tel Aviv, die am 6. November auf dem Dam-Platz in Amsterdam den Völkermord im Gazastreifen feiern.

ranten, während die IDF und der Mossad in der Stadt Amsterdam freie Hand bekommen haben.“ Tage später sind die zionistischen Provokateure verschwunden, aber pro-palästinensische Proteste sind dort immer noch verboten.

Die Liga für die Vierte Internationale ruft zu einem arabisch-hebräischen Arbeiterstaat Palästina in einer sozialistischen Föderation des Nahen Osten auf. Um das mörderische Joch der zionistischen Unterdrückung zu zerbrechen, ist ein gemeinsamer Kampf von Arabern und Juden für eine Arbeiterrevolution erforderlich, die von einer authentisch kommunistischen Avantgarde angeführt wird, um den religiös begründeten, antidemokratischen kapitalistischen Staat Israel zu stürzen. Das mag heute angesichts des Gemetzels und der Kriegshysterie, die die israelischen Zionisten – sowohl die „liberalen“ als auch die faschistischen „Ultra“-Zionisten – ergriffen hat, schwer vorstellbar sein, aber es ist der einzige Weg zur Befreiung aller Unterdrückten. Andernfalls könnte das zionistische Projekt, während die israelischen Führer versuchen, einen allgemeinen Krieg im Nahen Osten auszulösen, in den warnenden Worten von Leo Trotzki vor 85 Jahren, zu einer „blutigen Falle“ für die Juden⁵ – und zu einem Holocaust für die Araber und andere Völker in der Region werden.

Die „Operation Amsterdam“ – um nichts anderes handelt es sich bei dieser Affäre – war eine Machenschaft der zionistischen psychologischen Kriegsführung. Dreitausend militärisch organisierte israelische Männer komplett mit Mossad-Spitzeln, die in einem europäischen Land auftauchen, das von ethnischen Konflikten erschüttert ist, und in einem disziplinierten Mob durch die Stadt maraudieren und alles und jeden angreifen, der mit Palästina identifiziert wird, sind kein Haufen Fußballfans, die einen Ausflug machen und zufällig Amok laufen. Sie waren in einer Mission unterwegs, um eine Reaktion zu provozieren, die dann dazu genutzt werden könnte, rassistische politische Kräfte zu mobilisieren, um muslimische Einwanderer aus dem Land zu vertreiben, so wie es das zionistische Militär

⁵ Leo Trotzki, „On the Jewish Problem“ [Über das jüdische Problem] (1937-40).

im Gazastreifen tut (und wie es die faschistoiden Siedler im Westjordanland tun wollen). Es ging darum, den Gaza-Krieg nach Europa zu bringen.

Dies unterstreicht die entscheidende Bedeutung der Mobilisierung des Massenwiderstands *in den imperialistischen Zentren* gegen den US-/Israel-Krieg. Wie wir betont haben, wäre der jetzt stattfindende Völkermord ohne US-Militärlieferungen (und die Komplizenschaft anderer NATO-Länder) nicht möglich.⁶ Der Massenmord und das vorsätzliche Aushungern der arabischen Bevölkerung in Gaza geht weiter. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Jugendproteste dieses Frühjahrs auf die Arbeiterklasse übergreifen, die die Macht hat, diesem ungeheuerlichen Verbrechen Einhalt zu gebieten. Die Proteste müssen sich nicht nur gegen die israelisch-zionistischen Kriegsverbrecher richten, sondern vor allem gegen die imperialistischen Herrscher, die in ihren Kriegen im Nahen Osten seit 2001 *mehr als eine Million Menschen ermordet* haben, von Afghanistan über den Irak bis zum Jemen, und die in Gaza immer noch am Werk sind.

Wie Trotzki, Mitankführer der russischen Oktoberrevolution 1917, vor 85 Jahren schrieb, ist die Rettung der Völker der Region „untrennbar mit dem Sturz des kapitalistischen Systems verbunden“. ■

⁶ Siehe „Gaza Genocide Made in USA“ (August 2024), in *The Internationalist* Nr. 73, Juni-August 2024.

Liga für die Vierte Internationale

LVI, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, U.S.A. Email: internationalistgroup@msn.com Website: www.internationalist.org

LFI in Australien

E-mail: lfi_aus@proton.me

Liga Quarta-Internacionalista do Brasil

Caixa Postal 084027, CEP 27251-740, Volta Redonda, RJ, Brasilien; Caixa Postal 3982, CEP 20001-974, Rio de Janeiro, RJ, Brasilien; Email: lqb1996@yahoo.com.br

Internationalistische Gruppe/Deutschland

LVI, Postfach 809721, 21007 Hamburg; Email: permanenterevolution@posteo.de

Nucleo Internazionalista d'Italia

Anna Chiaraluce, C.P. N. 78, Ufficio Postale San Sisto, 06132 Perugia (PG), Italien; Email: it_internazionalista@yahoo.com

Grupo Internacionalista/México

Aptdo. Postal 12-201, Admón. Postal Obrero Mundial, CP 03001, Ciudad de México, Mexiko; mx; Cd. de México: 55-3154-7361; Guadalajara: 33-1752-6643; Oaxaca: 951-129-2086; Email: grupointernacionalista@yahoo.com.mx

Internationalist Group/U.S.

Internationalist Group, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, U.S.A.; New York (212) 460-0983, Fax (212) 614-8711; New England (617) 213-5010; Portland (503) 683-1894; Los Angeles (323) 984-8590 Email: internationalistgroup@msn.com

Behauptungen über antijüdische „Pogrome“ sind eine Lüge

Operation Amsterdam: Zionistische Fußball-Hooligans inszenieren rassistische Hetzjagd

Am Freitag, den 8. November, überschlugen sich die „Mainstream“-Medien in aller Welt über angebliche „antisemitische Angriffe“ auf israelische Fußballfans in Amsterdam, Niederlande: „Gewalttätige Angriffe in Amsterdam in Verbindung mit Antisemitismus“ (*New York Times*), „Antisemitische Angriffe in Amsterdam veranlassen strenge Sicherheitsvorkehrungen bei jüdischen Einrichtungen“ (*Wall Street Journal*), „Israelische Fußballfans von pro-palästinensischem Mob in Amsterdam angegriffen“ (*Telegraph* [London]) und in der deutschen Boulevardzeitung *Bild*: „Die Hatz auf Juden ist wieder ausgebrochen.“ Die israelische Presse bezeichnete die Vorfälle als Pogrom und erinnerte an die mörderischen Angriffe auf Juden im zaristischen Russland und in Nazideutschland: „Der Mossad warnte vor dem Pogrom vor einer Bedrohung in den Niederlanden“ (*Jerusalem Post*), „Israel verurteilt ‚Pogrom‘ in Amsterdam, als Fußballfans von Randalierern angegriffen werden“ (*Times of Israel*).

Als Vorzeigebispiel, welches dies angeblich illustrieren sollte, diente ein Video, das in der Tat einen Mob zeigt, der wehrlose vereinzelte Menschen jagt und angreift. Doch das Video zeigte genau das Gegenteil von dem, was behauptet wurde: Die Angreifer waren in Wirklichkeit randalierende israelische „Fans“ der Fußballmannschaft Maccabi Tel Aviv, die antipalästinensische



Screenshot aus einem Video von „Fans“ des israelischen Fußballteams Maccabi, die in den frühen Morgenstunden des 8. November durch die Straßen im Stadtzentrum von Amsterdam stürmen, um jemanden zu verprügeln. Die imperialistische Presse nutzte dieses Bild verlogen als angeblichen Beweis dafür, dass ein antisemitischer Mob Israelis angegriffen hat (siehe Bilder unten rechts).

Parolen skandierten und arabische Anwohner angriffen und schlugen. Am 7. und 8. November gab es keinen antisemitischen Mob, der Juden angriff, es gab kein antisemitisches Pogrom. Was es gab, war ein organisierter, randalierender Mob zionistischer Hooligans, der durch das Zentrum von Amsterdam marodierte, palästinensische Flaggen herunterriß, rassistischen Dreck ausspuckte, Metallstangen und behelfsmäßige Knüppel schwang, Steine auf Passanten und Gebäude warf und Amsterdamer bedrohte und angriff. Dabei wurden sie durchweg von der Polizei eskortiert und geschützt, die sie sogar zu Gebäuden mit palästinensischen Flaggen führte.

Die ganze Operation war von Anfang an ein abgekartetes Spiel, bei dem der Krieg gegen Gaza nach Europa getragen wurde, um den Widerstand der Verteidiger der Palästinenser zu provozieren, der dann als antisemitisch dargestellt werden könnte. Im Vorfeld wurde berichtet, dass Agenten des Mossad (israelischer Geheimdienst) die Mannschaft von Maccabi Tel Aviv und ihre Fans zu einem Fußballspiel gegen die niederländische Mannschaft Ajax nach Amsterdam begleiten würden, obwohl die niederländischen Behörden keine konkreten Bedrohungen feststellen konnten.¹ Als die „Maccabi-Fanatiker“ (so bezeichnen sich diese „Fans“ selber) – 3000 von ihnen – in Amsterdam ankamen, begannen sie sofort, sich in riesigen Gruppen von Hunderten um das Stadtzentrum herum zu versammeln und sich dort herumzutreiben. Viele von ihnen waren Reservisten des israelischen Militärs (IDF), die körperlich in guter Verfassung waren, zweifelsohne erst kürzlich zurück gekommen von ihrer Teilnahme am völkermörderischen Krieg gegen das palästinensische Volk in Gaza.

¹ In der Amsterdamer Tageszeitung *De Telegraaf* vom 5. November 2024 und in der *Jerusalem Post* vom gleichen Tag.

Am Mittwoch, den 6. November, versammelten sich die Maccabi-Hooligans auf dem Dam-Platz, wovon ein Video (<https://www.youtube.com/watch?v=ZoxqanIK6OU>) existiert, das zeigt, wie eine große Menschenmenge singend auf und ab springt und eine Person mit einem Fahrrad angreift, die mit ihnen in Streit geraten ist. Die Polizisten nehmen das Opfer fest, während die Hooligans skandieren: „Olé, olé. Lasst die IDF gewinnen. Wir werden die Araber f**ken.“ Am Abend reißen die Maccabis eine palästinensische Flagge herunter und verbrennen sie, werfen Steine gegen Fenster und skandieren, „F**k you, Palestine“. Anwohner berichteten, dass die Schläger versuchten, in das Gebäude einzudringen, an dem die Fahne aufgehängt war, und riefen: „Wir werden euch töten und wiederkommen.“² Ein arabischer Taxifahrer wurde angegriffen (was von der Polizei bestätigt wurde), was die Fahrer (viele von ihnen Araber) in Protest dazu veranlasste, gegen Hunderte von Maccabi-Anhängern zu mobilisieren, die sich vor einem Kasino versammelt hatten, aber die Polizei blockierte sie.

Am nächsten Tag, Donnerstag, den 7. November, untersagten die Behörden jegliche Proteste in der Nähe des Fußballstadions und kesselten einige Straßen weiter eine pro-palästinensische Demonstration auf dem Amsterdamer Anton-de-Kom-Platz ein. (Anton de Kom war ein anticolonialistischer Kommunist aus der ehemaligen niederländischen Kolonie Surinam und Kämpfer in der niederländischen Widerstandsbewegung, der in einem Konzentrationslager der Nazis starb.) Die Medien gaben später bekannt, dass an diesem Tag 62 Personen festgenommen wurden, alle festgenommen lange vor dem Fußballspiel, als die pro-palästinensischen Demonstranten versuchten zu demonstrieren. Auf dem Weg zum Stadion wiederholten die Maccabi-Hooligans ihre rassistischen Sprechchöre, darunter „Es gibt keine Schulen in Gaza, weil es keine Kinder mehr gibt“. Im Stadion unterbrachen sie eine

² *Het Parool*, 9. November 2024.

Schweigeminute für die Opfer der Flutkatastrophe in Spanien, weil die spanische Regierung einen Staat Palästina offiziell anerkannt hat.

Nach dem Spiel kam es zu einigen Scharmützeln. Die imperialistische Presse zeigte Videoschnipsel mit einem chaotischen Wirbel von Bildern, auf denen zwei, drei oder vier Personen bedroht, angegriffen und getreten wurden, während sie auf dem Bürgersteig lagen. Fünf Personen wurden Berichten zufolge ins Krankenhaus eingeliefert, aber schnell wieder entlassen, und etwa 20-30 „erlitten leichte Verletzungen, so die Polizei“ (AP, 8. November). Es gab keine Massen von Arabern, pro-palästinensischen Demonstranten, Taxifahrern oder anderen Gruppen, die jetzt für das nicht existierende Pogrom verantwort-
weiter auf Seite 30

Screenshot aus dem Video von Middle East Eye



Maccabi-Hooligans reißen am 6. November eine palästinensische Flagge herunter. Ein anderes Video derselben Szene zeigt ein vorbeifahrendes Polizeiauto, während eine Menge herumsteht und skandiert. Die Polizei unternimmt dabei nichts, um diesen Vandalismus zu stoppen. In der nächsten Nacht rissen die Maccabis weitere palästinensische Flaggen herunter.

